

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Pazifische Inseln sind weltweit am stärksten von Hilfe abhängig

Ozeanien: Die Pazifik-Inseln sind die am stärksten auf Entwicklungshilfe angewiesene Region der Welt. Der geopolitische Wettbewerb um Einfluss zwischen den Gebernationen führt zu einem Rekordniveau der Entwicklungshilfezahlungen, wie eine Ende Oktober veröffentlichte Studie zeigt.

Die Inseln Ozeaniens haben zwischen 2008 und 2021 mehr als 40 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe erhalten, wobei die Entwicklungsfinanzierung in diesen Volkswirtschaften eine größere Rolle spielt als in jedem anderen Teil der Welt, so die „Pacific Aid Map“ des australischen Lowy Institute. Die geopolitische Dynamik und der Wettbewerb um Einfluss haben dem Lowy-Bericht zufolge zu einem Anstieg der Entwicklungsfinanzierung in der Region beigetragen.

„Die pazifischen Inseln beherbergen einige der kleinsten, abgelegensten und am weitesten verstreuten Bevölkerungen der Welt. Sie stellen die Verwirklichung traditioneller Entwicklungspfade vor erhebliche Herausforderungen“, sagte Alexandre Dayant, stellvertretender Direktor des „Indo Pacific Development Centre“ am Lowy Institute.

Die Volkswirtschaften stützen sich auf ein schmales Einkommensspektrum aus Tourismus, Fischereilizenzen, Rohstoffexporten und der Mobilität von Arbeitskräften aus dem Ausland, so der Experte. Die Auswirkungen des Klimawandels wie der steigende Meeresspiegel und extreme Wetterereignisse bedrohen die Lebensgrundlage der Pazifik-Bewohner*innen extrem, fügte er hinzu.

Rund 39 % aller für die Region im Jahr 2021 zugesagten Hilfen waren klimabezogen, aber die Klimafinanzierung bleibt trotzdem unter

dem erforderlichen Niveau, so der Lowy-Bericht.

Australien ist der größte Geberstaat für die Pazifik-Inseln und stellte zwischen 2008 und 2021 rund 40 % der gesamten Entwicklungsfinanzierung bzw. 17 Milliarden US-Dollar bereit. China ist das nächstgrößte Geberland (3,9 Milliarden Dollar). Die Europäische Union trägt mit 4 % zum Gesamtvolumen der Entwicklungshilfe bei.

Australien und Japan stockten ihre Entwicklungshilfe 2021 nach der COVID-19-Pandemie deutlich auf, während China zu einer „reduzierten, politisch gezielteren“ Hilfe überging und 241 Millionen Dollar an eine Handvoll pazifischer Länder überwies, mit denen es kürzlich diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte, so der Bericht des unabhängigen australischen Instituts. Der durchschnittliche Umfang chinesischer Projekte sei von 40 Millionen Dollar zwischen 2013 und 2019 auf etwa 5 Millionen Dollar „deutlich gesunken“, so der Bericht weiter.

Im Jahr 2021 war die größte Transaktion, die in der Pacific Aid Map verzeichnet wurde, ein Darlehen Australiens in Höhe von 466 Mio. AUS-Dollar (297 Mio. USD) an Papua-Neuguinea.

Papua-Neuguinea, das im Mai 2023 ein Verteidigungsabkommen mit den USA geschlossen hatte, erwirtschaftet 73 % des Bruttoinlandsproduktes der gesamten Region Ozeanien und erhält 43% der gesamten Entwicklungsfinanzierung.

Die Salomonen, die ein Sicherheitsabkommen mit China unterzeichnet haben, erhalten mit 13 % den zweitgrößten Anteil der gesamten Entwicklungshilfegelder.

Info: Die Pacific Aid Map des Lowy Institute ist ein Analyseinstrument, das die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe im Pazifikraum erhöhen soll, indem es die Koordinierung, Ausrichtung und Rechenschaftspflicht der Auslandshilfe durch eine größere Transparenz der Hilfsströme verbessert. Das Team der Pacific Aid Map hat seit 2008 von

82 Gebern Daten zu mehr als 30.000 Projekten und Aktivitäten auf allen Pazifik-Inseln gesammelt. Diese Rohdaten werden auf einer interaktiven Plattform frei zugänglich gemacht, so dass die Nutzer*innen die Daten auf vielfältige Art und Weise bearbeiten und auswerten können. Die Daten der meisten Geber wurden nur bis einschließlich 2021 zur Verfügung gestellt.

Hier geht es zu der sechsten Pacific Aid Map:

<https://pacificaidmap.lowyinstitute.org/>

(Reuters 30.10.23,
<https://www.lowyinstitute.org/>)

Immer mehr Mikroplastik in Plazentas

Hawai'i: Forscher*innen an der John A. Burns School of Medicine an der University of Hawai'i und des Kapi'olani Medical Center for Women & Children haben in den Plazentas (Gebärmutter) von Frauen, die zwischen 2006 und 2021 ein Kind geboren hatten, Mikroplastikpartikel entdeckt. Die Organe wurden der Forschung zuvor von den Müttern gespendet. Studienleiter Dr. Men Jean Lee zeigte sich schockiert darüber, dass die winzigen Plastik-Partikel über den Darm in die Gebärmutter gelangten. Insgesamt wurden je zehn Plazentas aus den Jahren 2006, 2013 und 2021 untersucht.

2006 enthielten sechs von zehn Plazentas Mikroplastik. 2013 lag der Anteil schon bei neun von zehn Plazentas und 2021 war das Mikroplastik in allen Proben enthalten. Lee geht davon aus, dass das Plastik in den Lebensmitteln herumschwimmt oder eingeatmet wird und sich dann im Körper verbreitet. „Die große Frage ist aber, ob das Plastik durch die Nabelschnur und damit zum Kind gelangen kann. Wir wissen es derzeit nicht“, erklärte Gynäkologe und Studienleiter Lee.

Der Anstieg von Mikroplastik in den Plazentas der Mütter auf Hawai'i korrespondiert mit dem sprunghaften Anstieg der weltwei-

ten Kunststoffproduktion. Einem Bericht des „*Journal of Hazardous Materials*“ nach wurden allein im Jahr 2020 über 6.000 Megatonnen Plastik hergestellt. Lee zufolge führt die abgelegene Lage Hawaiis im mittleren Nord-Osten des Pazifiks zur zusätzlichen Abhängigkeit von Plastik. *„Wir sind das abgelegenste Bevölkerungszentrum der Welt. Wir sind rund 3.700 Kilometer von Kalifornien und fast 6.500 Kilometer von Japan entfernt. In unserem Alltag sind Plastikfolien, Kunststoffbehälter, Plastiksäcke und Einweg-Plastikflaschen häufig im Einsatz.“*

Die Lage von Hawai'i, das tropische Klima und das Fehlen von Altstoffsammelstellen verschlimmern die Situation. *„Die Verbrennung von Müll, die Mülldeponien und die Meeresverschmutzung beeinträchtigen unsere Gemeinden. Bei der Verbrennung von Müll werden Staubpartikel freigesetzt, die in die Luft gelangen können, die wir einatmen“,* sagte Lee. *„Wir sind besorgt darüber, dass der Müll aus den jüngsten Bränden in Lahaina Mikroplastik und andere chemische Giftstoffe enthalten könnte, die in den Überresten der Brände enthalten sind. Inzwischen wissen wir bereits, dass Sonnenlicht, Hitze und Salz den Abbau dieser alltäglichen Kunststoffe beschleunigen können. Ich habe festgestellt, dass sich Plastiktüten und sogar Schuhe auf Hawai'i schnell abnutzen und zu Staub werden. Als ich noch in New York lebte, habe ich das nie erlebt“,* erklärte der Gynäkologe.

(<https://www.hawaii.edu/news/2023/11/29/rise-of-microplastics-in-placentas/> 29.11.23)

Papua-Beschwerdestelle eingerichtet

Westpapua: Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte und systematische Ungleichbehandlung von indigenen Papuas sind weiterhin Teil des Alltags in Westpapua. Viel zu selten kommt es zu Anhörungen oder werden die Täter vor einem Militärgericht zur Rechenschaft gezogen. Hinzu kommt die Angst vieler Papuas, sich offiziell zu beschweren. Viele

Fälle von Menschenrechtsverletzungen tauchen deshalb nirgendwo offiziell auf.

Es bedarf daher eines Akteurs, der bei den Papuas genug Vertrauen schafft, um über Fälle zu berichten und diese zu sammeln. Die papuanische Nichtregierungsorganisation *LBH Papua (Papua Legal Aid Institute)* nimmt sich dieser Aufgabe schon länger an und hat nun offiziell eine Beschwerdestelle eingerichtet, die sich mit Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen und Fällen von Ungleichbehandlung befassen soll.

LBH-Direktor Emanuel Gobay wies darauf hin, dass die Zahl der Fälle, in denen seine Organisation Hilfe und Unterstützung leiste, stark angestiegen sei, was die Einrichtung dieser Beschwerdestelle veranlasst habe. In Papua gebe es täglich anhaltende Fälle von Gewalt gegen verschiedene Teile der Gesellschaft, darunter auch gegen Frauen und Kinder, so Gobay. Physische Gewalt gegen Papuas und eine anhaltende Kriminalisierung seien ebenso zu kritisieren wie auch die Missachtung von Umweltrechten und Arbeitnehmer*innenrechten. Gobay kritisierte zudem die konsequente Kriminalisierung von Aktivist*innen, die sich für die Menschenrechte in Westpapua einsetzen, bis hin zu Student*innen, die wegen Hochverrats angeklagt werden.

LBH-Papua lädt mit der neuen Beschwerdestelle die Öffentlichkeit ein, Fälle von Gewalt und Kriminalisierung zu melden und bietet sowohl online als auch offline Möglichkeiten an, Beschwerden einzureichen. Gobays Bestreben ist es, dass diese Initiative die Opfer befähigt, für ihre Rechte einzutreten und Gerechtigkeit zu suchen. Ziel ist es, Beschwerden aus ganz Westpapua zu sammeln, die anhaltenden Ungerechtigkeiten zu ermitteln und diejenigen zu unterstützen, die von diesen Ungerechtigkeiten betroffen sind.

Hier geht es zur Beschwerdestelle: <http://www.papuajusticepeace.lbh.com/>

(Westpapua-Netzwerk online 29.11.23)

Vangunu-Riesenratte erstmals fotografiert

Salomonen: Erstmals haben Kameramänner in dem Naturschutzgebiet *Zaira Conservation Resource Management Area* auf Vangunu, einer Insel der Salomonen, Bilder der Vangunu-Riesenratte (lat. „*Uromys vika*“) aufgenommen.

Die Vangunu-Riesenratte ist *„eines der seltensten Nagetiere der Welt“*, so Forscher*innen in einer Pressemitteilung der *University of Melbourne* (Australien) vom 21. November. Die Art wurde erstmals 2017 beschrieben, als Experten ein einziges Exemplar entdeckten. Jetzt haben die Wissenschaftler*innen 95 Bilder von vier verschiedenen Exemplaren des Nagetiers gesammelt, heißt es in der kürzlich in der Fachzeitschrift *„Ecology and Evolution“* veröffentlichten Studie. Die Fotos zeigen die vier riesigen Exemplare, drei Weibchen und ein Männchen, in einem Wald des Naturschutzgebietes auf der Insel Vangunu.

Die Forscher*innen erklärten, sie hätten die Riesenratten durch ihre *„große Körpergröße, lange Schwänze und das Vorhandensein sehr kurzer Ohren“* unwiderlegbar identifiziert.

Die kokosnusssknackende Spezies ist *„mindestens doppelt so groß wie eine gewöhnliche Ratte“* und ist dafür bekannt, *„Kokosnüsse mit ihren Zähnen zu durchkauen“*, so die Wissenschaftler*innen in der Mitteilung der australischen Universität.

Info: Die Vangunu-Riesenratte ist die erste neue Nagetierart, die seit mehr als 80 Jahren auf den Salomonen beschrieben wurde. Durch die Abholzung der Wälder auf der Insel ist diese Art vom Aussterben bedroht, so dass die neuen Fotos vielversprechend sind, so der Hauptautor der Studie, Tyrone Lavery. *„Die erstmalige Aufnahme der Vangunu-Riesenratte ist eine äußerst positive Nachricht für diese kaum bekannte Art“*, so Lavery. *„Jahrzehntelang wussten Anthropologen und Säugetierforscher gleichermaßen über diese Art Bescheid, aber die regelmäßigen*

Bemühungen, sie wissenschaftlich zu identifizieren und zu dokumentieren, blieben erfolglos."

(<https://phys.org/news/2023-11-team-first-ever-photos-vangunu-giant.html> 23.11.23)

Newcrest Mining von Newmont übernommen

Australien: Das australische Goldbergbauunternehmen *Newcrest Mining* hat ein Übernahmeangebot von *Newmont Mining* im Wert von 17,8 Milliarden US-Dollar angenommen und im November 2023 alle Minen an Newmont übergeben. Zu *Newcrest* gehörten bisher acht Bergwerke in Australien, Indonesien und Papua-Neuguinea (PNG).

In PNG betrieb Newcrest bisher die Tagebauemine Lihir auf Niolam (Insel Lihir) und die Mine Hidden Valley, 90 Kilometer südwestlich der Hafenstadt Lae in der Provinz Morobe. Hidden Valley ist ein Gemeinschaftsunternehmen mit *Harmony Gold* und fördert neben Gold auch Silber.

Die als „historisch“ bezeichnete Akquisition in der Bergbauindustrie setze einen neuen Standard für den Gold- und Kupferbergbau, hieß es aus dem Unternehmen.

„Der heutige Tag markiert einen historischen Meilenstein für unser Unternehmen und die Branche mit der erfolgreichen Übernahme von Newcrest durch Newmont“, erklärte Tom Palmer, Präsident und Chief Executive Officer von Newmont während einer Pressekonferenz am 6. November in Port Moresby. Im Rahmen dieser Konferenz hieß der neuguineische Premierminister James Marape das Unternehmen herzlich in Papua-Neuguinea willkommen. Dabei hob er hervor, dass sowohl Newmont als auch Barrick, das zweitgrößte Goldunternehmen der Welt, jetzt in PNG tätig sind, was die Attraktivität des Landes als günstiges Investitionsziel für den Bergbau verstärke.

Info: Newmont ist ein weltweit führendes Goldunternehmen und Produzent von Kupfer, Zink, Blei und Silber. Das Unternehmen mit

Sitz in Denver (USA) betreibt Minen in Afrika, Australien, Lateinamerika, der Karibik, Nordamerika und Papua-Neuguinea.

Newmont ist der einzige Goldproduzent, der im amerikanischen Aktienindex „S&P 500“ gelistet ist. Laut eigener Website ist das Unternehmen für seine guten Umwelt- und Sozialstandards sowie die seriösen Unternehmensführungspraktiken bekannt. Newmont wurde 1921 gegründet und ist seit 1925 an der Börse notiert.

(<https://newmont.com/> 06.11.23, Pressemitteilung Büro James Marape 06.11.23)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Neuer Sicherheitspakt mit Australien

Papua-Neuguinea (PNG) und Australien haben am 7. Dezember ein bilaterales Sicherheitsabkommen unterzeichnet, das dem melanesischen Pazifikstaat mehr Hilfe für seine Polizei und Unterstützung für sein Rechtssystem bieten wird. Das Abkommen wurde in Canberra vom australischen Premierminister Anthony Albanese und PNGs Premierminister James Marape unterzeichnet, nachdem PNG bereits im Mai 2023 ein Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über den Ausbau seiner Militärbasen unterzeichnet hatte.

Premierminister Marape sagte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass das Abkommen mit Australien zeige, dass die beiden Länder „Brüder und Schwestern“ seien. *„Sie haben uns immer unterstützt. Was nördlich eurer Grenzen geschieht, hat tiefgreifende gemeinsame Auswirkungen, Vorteile und Konsequenzen für unsere Region“*, fügte Marape hinzu.

„Dies ist ein umfassendes und historisches Abkommen. Es wird es Australien leichter machen, PNG bei der Bewältigung seiner inneren Sicherheitsbedürfnisse zu unter-

stützen“, erklärte Premier Albanese. Er würdigte die Unterstützung, die die Bevölkerung PNGs den australischen Soldaten während des Zweiten Weltkriegs zuteilwerden ließ, und sagte, es handele sich um eine Verteidigungsbeziehung, die durch Opfer geschmiedet wurde. *„Für unsere künftigen Interessen haben wir keine engeren Freunde als Papua-Neuguinea“*, lobte Albanese.

Das neue Sicherheitsabkommen sieht unter anderem mehr Ausbildungsmaßnahmen für die neuguineische Polizei, Ressourcen für die Richter des Landes und Maßnahmen zur Bekämpfung der geschlechterspezifischen Gewalt vor. Es umfasst auch die Bereiche Klimawandel, Cybersicherheit und Katastrophenhilfe.

Im Abkommen heißt es wörtlich, dass Australien und Papua-Neuguinea einander vorrangig über den Bedarf PNGs an sicherheitsrelevanter Ausrüstung, Infrastruktur und Ausbildung konsultieren werden.

Der australische Pazifik-Minister Pat Conroy sagte gegenüber dem australischen Rundfunksender ABC, dass das Abkommen vertragsähnliche Befugnisse habe und Australien 200 Mio. AUD (130 Mio. \$) für Polizeiausbildung und -infrastruktur ausgeben werde, um Papua-Neuguinea bei der Verdopplung seiner Polizeikräfte auf 10.000 Beamt*innen zu helfen.

Der australische Verteidigungsminister Richard Marles hatte bereits einen Tag vor der Unterzeichnung des Abkommens bei einem Treffen der Verteidigungsminister des Südpazifiks, zu dem auch der neuguineische Verteidigungsminister gehörte, erklärt, dass dort die Bildung einer „pazifischen Reaktionsgruppe“ zur gegenseitigen Unterstützung bei Notfällen und Naturkatastrophen beschlossen worden sei. (ABC News 05.12.23, CNN 06.12.23, Reuters 07.12.23)

Veröffentlichung der Studie zur geplanten Frieda-Mine gefordert

Gemeinden aus der Provinz Sepik haben die Ergebnisse eines australischen Menschenrechtsgremiums begrüßt, das den betroffenen Landeignern ein Mitspracherecht in Bezug auf die geplante Kupfer- und Gold-Tagebauminen am Frieda River (Provinzen East Sepik und Sandaun) einräumt.

Die Landeigner am Fluss Sepik hatten sich mit einer Beschwerde an die australische *Nationale Kontaktstelle für verantwortungsbewusstes Handeln in der Wirtschaft* (AusNCP) gewandt, eine von der australischen Regierung geförderte unabhängige Einrichtung, die Beschwerden gegen multinationale Unternehmen klären soll.

Die Beschwerde wurde 2021 von zwei Nichtregierungsorganisationen, dem „*Project Sepik*“ und dem „*Jubilee Australia Research Centre*“, im Namen von 2.638 indigenen Mitgliedern aus 64 Dörfern entlang des Sepik-Flusses eingereicht. Die Klage richtete sich gegen das in Brisbane (Australien) ansässige, in chinesischem Besitz befindliche, Unternehmen *PanAust Limited* und seine in Papua-Neuguinea ansässige Tochtergesellschaft *Frieda River Mine Limited* im Zusammenhang mit ihrem geplanten „*Frieda River Project*“. Das am Frieda-Fluss geplante Bergwerk würde 16.000 Hektar Land umfassen, das derzeit bewaldet ist, sowie eine Tagebauminen, einen Absetzdammsamt Becken, einen Wasserkraftwerksdamms und andere Infrastrukturmaßnahmen wie Zugangsstraßen und einen Flughafen umfassen.

In der Beschwerde wurde *PanAust* vorgeworfen, gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verstoßen zu haben: (1) *PanAust* habe die freie, vorherige und auf Kenntnis der Sachlage gegründete Zustimmung der am Sepik-Fluss lebenden Gemeinden nicht eingeholt, (2) die Umwelt Risiken des Projekts nicht angemessen bewertet und (3) den betroffenen Gemeinden und Interessens-

gruppen wichtige Informationen nicht angemessen mitgeteilt.

In der Anfang Oktober veröffentlichten Abschlusserklärung der *AusNCP* wird darauf hingewiesen, dass das Verfahren zur Einholung der Zustimmung der Gemeinschaft noch nicht abgeschlossen ist, so dass das Verhalten von *PanAust* in diesem Bereich nicht als Verstoß gegen die OECD-Leitsätze gewertet werden kann. Die *AusNCP* war jedoch der Ansicht, dass die vorherige Zustimmung bestimmter Gruppen erforderlich sei, zu denen auch die Gruppen gehören könnten, die in der Beschwerde von *Project Sepik* und *Jubilee Australia* vertreten wurden.

Die *AusNCP* sprach eine Reihe weiterer wichtiger Empfehlungen aus, darunter die folgenden:

- *PanAust* sollte seine unternehmensinternen Verfahren in Bezug auf die freie, vorherige und informierte Zustimmung überprüfen, um sicherzustellen, dass sie mit internationalen Standards übereinstimmen;
- alle zukünftigen Interessensgruppen sollten das „*Project Sepik*“ und die von ihm vertretenen Gemeinden mit einbeziehen und die traditionellen Verwaltungsgruppen oder Haus Tambarans („Ältestenräte“) berücksichtigen, die sich bereits entschieden gegen die geplante Tagebauminen ausgesprochen haben.

Obwohl das *AusNCP* keinen Verstoß des Unternehmens gegen die OECD-Leitlinien in Bezug auf die Umweltverträglichkeitsprüfung feststellte, empfahl es *PanAust*, die Menschenrechtsstudie zu den potentiellen Folgen der Mine zu veröffentlichen und damit den Landeignern zugänglich zu machen.

Den Beschwerdeführern geht es dabei vor allem um die gesundheitlichen Gefahren, die von dem geplanten Auffang-Becken für die Minenschlacke („tailings“) ausgehen könnten. Die Landeigner befürchten u.a. durch Lecks in den

Becken eine Vergiftung des Sepik-Flusses.

Das Bergwerk befindet sich in einem seismisch aktiven Gebiet und der Abraumdamms für das Bergwerk würde letztendlich 1,5 Milliarden Tonnen Bergbauabfälle aufnehmen müssen.

Luke Fletcher, geschäftsführender Direktor des *Jubilee Australia Research Centre*, sagte: „*PanAust sollte die Analyse sofort veröffentlichen, wie vom AusNCP empfohlen. Die Menschen am Sepik verdienen es, zu wissen, was mit ihrem Fluss und ihrer Lebensweise passiert, wenn dieser riskante Abraumdamms eines Tages bricht.*“

(Pressemitteilung *Save the Sepik* 04.10.23, Wikipedia)

EU unterstützt gute Regierungsführung

Die Europäische Union (EU) hat der Regierung von Papua-Neuguinea im Oktober 4,25 Mio. EUR (rund 17 Mio. Kina) überwiesen, um nationale Maßnahmen zur Förderung von „Good Governance“ und der Korruptionsbekämpfung zu unterstützen.

Die EU hatte bereits im Dezember 2021 drei Mio. EUR ausgezahlt. Jetzt überwies sie die zweite Rate im Rahmen des Programms „*EU-PNG Partnership for Good Governance*“. Im Einklang mit der nationalen Strategie zielt die EU-Unterstützung darauf ab, einen finanziellen Beitrag zu den Bemühungen der neuguineischen Politik um eine gute Regierungsführung und echte Rechtsstaatlichkeit im Land zu leisten.

„*Eine verantwortungsvolle Staatsführung ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes von grundlegender Bedeutung und steht weiterhin im Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit der EU in PNG*“, erklärte der EU-Botschafter in PNG, Jacques Fradin.

Info: Im Rahmen des Programms zur Unterstützung von Reformen für eine verantwortungsvolle Staatsführung sollen insgesamt 26,9 Mio. EUR (rund 110 Mio. Ki-

na) bereitgestellt werden. Neben der Budgethilfe, die an gemeinsam vereinbarte Leistungsindikatoren geknüpft ist, hat die EU auch technische Hilfe bereitgestellt. (PNG Business News 23.10.23)

Ratifizierung dreier Abkommen

Am 27. September 2023 hat die Regierung von Papua-Neuguinea die Ratifizierungsurkunden des Übereinkommens Nr. 81 über die Arbeitsaufsicht (*Labour Inspection Convention*), des Übereinkommens Nr. 144 über die dreigliedrige Beratung (*Tripartite Consultation Convention*) und des Übereinkommens Nr. 190 über Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz (*Violence and Harassment Convention*) bei der *International Labour Organisation* (Internationale Arbeitsorganisation, ILO) hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden erklärte Kessy Sawang, Minister für Arbeit und Beschäftigung: *„Trotz der Herausforderungen, denen wir uns in einer sich ständig weiterentwickelnden Arbeitswelt gegenübersehen, bleibt unser Engagement für die Förderung der sozialen Gerechtigkeit und der grundlegenden Rechte bei der Arbeit durch die Einhaltung und Anwendung der internationalen Arbeitsnormen auf nationaler Ebene von größter Bedeutung.“*

Bei der Entgegennahme der Ratifizierungsurkunde erklärte Chihoko Asada-Miyakawa, die ILO-Regionaldirektorin für Asien und den Pazifik: *„Ich freue mich sehr über die Ratifizierungen der Übereinkommen Nr. 81, 144 und 190 durch Papua-Neuguinea. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Maßnahmen, die auf nationaler Ebene bereits ergriffen wurden, um die dreigliedrigen Beratungen zu verstärken, ein wirksames Arbeitsaufsichtssystem zu schaffen und das Recht aller Menschen auf eine Arbeitswelt frei von Gewalt und Belästigung zu fördern und zu verwirklichen.“*

Info: Papua-Neuguinea hat jetzt insgesamt 26 internationale Übereinkommen ratifiziert.

(https://www.ilo.org/global/standards/WCMS_895608/lang--en/index.htm)

Unterstützung für Gesundheitsversorgung

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) hat ein zusätzliches Finanzierungspaket in Höhe von 42 Millionen US-Dollar genehmigt, um flächendeckend erschwingliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsdienste in Papua-Neuguinea (PNG) aufzubauen bzw. vorhandene zu unterstützen.

Das zweite zusätzliche Finanzierungspaket für das Programm zur Entwicklung des Gesundheitssektors umfasst ein konzessionäres Darlehen in Höhe von 35 Mio. US-Dollar und einen Zuschuss in Höhe von sieben Mio. USD aus dem Asiatischen Entwicklungsfonds, der Zuschüsse für die ärmsten und am stärksten gefährdeten Entwicklungsländer der ADB bereitstellt.

„Seit über einem Jahrzehnt unterstützt die ADB das Gesundheitssystem von PNG bei der Verbesserung der ländlichen Gesundheitsversorgung“, erklärte Inez Mikkelsen-Lopez, leitende Gesundheitsexpertin bei der ADB. *„Die zusätzliche Finanzierung baut auf den früheren Investitionen der ADB in den Bereichen Ausbildung, Aufbau von Managementkapazitäten und klimagerechte Infrastruktur im ländlichen Raum auf.“*

Hintergrund: Das ursprüngliche Investitionsprogramm zielte darauf ab, ein nachhaltigeres Gesundheitssystem zu schaffen, einschließlich des Baus von zwei Distriktkrankenhäusern und sechs Gesundheitszentren, von denen über 250.000 Menschen in abgelegenen Gebieten profitieren würden.

Mit der zweiten zusätzlichen Finanzierung wird das Projekt aufgestockt, indem u.a. das Netz ländlicher Gesundheitsdienste um ein zusätzliches Distriktkrankenhaus erweitert wird. (*Pressemitteilung ADB 9.10.23*)

Laufzeit für Ok Tedi Mine verlängert

Der Vorstand von *Ok Tedi Mining Limited* (OTML) hat bei einer Vorstandssitzung in Tabubil (Western Province) am 13. September einer weiteren Verlängerung der Lebensdauer der Mine von 2033 bis 2050 grundsätzlich zugestimmt.

Die Laufzeitverlängerung der Gold- und Kupfermine basiert auf dem neuesten strategischen Geschäftsplan, der vom *Executive Leadership Team* vorgelegt worden war. Darin heißt es, die Verlängerung sei aus verschiedenen Gründen empfehlenswert, u.a. wegen des stabilen Kupferpreises auf dem Weltmarkt und zusätzlicher Maßnahmen für die Entsorgung von Minenabfällen, wie z.B. technische Abraumhalden und ein Abraumlager, um die Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren. Auch habe man die alten Verarbeitungsanlagen so modernisiert, dass sich ein Weiterbetrieb der Mine lohne.

Managing Director & Chief Executive Officer, Kedi Ilimbit, erklärte die Vorstandsentscheidung wie folgt: *„Die geänderte Lebensdauer der Mine wird dazu führen, dass das Unternehmen in den nächsten 27 Jahren mehr als 30 Milliarden Kina an Dividenden, Lizenzgebühren, Entschädigungszahlungen und Steuern zum Nutzen der OTML-Aktionäre, der Gemeinden und des Staates Papua-Neuguinea generieren wird.“* (PNG Business News 21.09.23)

Genehmigung für Reis-Sonderwirtschaftszone erteilt

Mitte November hat die Regierung von Papua-Neuguinea die Genehmigung für die Einrichtung der ersten Reis-Sonderwirtschaftszone (SEZ) im Land erteilt.

Premierminister Marape unterstrich die Verpflichtung der Regierung, innerhalb der nächsten fünf Jahre eine umfangreiche kommerzielle Reisindustrie aufzubauen,

um die jährlichen Reimporte des Landes im Wert von über 900 Millionen Kina durch die Eigenproduktion von Reis zu ersetzen.

Die Regierung hat außerdem beschlossen, Verhandlungen über ein *Joint Venture* zwischen dem Staat und der Firma *Rigo Rice*, die sich auf den groß angelegten kommerziellen Reisanbau konzentriert hat, aufzunehmen. Dazu hat die Regierung ein Verhandlungsteam ins Leben gerufen, das mit Personen aus Politik, Wirtschaft, Justiz und Industrie besetzt ist. Das Team soll mit Vertreter*innen von *Rigo Rice* verhandeln, wo und unter welchen Bedingungen Reis großflächig in PNG angebaut werden kann. Im Gespräch sind dafür bereits 6.000 Hektar ungenutzte Fläche rund um die Stadt Rigo in der Central Province und die Tiefebene am Sepik-Fluss in der Provinz East Sepik.

Marape betonte die Notwendigkeit, die Abhängigkeit des Landes von Reimporten zu verringern, die sich derzeit auf über 400.000 Tonnen jährlich beläuft. *„Um die Selbstversorgung zu erreichen, müssen bei uns im Land schätzungsweise mehr als 100.000 Hektar Reis angebaut werden“*, erklärte er. (*The National* 08.11.23, Pressemitteilung Büro Marape 08.11.23)

Ersatz für veraltete Flugzeugflotte bestellt

Papua-Neuguineas angeschlagene staatliche Fluggesellschaft *Air Niugini* hat bei dem europäischen Flugzeughersteller *Airbus* sechs Flugzeuge des Typs A220-100 bestellt und wird zwei weitere A220 sowie drei Flugzeuge des Typs A220-300 mit größerer Kapazität von Drittanbietern leasen, wie *Airbus* und die Regierung von Papua-Neuguinea Anfang November mitteilten.

Der Vertrag sei ein Meilenstein, der *„das Wachstum von Handel und Tourismus“* in Papua-Neuguinea unterstützen werde, sagte der amtierende Chief Executive der Fluggesellschaft, Gary Seddon. Zu Listenpreisen haben die Flugzeuge einen Wert von et-

wa 900 Millionen US-Dollar.

Die neuen Flugzeuge werden laut Premierminister James Marape ab 2025 die veralteten Boeing 737 und Fokker 100/700 auf Inlands- und einigen internationalen Strecken ersetzen.

Anton Sekum, der Generalsekretär des *PNG Trade Union Congress*, sagte, der Airbus-Auftrag sei eine willkommene Nachricht für die Öffentlichkeit und die Unternehmen. Allerdings müssten auch die Flughäfen des Landes verbessert werden, um die internationalen Sicherheitsstandards zu erfüllen und das Problem der gestrichenen Flüge zu verringern, forderte er. *„Während unsere Politiker diesen Meilenstein von Air Niugini mit großem Tamtam verkünden, dürfen sie nicht vergessen, dass auch unsere Flughafeninfrastruktur und -einrichtungen verbessert werden müssen, um den Sicherheitsstandards zu entsprechen“*, erklärte Sekum.

Hintergrund: Nach eigenen Angaben kann *Air Niugini* aufgrund des Alters der Flugzeuge und unzureichender Investitionen in die Wartungsabteilung in den letzten zehn Jahren kaum mehr als die Hälfte der Flugzeuge gleichzeitig betreiben.

Aufgrund der mangelnden Wartungskapazitäten der Fluggesellschaft sowie der häufigen Unterbrechung der Treibstoffversorgung und des schlechten Zustands der Start- und Landebahnen auf einigen inländischen Flughäfen kommt es häufig zu landesweiten Flugausfällen oder Verspätungen. (*Benar News* 01.11.23)

Neue UK-Botschafterin

Premierminister James Marape hat die neue britische Hochkommissarin in Papua-Neuguinea, Angela Mary Elizabeth Macro, in seinem Amtssitz in Port Moresby willkommen geheißen.

Hochkommissarin Macro tritt die Nachfolge des scheidenden Hochkommissars Keith Scott an, der sich einer anderen diplomatischen

Aufgabe zuwenden wird.

Marape bedankte sich für die langjährigen guten Beziehungen zwischen Papua-Neuguinea und dem Vereinigten Königreich und betonte das gemeinsame Engagement beider Länder für das britische *Commonwealth*. Er ermutigte Macro, das Land in all seinen Facetten kennenzulernen. Papua-Neuguinea sei weit mehr als nur die Hauptstadt Port Moresby, so der Premier. Er wies in seiner Ansprache zur offiziellen Akkreditierung von Angela Macro auch auf die umweltpolitischen Prioritäten seiner Regierung hin und betonte sein Engagement für den Erhalt der Wälder in Papua-Neuguinea.

Info: Vor ihrer Ernennung zur britischen Hochkommissarin in Papua-Neuguinea war Angela Macro von 2019 bis 2022 Hochkommissarin in Lesotho (Afrika). Ihre umfangreiche diplomatische Laufbahn umfasste auch Aufgaben als stellvertretende Hochkommissarin und Leiterin des politischen Teams in Lesotho und Swasiland. Zuvor war sie von 2002 bis 2007 als Zweite Sekretärin für Politik, Wirtschaft, Presse und Öffentlichkeitsarbeit in Rangun (Myanmar) und 2007 als Zweite Sekretärin für Handel und Investitionen in Neu-Delhi (Indien) tätig. (*www.gov.uk* 23.08.23, Pressemitteilung Büro James Marape 25.08.23)

Neue finnische Botschafterin

Premierminister James Marape hat Mitte Oktober Frau Satu Mattila-Budich, die designierte Botschafterin der Republik Finnland in Papua-Neuguinea, an seinem Amtssitz im Sir Manasupe House in Port Moresby willkommen geheißen.

Marape wies die neue Botschafterin auf Investitionsmöglichkeiten in den Sektoren Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft, grüne Energie, Informationstechnologie, Telekommunikation und Fertigung hin und lud finnische Investoren nach PNG ein. Durch die geographische Nähe zu den asiatischen Märkten sei PNG ein attraktiver Standort für finnische Firmen, erklärte Marape.

Hintergrund: Papua-Neuguinea und Finnland hatten am 25. August 1977 formell diplomatische Beziehungen auf der Ebene eines nicht-residierenden Botschafters aufgenommen. Obwohl die Handels- und Wirtschaftsaktivitäten zwischen den beiden Ländern gering sind und das Handelsvolumen seit 2015 zu Gunsten Finnlands ausfällt, ist Premierminister Marape bestrebt, dieses mit dem Amtsantritt von Mattila-Budich zu erhöhen.

Auf regionaler Ebene hat Finnland die Bemühungen um den Kampf gegen die Klimawandelfolgen im Südpazifik mit der Einrichtung eines finnisch-pazifischen Klimawandel-Projekts durch das Sekretariat des regionalen Umweltprogramms für den Pazifik (SPREP) unterstützt.

Info: Mattila-Budich ist finnische Botschafterin für Australien und Neuseeland. Sie hat ihren Amtssitz in Canberra (Australien) und vertritt von dort aus die Interessen Finnlands in Ozeanien. So ist sie u.a. auch nicht-residierende Botschafterin für Samoa.

Sie hatte verschiedene leitende Positionen im finnischen Außenministerium inne und war in den finnischen Botschaften in New York, Neu-Delhi, Genf, Washington DC und Tokio tätig. Sie war auch die Botschafterin Finnlands in Singapur sowie die Ständige Vertreterin Finnlands beim Europarat in Straßburg. (PNG Business News 16.10.23, Wikipedia, Radio Polynesia Samoa 20.10.23)

Flughafen feierlich eröffnet

Der neuguineische Premierminister James Marape, der japanische Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten, Iwao Horri, der japanische Botschafter in Papua-Neuguinea, Nobuyuki Watanabe, und ein Vertreter der japanischen staatlichen Entwicklungshilfeorganisation *Japan International Cooperation Agency* haben am 2. Oktober in Nadzab (bei Lae, Morobe Provinz) den neuen internationalen Flughafen *Nadzab Tomodachi* feierlich eröffnet.

Der 794 Millionen Kina teure *Nadzab Tomodachi International Airport* unterstreicht jetzt die dauerhafte gute Verbindung zwischen Japan und Papua-Neuguinea, so Premier Marape.

An der Eröffnungsfeier mit dem traditionellen Durchtrennen des roten Einlassbandes nahmen tausende Gäste aus dem Umland teil.

Premierminister Marape wurde von dem stellvertretenden Premierminister und Parlamentsabgeordneten von Lae, John Rosso, dem Minister für Zivilluftfahrt, Walter Schnaubelt, dem Gouverneur von Morobe, Luther Wenge, sowie von mehreren anderen politischen Würdenträgern, Ministern und Parlamentsabgeordneten begleitet.

Marape erinnerte in seiner Festansprache daran, dass die Idee für das Projekt des internationalen Flughafens *Nadzab Tomodachi* auf das Jahr 2005 zurückgeht, als sich die verstorbenen Premierminister Shinzo Abe aus Japan und Sir Michael Somare aus Papua-Neuguinea trafen. Premierminister Marape würdigte auch den visionären Gouverneur Luther Wenge für seine entscheidende Rolle bei der Initiierung der Idee eines internationalen Flughafens in Nadzab.

Marape äußerte ebenso seine Vision für den Flughafen: „Es muss Flüge von Nadzab nach Japan geben, die Thunfisch und landwirtschaftliche Erzeugnisse, Touristen, Studenten und Geschäftsleute befördern und japanische Touristen und Geschäftsleute zurückbringen. Im Japanischen bedeutet 'Tomodachi' „Freunde, die sich gegenseitig unterstützen“ und genau dafür steht der neue internationale Flughafen *Nadzab Tomodachi*“, sagte Marape.

Hintergrund: Der Ausbau des Regionalflughafens *Nadzab* hin zu einem internationalen Flughafen wurde durch ein zinsgünstiges Darlehen der *Japan International Cooperation Agency* (JICA) in Höhe von 692 Mio. Kina ermöglicht, wobei die Regierung von Papua-Neuguinea die restlichen Mittel beisteuerte. (Pressemittteilung Büro Marape 03.10.23, PNG Business News 09.11.23)

BOUGAINVILLE

Präsident unterzeichnet Infrastruktur-Abkommen

Der Präsident der Autonomen Region Bougainville (*Autonomous Bougainville Government*, ABG), Ishmael Toroama, hat an der *Pacific Sustainable Infrastructure Conference* teilgenommen, um seine Pläne zur Entwicklung der Infrastruktur auf der Insel Bougainville vorzustellen und das Infrastrukturabkommen zwischen neuguineischen (Bau-)Firmen und dem ABG zu unterzeichnen. Das neue Abkommen hat einen Wert von 4,8 Mrd. USD (17,5 Mrd. Kina) und umfasst Regierungsgebäude, Schulen, Krankenhäuser, Flughäfen, Seehäfen, Brücken, Straßen, Strom, Telekommunikation und andere wichtige Infrastrukturen.

„Das erste Regionalparlament des ABG wurde am 15. Juni 2005 gewählt. In den 18 Jahren, die seither vergangen sind, gab es frustrierend langsame Fortschritte bei der Bereitstellung wichtiger Infrastruktur auf Bougainville“, beklagte Präsident Toroama am Rande der Konferenz.

„Dieses Infrastrukturabkommen bietet den Rahmen, um wichtige Infrastrukturen für Bougainville innerhalb eines kurzen Zeitrahmens bereitzustellen und gleichzeitig Qualität, Wert und Transparenz zu gewährleisten“, freute sich der Präsident nach der Unterzeichnung des Abkommens.

Die Infrastrukturvereinbarung wurde zwischen der ABG und den folgenden drei Unternehmen geschlossen:

- 1) *Bougainville Public Private Partnership Ltd.* (BPPPL) ist als Programm-Manager für die Mittelbeschaffung und die Umsetzung des Bougainville Infrastructure Development Plan verantwortlich.
- 2) Die Firma *Kramer Ausenco (PNG) Limited* ist als Projektmanager für die Projektplanung, das Projektmanagement und die Verwaltung der Infrastrukturen im Rahmen des Bougain-

ville Infrastructure Development Plan verantwortlich.

- 3) Die *Bougainville Islands Group Limited (BIGL)* hat sich grundsätzlich bereit erklärt, im Rahmen der neuen Infrastrukturvereinbarung Land zur Verfügung zu stellen.

Info: Die Pazifik-Infrastrukturkonferenz fand vom 25. bis zum 27. September 2023 im *Brisbane Convention and Exhibition Centre* in Australien statt. An der Konferenz nahmen Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft der Pazifik-Inseln, aus Australien, Neuseeland, den USA, Japan und Frankreich sowie verschiedene internationale Partner teil, darunter die Asiatische Entwicklungsbank, die Weltbank und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. (PNG Business News 02.10.23, <https://islandsbusiness.com/news-break/pacific-infrastructure-conference/>)

Bougainville öffnet Türen für ausländische Direktinvestitionen

Die autonome Regierung von Bougainville (AGB) öffnet ihre Türen für ausländische Direktinvestitionen aus Industrienationen wie Australien, Neuseeland, Japan, China, den Vereinigten Staaten und europäischen Ländern, so AGB-Präsident Ishmael Toroama in einer Erklärung vom 31. Oktober 2023. Es sei an der Zeit, dass Bougainville Beziehungen zu den genannten Nationen aufbaue, „von denen wir durch wirtschaftliche Investitionen und die Entwicklung der dringend benötigten Infrastruktur profitieren werden“, so Toroama.

„Bougainville ist jetzt wieder für Unternehmen offen. Dies ist ein besonderer Investitionsaufruf an die Nationen, die in den letzten 20 Jahren seit der Beendigung des Bürgerkriegs auf Bougainville zur Entwicklung und zum Frieden beigetragen haben“, erklärte Toroama. „Meine Regierung ist davon überzeugt, dass ausländische Direktinvestitionen das Wirtschaftswachstum auf Bougainville steigern, den sozialen Wohlstand un-

serer Bevölkerung verbessern und die Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft stärken werden“, so der Präsident weiter. (PNG Business News 6.11.23)

Vermessung der Küstengewässer

Der Präsident der Autonomen Region Bougainville (ABG), Ishmael Toroama, hat kürzlich in Buka den offiziellen Startschuss für die Vermessungsarbeiten der Küstengewässer von Bougainville gegeben.

Vom 16. bis zum 28. Oktober 2023 waren vier Vermessungsteams in ausgewählten Küstengemeinden in Nord-, Zentral- und Süd-Bougainville eingesetzt, um die Küstenkartierung vor Ort vorzunehmen.

Die Insel Bougainville ist die erste maritime Region in Papua-Neuguinea, die den Prozess der Küstenkartierung durchläuft.

„Diese Vermessung wird uns bei der Vorbereitung auf die politische Unabhängigkeit helfen, da sie die Eckpunkte für die Küstengewässer Bougainvilles festlegen wird“, so Toroama. „Bei der Festlegung der Seegrenzen geht es um mehr als nur um das Zeichnen von Linien auf einer Landkarte. Es geht darum, die territoriale Souveränität und die Rechte der Bevölkerung von Bougainville zu definieren“, erläuterte Toroama.

Die Kartierung der Küstengewässer Bougainvilles soll die maritimen Dienstleistungen verbessern, den Schiffsverkehr regulieren, wirtschaftliche Vorteile aus der Infrastruktur und der Entwicklung der Meeresressourcen ziehen und Bougainville in die Lage versetzen, über Referenzkoordinaten zu verfügen, die seine Uferlinie, die Binnengewässer und die Küstengewässer bestimmen.

Info: Die Vermessung der Küstengewässer von Bougainville wurde vom *ABG Department of Primary Industries & Marine Resources*, der Nationalen Fischereibehörde, dem Nationalen Ministerium für Justiz und Generalstaatsanwaltschaft, der Nationalen Behörde für

Maritime Sicherheit und der *Geoscience Energy & Maritime Division* der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) unterstützt.

Die Formalisierung der maritimen Grenzen von Bougainville erfolgt im Einklang mit dem internationalen Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS). (PNG Business News 16.10.23)

SALOMONEN

Verstärkte Zusammenarbeit mit Indonesien

Am Rande des fünften Ministertreffens des Forums der Inselstaaten (AIS-Forum) am 10. Oktober in Bali (Indonesien) trafen sich die indonesische Außenministerin Retno Marsudi und der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel der Salomonen, Jeremiah Manele, zum bilateralen Gespräch. Sie vereinbarten u.a. eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich der „Blue Economy“, um das Wirtschaftswachstum beider Länder zu unterstützen.

Außenminister Manele würdigte die gute Zusammenarbeit mit Indonesien bei verschiedenen Programmen zum Aufbau von Kapazitäten, unter anderem in den Bereichen Sport, Gesundheit und Bildung. Diese Programme stünden im Einklang mit den Entwicklungsprioritäten der Salomonen, so der Außenminister.

Die Salomonen forderten Indonesien auf, die polizeiliche Zusammenarbeit zu verstärken, insbesondere bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Die indonesische Außenministerin rief zu einer verstärkten Kooperation im Rahmen der *Melanesischen Speerspitzengruppe* (MSG) und des *Pazifischen Inselforums* (PIF) bei der Bewältigung verschiedener Herausforderungen in der Region auf. (Pressemitteilung Ministry of Foreign Affairs of Indonesia 10.10.23)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Chile

Chile und die Salomonen haben Mitte September mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung durch Außenminister Alberto van Klaveren (Chile) und Außen- und Außenhandelsminister Jeremiah Manele (Salomonen) diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Zeremonie fand während eines bilateralen Treffens im Rahmen der 78. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen statt.

Als Land am Meer hat Chile ein Interesse daran, seine Beziehungen zu den Inselstaaten im Pazifik zu stärken, zumal Rapa Nui (Osterinsel) politisch zu Chile gehört. In diesem Zusammenhang hat das chilenische Außenministerium seit 2019 Schritte unternommen, um seine Beziehungen zu den Salomonen zu formalisieren, dem letzten Mitgliedsland des *Pacific Islands Forum* (PIF), mit dem Chile bisher noch keine diplomatischen Beziehungen unterhalten hatte.

„Mit den Salomonen haben wir gemeinsame Interessen, wir teilen denselben Ozean, wir sind Teil des Südpazifiks und wir versuchen, uns aktiver an ihren Organisationen zu beteiligen, insbesondere am PIF“, erklärte Minister van Klaveren.

(<https://www.minrel.gob.cl/news/chile-and-solomon-islands-establish-diplomatic-relations> 19.09.23)

Australische Polizei bleibt bis zu den Wahlen

Die australische Polizei wird auf den Salomonen bleiben, um die öffentliche Sicherheit bei den nationalen Wahlen im Jahr 2024 zu gewährleisten, wie die Regierung des pazifischen Inselstaates kürzlich mitteilte.

Der Inselstaat hatte den australischen Premierminister Anthony Albanese am 4. August formell gebeten, die australische Polizeipräsenz bis Juni 2024 zu verlängern, um die Parlamentswahlen zu begleiten, heißt es in der Regierungserklärung.

Hintergrund: Die australische Polizei ist Teil eines internationalen Sicherheitskontingents, zu dem auch Polizeikräfte aus Fidschi und Neuseeland gehören. Die Polizist*innen trafen im November 2021 auf den Salomonen ein, um Unruhen gegen die Regierung zu unterdrücken. Die Sicherheitskräfte sollten eigentlich im Dezember 2023 wieder abziehen.

Das so genannte „*Policing Partnership Program*“ soll die Fähigkeiten der einheimischen „*Royal Solomon Islands Police Force*“ (RSIPF) weiter ausbauen, um ein Standard-Polizeimodell für die Salomonen zu entwickeln. Die australische Polizei stellt technische Hilfe und operative Unterstützung zur Verfügung, um die RSIPF bei der Erbringung von Polizeidienstleistungen auf den Salomonen zu unterstützen und um neu auftretende Kriminalitäts- und Sicherheitsprobleme zu erkennen, gezielt zu bekämpfen und bei deren Lösung zu unterstützen.

(Reuters 02.09.23, <https://www.afp.gov.au/about-us/our-global-work/our-work-pacific/our-work-solomons>)

Internationaler Flughafen eröffnet

Der regionale Flughafen in Munda auf der Insel New Georgia (Western Province) wurde zu einem internationalen Flughafen ausgebaut und damit aufgewertet. Mitte Oktober fand die feierliche Eröffnung des neuen internationalen Terminals statt.

Der Umbau kostete 23,6 Mio. USD und wurde von der Regierung der Salomonen, der Weltbank und der neuseeländischen Regierung kofinanziert. Die ursprüngliche Infrastruktur des Flughafens wurde mit einem neuen Terminalgebäude für den inländischen und den internationalen Verkehr und einer verlängerten Start- und Landebahn, die die Landung wesentlich größerer Flugzeuge ermöglicht, komplett umgestaltet.

Munda dient als Tor zu mehreren touristischen Hotspots in der westlichen Region der Salomonen, darunter die Marovo-Lagune und die

Insel Gizo.

Die erweiterte Start- und Landebahn und die Flughafeneinrichtungen ermöglichen es der staatlichen Fluggesellschaft *Solomon Airlines* jetzt, Direktflüge von Munda nach Brisbane (Australien) aufzunehmen.

Info: Der Bau des *Munda Airport Improvement Project* wurde von der *China Harbor Engineering Company* und der *China Civil Engineering Company* durchgeführt. (<https://eturbonews.com/solomon-islands-opens-new-airport/> 17.10.23)

FIDSCHI

Stellvertretender Premier drängt auf visafreien Reiseverkehr

Fidschis stellvertretender Premierminister und Finanzminister Biman Prasad drängt auf den visafreien Reiseverkehr zwischen den Pazifikstaaten. Anfang Dezember hielt er in Canberra (Australien) eine engagierte Rede an der Universität, in der er Australien aufforderte, die Visabeschränkungen für Pazifikinsulaner*innen aufzuheben, und davor warnte, dass die Region zunehmend instabiler werden könnte, wenn sie nicht gegen Klima- und Entwicklungsprobleme vorgehe.

Während sich die australische Bundesregierung um eine stärkere Integration Australiens in den pazifischen Raum bemüht - zuletzt durch das *Pacific Engagement Visa* und das „Klima-Visum-Abkommen“ mit Tuvalu - hat der australische Premierminister Anthony Albanese Forderungen nach dem visafreiem Reisen nach Australien zurückgewiesen.

Professor Prasad beklagte auf der „*Australasian Aid and International Development Conference*“ vom 5. bis 7. Dezember an der *Australian National University* (ANU), dass die australischen Programme zur Mobilität von Arbeitskräften im Pazifikraum und das *Pacific Engagement Visa* zwar hilfreich, aber bestenfalls Notlösungen seien.

„Der nächste Schritt muss sicherlich ein visafreier Pazifikraum sein.“

Das ist der wichtigste Baustein für die Integration aller Pazifikstaaten, inklusive Australien und Neuseeland", meinte er auf der Konferenz. Er sagte weiter, dass Australien durch die Öffnung des visafreien Reiseverkehrs wirtschaftliche Vorteile erlangen und seine Position als wichtigster Sicherheitspartner im Pazifikraum festigen würde. „Alle Pazifik-Bewohner*innen sollten in der Lage sein, sich frei im weiten blauen Pazifik zu bewegen und zu arbeiten“, forderte Prasad mit Vehemenz.

Der stellvertretende Premier verstärkte auch die Forderungen der pazifischen Inselstaaten nach einem leichteren Zugang zur Klimafinanzierung durch internationale Organisationen, da die derzeitigen Systeme viel zu schwierig und schwerfällig zu handhaben seien. „Das internationale Finanzsystem muss grundlegend umgestaltet werden, wenn die kleinen Staaten eine Chance haben sollen. Es darf nicht an seinen Rändern herumgebastelt werden“, kritisierte er.

„Ich hoffe, dass Australien seinen Einfluss nutzen wird, um die grundlegenden Reformen durchzusetzen, die notwendig sind, um den schwächsten Staaten der Welt eine Chance zu geben“, beendete Prasad seinen Vortrag auf der Konferenz. (ABC News 05.12.23, <https://dt-global.com/events/australasian-aid-conference-2023/>)

Chinesischer Tourismusschub

Chinesische Tourist*innen sorgen für einen Tourismusschub auf den Fidschi-Inseln. Seit Anfang 2023 ist die Zahl der Besucher*innen aus China jeden Monat um 1.000 gestiegen. Dies sagte Brent Hill, Geschäftsführer der Tourismusmarketingabteilung der fidschianischen Regierung, „Tourism Fiji“. Laut Hill sind chinesische Tourist*innen sehr wichtig für den Markt, da sie gerade in der Nebensaison nach Fidschi reisen. Chinesische Tourist*innen geben auch mehr Geld aus als Reisende aus anderen Ländern. Ihre Ausgaben sind im Vergleich zur Vor-

Corona-Zeit erneut gestiegen.

China ist auf dem besten Weg, der viertgrößte touristische Markt für Fidschi zu werden. Als Reaktion auf den Tourismusschub aus China will die staatliche Fluggesellschaft *Fiji Airways* mehr Flüge zwischen Festland-China und Fidschi anbieten. *Fiji Airways* plant, ab dem nächsten Monat fünf Direktflüge von Hongkong nach Nadi, der drittgrößten Stadt der Fidschi-Inseln.

Info: Vor der Corona-Pandemie begrüßte Fidschi jährlich über 50.000 Reisende aus China, was Einnahmen in Höhe von 98,5 Millionen Fiji-Dollar generierte, so Tourismuschef Hill. Seit der Wiederaufnahme der Flüge zwischen Hongkong und Nadi im April des Jahres hat Fidschi 13.152 chinesische Besucher*innen empfangen. (Travel and Tour 24.11.23)

† Fiji Water-Gründer

Am 11. Juni starb in Manhattan (USA) im Alter von 91 Jahren der in Kanada geborene Unternehmer David Gilmour, der Gründer von „Fiji Water“.

Als Gilmour (geb. 05.11.1932) in den frühen 1990er Jahren die Idee für Fiji-Wasser hatte, hatte er durch seine geschäftlichen Unternehmungen mit Peter Munk, einem Freund aus seiner Studienzeit in Toronto, bereits ein Vermögen angehäuft. Gemeinsam gründeten die Beiden die populäre Stereofirma *Clairtone Sound*, bauten eine Kette von mehr als 50 Hotels im Südpazifik auf (die *Southern Pacific Hotel Corporation*) und steckten ihre Gewinne in eine kanadische Ölgesellschaft, die sich zum weltgrößten Goldminenunternehmen *Barrick Gold* entwickeln sollte.

Anfang der 1970er Jahre erwarb Gilmour die kleine fidschianische Insel Wakaya. Er baute sich dort eine Villa, legte eine Flughafenlandebahn für Privatjets an, baute einen Fährhafen und ein exklusives Wellness-Resort, das *Wakaya Club & Spa*. In den acht Suiten

des Hotels urlaubten u.a. Bill Gates, Nicole Kidman, Paris Hilton and Keith Richards. Betreut wurden die illustren Gäste von fidschianischen Bediensteten, die in einer Art „Dorf“ neben dem Resort lebten.

Als Gilmour auf dem von ihm angelegten Golfplatz auf Wakaya die Gäste mit Evian-Wasserflaschen sah, kam ihm die Idee, Grundwasser direkt aus Fidschi abzufüllen. 1999 unterschrieb er einen auf 99 Jahre angelegten Pachtvertrag über einen Wasserspeicher mit artesischem Wasser im Yaqara Valley auf Viti Levu, der größten Fidschi-Insel. Er ließ das Grundwasser in die charakteristisch viereckigen PET-Flaschen mit rosa Hibiskusblüte, Wasserfall und Farben abfüllen und machte Fiji Water zu einem amerikanischen Lifestyle-Produkt, dessen Bekanntheitsgrad durch Produktwerbung in Hollywood-Filmen und auf Veranstaltungen der Filmszene kontinuierlich stieg.

2004 war Fiji Water Berichten zufolge die zweitgrößte importierte Wassermarke in den Vereinigten Staaten, gleich hinter Evian, dem Mineralwasser aus den französischen Alpen. Das Unternehmen wurde in diesem Jahr für 50 Millionen US-Dollar an *Roll International* verkauft – ein privates Unternehmen mit Sitz in Los Angeles, das heute *Wonderful Co.* heißt und den Milliardären Stewart und Lynda Resnick gehört.

2011 gründete David Gilmour „*Wakaya Perfection*“, ein Multi-Level-Marketing-Unternehmen für Ernährungsprodukte. 2016 verkaufte er die Insel Wakaya, nachdem diese durch einen Zyklon schwere Schäden davongetragen hatte, an die Seagram-Spirituosenerbin Clare Bronfman.

Jetzt starb Gilmour an einem Herzinfarkt. Er hinterlässt seine Ehefrau Jill, gebürtig aus Auckland (Neuseeland).

(<https://www.washingtonpost.com/obituaries/2023/07/05/david-gilmour-fiji-water-dead/>, <https://www.fijiwater.com/>)

VANUATU

Neue App und Broschüre bewahren Klimawandel-Wissen

Trotz der Vorhersagen und Prognosen, die Meteorologen und Klimaforschende in Vanuatu mit Hilfe wissenschaftlicher Instrumente und Computermodelle erstellen, nutzen die meisten Menschen in Vanuatu nach wie vor routinemäßig ihr traditionelles Wissen über das Klima, um das Wetter und das Klima in ihrem Gebiet vorherzusagen. Dazu beobachten die Ni-Vanuatu Vögel, Meerestiere und Pflanzen in ihrer Umgebung und ziehen daraus Rückschlüsse auf künftige Wetterereignisse.

Jetzt hat das Projekt „*Climate Information Services for Resilient Development in Vanuatu*“, das traditionelles und modernes Wissen miteinander verbinden soll, Anfang November auf dem *National Climate Outlook Forum* in Luganville auf der Insel Espiritu Santo zwei neue Ressourcen zur Erhaltung des traditionellen Klimawissens in Vanuatu offiziell vorgestellt.

Die neue Broschüre „*National Traditional Knowledge Indicators*“ dokumentiert 43 Arten von Indikatoren für traditionelles Klimawissen, die von den Menschen im gesamten Vanuatu-Archipel verwendet werden.

In der Broschüre werden für jeden Indikator die Namen in verschiedenen Sprachen sowie der jeweilige wissenschaftliche Name aufgeführt und Informationen über die Ereignisse gegeben, die nach traditioneller Auffassung auf ein bevorstehendes Klima- oder Wetterereignis hinweisen.

In Vanuatu wirken sich die durch den Klimawandel verursachten Veränderungen der Ökosysteme auf die Phänologie, d. h. die zyklischen oder saisonalen Muster der Tier- und Pflanzenwelt, aus. Da sich Blütezeiten, Fortpflanzungszyklen und sogar Lebensräume verschieben, wird in der Broschüre auch beschrieben, wie sich der Klimawandel auf die Phänologie der einzelnen Arten auswirkt und

wie sich dies wiederum auf das traditionelle Klimawissen über diese Arten auswirken kann.

Bei einigen Arten ändern sich die jahreszeitlichen Zyklen aufgrund des Klimawandels rasch. Die Beobachtung von Veränderungen im Verhalten, in den Lebensräumen und in den Fortpflanzungszyklen ist daher unerlässlich, um die Relevanz und den Nutzen des traditionellen Klimawissens von Vanuatu auch in Zukunft zu erhalten.

Als zweite Ressource wurde eine kostenlose Applikation („App“) für mobile Endgeräte veröffentlicht. Die App „*ClimateWatch*“ richtet sich an „Normalbürger*innen“ und ermöglicht es jedem in Vanuatu, der über ein Smartphone und eine Internetverbindung verfügt, auf die Suche nach Arten zu gehen, die das traditionelle Klimawissen anzeigen.

Die Nutzung der App ist einfach: Die Nutzer*innen müssen sich nur mit der Liste der wichtigsten Indikatoren vertraut machen, ein Beispiel in ihrer Umgebung ausfindig machen, ein Foto davon knipsen und ein paar kurze Fragen beantworten, um einen „Spot“ zu erfassen. Nach der Erfassung wird jeder dieser Spots zur Analyse an das *Vanuatu Meteorology and Geo-Hazards Department* (VMGD) gesendet.

Das VMGD und seine Partnerorganisation, das australische *Bureau of Meteorology*, nutzen die Spots, um festzustellen, wie sich der Klimawandel auf die Indikatoren des traditionellen Wissens auswirkt. In einer beim VMGD gespeicherten Datenbank werden alle Veränderungen der Blütezeiten, der Brutzyklen und anderer periodischer Ereignisse im Lebenszyklus der einzelnen Arten erfasst, so dass diese Veränderungen analysiert werden können.

Info: ClimateWatch ist die erste mobile App in Vanuatus indigener Sprache *Bislama* und die erste bürgerwissenschaftliche App in der pazifischen Inselregion. Die App wurde im Rahmen des vom Sekretariat des regionalen Umweltprogramms für den Pazifik

(SPREP) verwalteten *VanKIRAP-Projekts* in Zusammenarbeit mit der Organisation *Earthwatch Australia* und dem *Bureau of Meteorology* entwickelt.

(<https://reliefweb.int/report/vanuatu/new-mobile-app-and-booklet-help-preserve-vanuatus-traditional-climate-knowledge> 09.11.23)

Wirbelsturm-Saison frühzeitig begonnen

Aufgrund der derzeitigen El-Niño-Bedingungen wird in den kommenden Monaten mit überdurchschnittlicher Trockenheit gerechnet. Außerdem werden in der Wirbelsturm-Saison 2023/2024 vermutlich weitere drei bis fünf tropische Wirbelstürme über Vanuatu ziehen, wobei zwei oder mehr davon die Kategorie drei oder höher erreichen könnten. Das prognostizierte das *Vanuatu Meteorology and Geo-Hazards Department* (Behörde für Meteorologie und Geogefahren, VMGD) beim 5. Nationalen Klimaforum in Luganville.

Vanuatu befindet sich derzeit nach dem schweren Zyklon *Lola* vom 19. bis 27. Oktober 2023 im Ausnahmezustand. *Lola* war der stärkste tropische Wirbelsturm außerhalb der eigentlichen Wirbelsturm-Saison auf der Südhalbkugel während des Monats Oktober. Der Zyklon wurde zunächst als Tiefdruckgebiet nordöstlich von Honiara auf den Salomonen beobachtet. In den nächsten Tagen entwickelte sich das System allmählich weiter, bevor es vom Meteorologischen Dienst der Fidschi-Inseln am 22. Oktober als schwerer tropischer Wirbelsturm der höchsten Kategorie 5 eingestuft wurde.

Zyklon *Lola* war bereits der dritte schwere tropische Wirbelsturm in diesem Jahr, nachdem die Zyklo-*Judy* und *Kevin* den Inselstaat im März 2023 heimgesucht hatten. *Lola* forderte mindestens zwei Todesopfer und mindestens vier Verletzte. Es kam zu schweren Schäden an Gebäuden, landwirtschaftlich genutzte Flächen wurden zerstört, die Wasser- und Stromversorgung im Norden des Staates brach zusammen.

Info: Die pazifische Wirbelsturm-saison dauert normalerweise von Anfang November bis Ende April. *Lola* kam jedoch außergewöhnlich früh: Es handele sich um den ersten Vorsaison-Zyklon im Südpazifik seit dem Jahr 1970, berichtete der australische Sender ABC.

(Fiji Meteorological Service 19.10.23, Radio NZ Intern 07.11.23, <https://www.abc.net.au/news/2023-10-27/tropical-cyclone-lola-earliest-recorded-category-five-explainer/103019720>)

206 neue Staatsbürger*innen

Die Staatsbürgerschaftskommission von Vanuatu (*Vanuatu Citizenship Commission*) hat Ende November 206 Ausländer*innen die Staatsbürgerschaft verliehen.

Der Sekretär der Kommission, Allan Liki, erklärte, dass die 206 Staatsbürgerschaftszertifikate an drei Hauptkategorien von Antragstellenden gemäß der Verfassung von Vanuatu vergeben wurden: 1) eingebürgerte Staatsbürgerschaft, 2) Staatsbürgerschaft durch Heirat und 3) Anspruch auf Staatsbürgerschaft („*entitlement citizenship*“).

Unter den 206 Eingebürgerten sind 41 Ausländer*innen, die mit Ni-Vanuatu-Staatsangehörigen verheiratet sind; 63 Ausländer*innen, die eingebürgert wurden; zwei, die ihre vanuatuische Staatsangehörigkeit aufgegeben hatten, aber einen Antrag stellten, um sie wiederzuerlangen, und einer, der die automatische Staatsangehörigkeit erhielt.

99 der 206 neuen Bürger*innen haben bereits zehn Jahre oder länger im Land verbracht.

Liki wies darauf hin, dass die 206 Neu-Bürger*innen Vanuatus die gleichen Rechte und Privilegien genießen wie die originären Ni-Vanuatu. Er erklärte weiter, dass neu eingebürgerte Bürger*innen ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft durch Geburt gemäß der Verfassung von Vanuatu behalten können. (*Radio NZ Pacific 30.11.23*)

ILO eröffnet Büro in Port Vila

Die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) hat ihre Präsenz in der Pazifikregion mit der Eröffnung eines Büros in Vanuatu verstärkt, um die regionalen Bemühungen zur Steuerung der Arbeitsmigration und zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel zu unterstützen.

Das in der Hauptstadt Port Vila gelegene Büro wurde am 21. November 2023 offiziell eröffnet und wird sich auf die Umsetzung des Programms für Migration und menschliche Sicherheit im Klimawandel (*Pacific Climate Change Migration and Human Security*, PCCMHS) konzentrieren.

Das von Neuseeland unterstützte PCCMHS-Programm trägt zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Bewohner*innen der Pazifikinseln im Zusammenhang mit dem Klimawandel und weiteren Naturkatastrophen bei.

„Dieses Büro wird Vanuatu dabei unterstützen, die Auswirkungen des Klimawandels auf seinen Arbeitsmarkt besser zu bewältigen. Die Einrichtung einer Präsenz hier in Vanuatu wird auch die Bemühungen der ILO zur Stärkung menschenwürdiger Arbeit und zur Unterstützung der Existenzgrundlagen im Lande unterstützen“, sagte Christian Viegelahn, der ILO-Regionalkoordinator für die Region Ozeanien.

An der Eröffnung des Büros nahmen hochrangige Vertretende des Arbeitsministeriums und anderer Ministerien, von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Botschaften, UN-Agenturen, regionalen Organisationen und in Vanuatu tätigen Entwicklungshilfepartnern teil.

„Ich glaube, dass dies erst der Anfang ist und dass die ILO in Zukunft ihre Arbeitsbereiche ausweiten und weiterhin technische Unterstützung leisten wird, um die Kapazitäten der Mitarbeitenden des Arbeitsministeriums weiter auszubauen“, sagte Rick Tchama-

ko Mahe, der Innenminister von Vanuatu.

Arbeitsmigration ist ein wichtiges Thema in der gesamten Pazifikregion. Die ILO stellt Vanuatu technische Hilfe und Fachwissen über Arbeitsnormen, bewährte Praktiken und menschenwürdige Arbeit im Zusammenhang mit der Arbeitsmobilität zur Verfügung.

Info: Das PCCMHS-Programm wird von der *Internationalen Organisation für Migration* (IOM), der *Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik* (ESCAP), der ILO, dem *Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte* (OHCHR), dem *Sekretariat des pazifischen Inselforums* (PIFS) und der *Plattform für Katastrophenvertreibung* (PDD) mit finanzieller Unterstützung des *New Zealand Aid Programme* durchgeführt. (*Pressemitteilung ILO 21.11.23*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Mehr Schutz für das Korallenmeer

Die Regierung von Neukaledonien hat vor kurzem beschlossen, 10 % des Naturparks Korallenmeer („*Natural Park of the Coral Sea*“), eines Meeresschutzgebiets, das die gesamte ausschließliche Wirtschaftszone Neukaledoniens umfasst, als „*besonders geschützt*“ auszuweisen.

Durch diese Entscheidung erhöht sich der Anteil der stark geschützten Gewässer Neukaledoniens von 2,4 % auf 10 %, wodurch wichtige Lebensräume für eine Vielzahl von Meereslebewesen erhalten bleiben.

Die Maßnahme, die im Rahmen einer öffentlichen Konsultation gebilligt wurde, verbietet die kommerzielle Fischerei und andere extraktive Aktivitäten in den neu eingerichteten Meeresschutzgebieten. Bereits 2014 war ein Teil des Korallenmeeres unter Natur- und Umweltschutz gestellt worden.

Neukaledonien ist bekannt für seine außergewöhnlich vielfältige Meeresfauna. In seinen Gewässern leben Arten, die es nur in dieser Region gibt, was das französische Überseegebiet zu einem „Hotspot“ der biologischen Vielfalt von globaler Bedeutung macht.

Über Wasser bieten die unberührten Küsten Nistplätze für Meeresschildkröten und dienen als wichtige Brutstätten für Arten wie Sturmtaucher und Sturmvögel. *„Die Viertelmillion Menschen in Neukaledonien sind auf gesunde Ökosysteme angewiesen, um Süßwasser, Nahrung und ihren Lebensunterhalt zu erhalten - vor allem, weil die Haupteinnahmequelle des Gebiets, der Nickelabbau, eines Tages versiegen wird“*, erklärte ein Sprecher der Naturschutzorganisation *„Conservation International“*, die seit 1996 vor Ort präsent ist. *„Ökotourismus und eine bessere Bewirtschaftung der Meeresressourcen der Insel könnten in Zukunft eine nachhaltige Wirtschaft begründen“*, hieß es weiter.

Hintergrund: Die Entscheidung der Regierung steht im Einklang mit den weltweiten Bemühungen zum Schutz der Artenvielfalt, denn die Staaten arbeiten auf das Ziel des *„Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework“* hin, bis 2030 mindestens 30 % der Weltmeere zu schützen.

Eines der grundlegenden Merkmale dieses internationalen Rahmenwerks ist die Förderung hochgradig geschützter Gebiete innerhalb ausgewiesener Schutzzonen, in denen menschliche Aktivitäten zum Schutz der biologischen Vielfalt erheblich eingeschränkt oder verboten sind.

Dieses Ziel gilt als entscheidend für den Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt, den Schutz lebenswichtiger Ökosysteme und die Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels.

(Cosmos Marine Life 28.11.23, <https://www.conservation.org/projects/new-caledonia>)

Zuckersteuer-Gesetz verabschiedet

Der Kongress von Neukaledonien hat zum ersten Mal eine neue „flexible“ Steuer auf Zuckerprodukte gebilligt. Die so genannte „Zuckersteuer“ zielt in ihrer Anfangsphase auf eine erste Liste von zuckerhaltigen Lebensmitteln ab.

Auf der Sitzung des Kongresses am 21. November in der Hauptstadt Nouméa wurde der Gesetzentwurf von 32 Abgeordneten angenommen, während 20 weitere den Text ablehnten.

Einer der Befürworter des Gesetzentwurfs, der Unabhängigkeitspolitiker Gilbert Tyuienon, ist auch der für Steuern zuständige Minister in der Zweiparteienregierung Neukaledoniens. Zur Verteidigung des Gesetzentwurfs sagte er, dass die Idee der Besteuerung von zuckerhaltigen Produkten bereits seit 2015 diskutiert worden sei und dass es seitdem viele Konsultationen mit Interessensgruppen gegeben habe, um die Steuer durchzusetzen.

Dies hat dazu geführt, dass die neue „Zuckersteuer“ nun sowohl für importierte als auch für lokal hergestellte Produkte mit einem hohen Zuckeranteil gilt, wobei die Steuersätze je nach Prozentsatz des im Produkt enthaltenen Zuckers variieren.

Die Steuer gilt zu folgenden Sätzen: 20 Französische Pazifische Francs (CFP, 0,18 US-Dollar) pro Kilogramm oder Liter für Produkte mit einem Zuckergehalt von 5 bis 9,99 Prozent, 40 Französische Pazifische Francs (CFP, 0,36 US-Dollar) pro Kilogramm oder Liter für Produkte mit einem Zuckergehalt von 10 bis 29,99 Prozent, 60 Französische Pazifische Francs (CFP, 0,55 US-Dollar) pro Kilogramm oder Liter für Produkte mit einem Zuckergehalt von 30 bis 39,99 Prozent und 85 Französische Pazifische Francs (CFP, 0,77 US-Dollar) pro Kilogramm oder Liter für Produkte mit einem Zuckergehalt von über 40 Prozent.

Am stärksten betroffen sind zuckerhaltige Erfrischungsgetränke, Speiseeis, Süßwaren, Schokola-

de, aber auch Soßen, Müsli, Kekse sowie Back- und Konditoreierzeugnisse, die alle mit unterschiedlichen Steuersätzen belegt sind.

Hintergrund: Etwa zwei Drittel der 270.000 Einwohner*innen Neukaledoniens sind übergewichtig, rund 11 % leiden an Diabetes. Diese Situation hat erhebliche Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und die Kosten der medizinischen Versorgung in Neukaledonien.

Die Regierung schätzt die durch die neue Steuer zu erwartenden Mehr-Einnahmen auf etwa drei Milliarden französische Pazifische Francs (27,5 Millionen US-Dollar). Die neuen Finanzmittel sollen in die Finanzierung von Projekten fließen, die sich auf die Prävention und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die mit dem hohen Konsum von zuckerhaltigen Produkten verbundenen Gesundheitsgefahren konzentrieren.

(Radio NZ Intern. 30.11.23, <https://www.sugaronline.com/2023/11/29/new-caledonia-congress-approves-flexible-sugar-tax/>)

MIKRONESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Politics and Society, Uni Würzburg.]

Oberster Gerichtshof befasst sich mit Abtreibungsrecht

Guam: Der Oberste Gerichtshof von Guam hat das Abtreibungsverbot von 1990 im Wesentlichen für ungültig erklärt. Trotz des *Roe vs. Wade* Urteils, das bis 2022 auch auf Guam galt, war es für guamische Frauen ausgesprochen schwierig bis unmöglich abzutreiben, allein deshalb schon, weil es auf Guam kaum Ärzt*innen gibt, die Abtreibungen durchführen. Seit der Oberste Gerichtshof in den USA im vergangenen Jahr das *Roe vs. Wade* Urteil aufgehoben hat, liegt die Verantwortung im Abtreibungsrecht nun wieder bei den einzelnen US-Bundesstaaten und

Territorien. In einer Pressemitteilung des Obersten Gerichts von Guam heißt es, dass zukünftige Änderungen am Abtreibungsgesetz vom Gesetzesgeber ausgehen sollten und juristische Neuinterpretationen ausgeschöpft seien.

Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass in Zukunft das Abtreibungsrecht auf Guam wieder verschärft wird und Abtreibungen womöglich komplett verboten werden.

(<https://www.kuam.com/story/49927284/supreme-court-issued-ruling-invalidating-1990-abortion-ban>)

(<https://reproductiverights.org/maps/state/guam/>)

Neue Cybersicherheits-Strategie

Guam: Die neue Cybersicherheitsstrategie, die die Regierung von Guam entwickelt hat, ist Mitte November nun auch von der Behörde für Heimat- und Zivilschutz abgesegnet worden. Laut Trent Frazier, dem stellvertretenden Direktor der *Behörde für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit*, sind die geplanten Maßnahmen essenziell für die Bewältigung und Reduzierung der Cyberrisiken auf Guam.

In dem Strategiepapier geht es hauptsächlich um den Schutz kritischer Infrastruktur, sensibler Daten, Datenspeicher und Technologien, denn die strategische Bedeutung Guams im Westpazifik setzt den Inselstaat zunehmenden Bedrohungen durch Terroristen, Nationalstaaten, kriminelle Organisationen oder Unternehmen aus.

Außerdem will die Regierung zusätzlich in die frühzeitige Erkennung und Abwendung von Cyberbedrohungen investieren und setzt dabei auf lokales Know-how.

An der Entwicklung der Strategie waren neben der Regierung auch das Militär und private Unternehmen beteiligt. Die Cybersicherheitsstrategie soll demnächst auf der Webseite der Behörde für Heimat- und Zivilschutz (*Guam Homeland Security Office of Civil Defense*) veröffentlicht werden.

(<https://www.kuam.com/story/49993628/feds-approve-guams-cybersecurity-plan>)

Scharfe Kritik an Neuseelands Ausbau fossiler Brennstoffe

Palau: Palaus Präsident Surangel Whipps Jr. nutzt wieder einmal geschickt die Bühne eines globalen Klimagipfels, diesmal in Dubai, um die großen Industriestaaten für ihre viel zu hohen Emissionswerte anzuprangern. So hat er Anfang Dezember auch die neue neuseeländische Regierung für ihre Pläne, neue Öl- und Gasfelder zu erkunden, scharf kritisiert.

Die Regierung in Wellington beabsichtigt, die Gewässer von Aotearoa wieder für die Öl- und Gasexploration zu öffnen, obwohl sie sich gleichzeitig dazu verpflichtet hat, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Whipps Jr. fordert, dass Neuseeland als pazifische Insel und Mitglied des *Pacific Islands Forum* die Herausforderungen, vor denen die Menschen im Pazifik angesichts des Klimawandels stehen, gut kennen und Führung übernehmen sollte, anstatt kurzfristig gedachte Entscheidungen zu treffen, die das Überleben der gesamten Pazifikregion gefährdeten. Dazu gehöre auch, dass die Regierung nicht weiterhin in fossile Brennstoffe investiere, sondern sich aktiv für den Übergang hin zu erneuerbaren Energien einsetze.

Auch das *Pacific Islands Climate Action Network* (PICAN) hat die Pläne der neuseeländischen Regierung untersucht und argumentiert, dass nun nicht der richtige Zeitpunkt sei, die Förderung fossiler Brennstoffe weiter auszuweiten. Abgesehen von den direkten negativen Folgen für das Klima untergräbt die zunehmende Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nicht nur die kollektiven Bemühungen der Pazifikbewohner*innen, sondern sendet auch falsche Signale an die Wirtschaft, hieß es.

(<https://asiapacificreport.nz/2023/12/02/its-tragic-palau-president-slams-nz-govts-oil-and-gas-exploration-plans/>)

Forderungen nach verschärften Visa-Bestimmungen für chines. Staatsangehörige

Nördliche Marianen: Ende November unterzeichneten 32 Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses und des US-Senats einen Brief an den Zivilschutzminister der Nördlichen Marianen, Alejandro Mayorkas, in dem sie ihre Besorgnis über die US-Visapolitik für chinesische Staatsangehörige bei der Einreise in das *Commonwealth der Nördlichen Marianen* (CNMI) zum Ausdruck brachten.

Die Nördlichen Marianen sind bis dato das einzige US-Territorium, in das chinesische Staatsangehörige bis zu 14 Tage lang ohne Visum einreisen können. CNMI-Gouverneur Arnold Palacios äußerte Bedenken über das Vorgehen der Abgeordnetengruppe, wies die Initiative aber auch nicht grundsätzlich zurück, denn es bräuchte laut Palacios durchaus strengere Visabestimmungen, um die nationale Sicherheit gewährleisten zu können.

In dem unterzeichneten Dokument kritisieren die Abgeordneten, dass die laxen Visaregelungen die CNMI in den vergangenen Jahren anfällig für Probleme wie Drogenhandel, illegale Einwanderung und organisierte Kriminalität gemacht haben. Sie fordern deshalb strengere und einheitliche Visaregelungen für alle US-Territorien.

(<https://www.kuam.com/story/50141959/breaking-us-lawmakers-want-homeland-security-to-change-visa-policy-for-chinese-nationals-entering-the-northern-marianas>)

Die Tourismusbranche in der Existenzkrise

Nördliche Marianen: Der mit Abstand wichtigste Wirtschaftszweig im *Commonwealth der Nördlichen Marianen* (CNMI), die Tourismusindustrie, befindet sich nach Angaben von Handelskammervertretenden in Saipan und des Hotelverbandes *Northern Marianna Islands* (HANMI) in einer existenziellen Notlage.

Bei einem Treffen mit Mitgliedern des CNMI-Repräsentantenhauses Anfang Dezember bekräftigten Handelskammervorstandsmitglied Alex Sablan und HANMI-Vorsitzender Ivan Quichocho den desolaten Zustand der Tourismusbranche. Die aktuelle Hotelauslastung und die daraus erzielten Einnahmen würden die Kosten absolut nicht decken.

CNMI-Gouverneur Arnold Palacios hatte zuvor angekündigt, dass die CNMI sich von der übermäßigen Abhängigkeit von chinesischen Investitionen loslösen wollten und stattdessen versuchen würden, die Beziehungen zu Verbündeten in der Region zu stärken.

Allerdings haben in der Vergangenheit die Tourist*innen aus der Volksrepublik China die zweitgrößte Gruppe an Reisenden in den CNMI gestellt. Ihre Zahl sank von 185.536 Ankünften im Jahr 2019 auf 18.550 im Jahr 2020, 12 im Jahr 2021 und 186 im Jahr 2022. Angesichts Palacios außenpolitischer Stoßrichtung werden sich diese Zahlen womöglich auch nicht so schnell erholen.

Hinzukommt laut Alex Sablan, dass die eigentliche Situation noch wesentlich schlechter aussieht als auf den ersten Blick ersichtlich. Aufgrund des Supertaifuns *Yutu* im Jahr 2018 sind die Tourismuszahlen von 2019 nicht vergleichbar mit dem eigentlichen Tourismuspotential, das die CNMI hergeben. Wenn man die aktuellen Zahlen zum Beispiel mit 2017 vergleiche, einem Jahr, in dem keine großen Krisen die CNMI und die Urlaubssaison erschüttert haben, wäre ein Rückgang um 60 bis 70% zu verzeichnen und dies macht nochmal deutlicher, welche herbe Einschnitte die Tourismusindustrie seit Jahren erleidet.

Derzeit sei Südkorea mit Abstand der wichtigste Tourismusmarkt der CNMI, der sich allerdings auch noch nicht vollständig erholt habe. Im Jahr 2023 kamen 82 % der Touristen aus Südkorea. Touristen aus Japan würden laut Sablan derzeit nicht zurückkommen (im Jahr 2023 kamen lediglich 2 % der Touristen aus Japan). Aktuell sei deshalb nicht mit einer schnellen

Genesung der Tourismusindustrie auf den Nördlichen Marianen zu rechnen. Eine mögliche Gegenmaßnahme, die die Situation zumindest ein wenig entspannen könnte, wäre eine stärkere Fokussierung auf Tourist*innen aus anderen, bisher weniger erschlossenen, Märkten.

(https://www.postguam.com/news/cnmi/nmi-tourism-is-in-desperate-mode/article_741aa1d0-8d77-11ee-9a87-0bfa80689ce8.html)

(<https://www.kuam.com/story/50130768/south-korea-holds-82-of-cnmi-tourism-market>)

Neuer Präsident

Nauru: Seit dem 30. Oktober hat Nauru einen neuen Präsidenten. Mit 10 zu 8 Stimmen konnte sich David Adeang gegen Delvin Thoma in einer geheimen Abstimmung durchsetzen.

Der überraschenden Präsidentschaftswahl war ein erfolgreiches Misstrauensvotum gegen den seit September 2022 amtierenden Russell Kun vorausgegangen. Die Parlamentarier hatten sich unzufrieden mit Kuns Amtsführung gezeigt.

David Adeang ist der dienstälteste Abgeordnete im derzeitigen Parlament. Er hatte erstmals 2001 für die damaligen Parlamentswahlen kandidiert. In den Jahren 2004 und 2008 war er Parlamentspräsident und hatte eine Reihe von Kabinettsressorts inne, unter anderem als Assistenzminister des Präsidenten sowie als Finanz- und Justizminister.

In seiner Zeit als Finanzminister wurde er zusammen mit dem ehemaligen Präsidenten Baron Waqa beschuldigt, Schmiergelder von einem Phosphatexportunternehmen angenommen zu haben. Adeang und Waqa bestritten beide, daran beteiligt gewesen zu sein, obwohl die australische Bundespolizei 2015 eine Untersuchung zu dem Vorfall eingeleitet hatte.

Info: Der Präsident Naurus ist sowohl Staatsoberhaupt als auch Regierungschef der Republik Nauru. Das Parlament wird in der Regel alle drei Jahre gewählt und wählt aus seiner Mitte einen Prä-

sidenten, der üblicherweise nach den nationalen Parlamentswahlen von den neugewählten Parlamentsabgeordneten mit einer relativen Mehrheit gewählt wird. Es liegt ein Regierungssystem der parlamentsgebundenen Exekutivgewalt vor.

Der Präsident benennt danach meistens aus Parteigenossen im Parlament sein Kabinett, das – ihn mit eingeschlossen – aus fünf bis sechs Ministern besteht. Auch der Vorsitzende des Obersten Gerichts (Supreme Court) wird vom Präsidenten ernannt. (*Artikel von Julia Ratzmann. Radio NZ Intern. 30.10.23, Wikipedia*)

Eklat beim PIF

Nauru: Bei einem Treffen des *Pacific Island Forums* (PIF) Mitte November auf der Insel Aitutaki ist es zu einem Eklat gekommen, nachdem die nauruische Delegation frühzeitig abgereist ist. Nachdem gerade erst Kiribati dem Forum wieder beigetreten ist, drohen erneute Differenzen, das PIF zu spalten.

Die Pazifikstaaten hatten sich bereits im Vorfeld darauf geeinigt, den ehemaligen Präsidenten (2013-2019) von Nauru, Baron Waga, als PIF-Generalsekretär aufzustellen. Dabei wird gegen Waga aktuell in Korruptionsfällen ermittelt. Die nauruische Delegation soll aus Protest gegen die Nominierung Baron Wagas daher die Sitzung des Forums verlassen haben.

(<https://nit.com.au/10-11-2023/8557/nauru-walkout-overshadows-pacific-islands-forum>)

MARSHALL-INSELN

ADB eröffnet Büro in Majuro

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat am 27. Oktober gemeinsam mit Vertretenden der Regierung der Marshall-Inseln mit einer feierlichen Zeremonie das *Pazifische Länderbüro für die Marshall-Inseln* (*Pacific Country Office, PCO*) der ADB in Majuro offiziell eröffnet.

Das PCO ist bereits seit 2019 in Betrieb, aber die offizielle Eröffnung des ADB-Büros war aufgrund der COVID-19-Pandemie bisher nicht möglich.

Der stellvertretende Generaldirektor der ADB für den Pazifik, Hideaki Iwasaki, nahm gemeinsam mit dem Minister für Finanzen, Banken und Postdienste der Marshall-Inseln, Casten Nemra, an der Zeremonie teil. „Seit über 30 Jahren unterstützt die ADB die Marshall-Inseln bei der Erreichung ihrer Entwicklungsziele“, erklärte Iwasaki.

„Das PCO vertieft unsere Partnerschaft mit der ADB und ermöglicht es uns, besser auf die Entwicklungsbedürfnisse der Menschen auf den Inseln einzugehen“, sagte Nemra. „Wir freuen uns auf die weitere Unterstützung durch die ADB, insbesondere in den Bereichen Wirtschaftsmanagement, öffentlicher Sektor und Entwicklung des Privatsektors.“ (Marshall Islands Journal 03.11.23, Pressemitteilung ADB 27.10.23)

Rekordzuwachs bei IHK-Mitgliederzahlen

Im Jahr 2023 konnte die Industrie- und Handelskammer (IHK) der Marshall-Inseln einen Rekordzuwachs an Mitgliedern verbuchen. 91 Betriebe und Geschäftsleute sind Mitglied der Kammer geworden.

Handelskammerpräsident Randel Sylvester bedankte sich bei dem engagierten Team von Haupt- und Ehrenamtlichen in der IHK. Man habe es den Mitarbeitenden zu verdanken, die für einen Beitritt zur Kammer geworben hätten. Im privaten Sektor sei das Netzwerken besonders wichtig, um dauerhaft wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Im nächsten Jahr stünden Verhandlungen zwischen der Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern an. Die Lohn- und Gehaltskosten und der Mindestlohn müssten dringend auf den Prüfstand, so der Handelskammerpräsident. Da sei es wichtig, einen Großteil der auf den Marshall-Inseln ansässigen Betriebe und

Dienstleistungsgesellschaften hinter sich zu wissen. So habe man mehr Gewicht bei den Verhandlungen mit dem Staat und den Arbeitgebern.

(<http://www.majurochamber.net/>, Marshall Islands Journal 17.11.23)

Ex-Präsident wird Paramount Chief

In einer spektakulären 'Krönungszeremonie' ist der ehemalige Präsident der Marshall-Inseln, Christopher Loeak, Anfang November in der *Uliga Protestant Church* auf dem Majuro-Atoll zum „Paramount Chief“ („Iroojlaplap“) des Loeaks-Clans gekrönt worden. Diese hochrangige Familie dominiert die Ralik-Inselkette. Loeak folgt gemäß der marshallischen Tradition auf seinen ältesten Bruder, der vor über einem Jahr verstarb.

Als Ältester und Paramount Chief ist Loeak für das Wohlergehen aller Familienmitglieder zuständig und trägt Verantwortung für das Land und die Menschen in ‚seiner‘ Region.

Im Anschluss an die feierliche Zeremonie hatte Loeak tausende von Gästen in das Kongresszentrum von Delap eingeladen, dort stand ein kostenloses Buffet bereit und es wurde ausgiebig gefeiert.

Info: Christopher Loeak (geb. 11. November 1952 auf dem Atoll Ailinglapalap) war von 2012 bis 2016 Präsident der Marshall-Inseln.

Er ist langjähriges Mitglied in der Nitijeļā (Parlament). Erstmals gewählt wurde er 1985 als Vertreter des Ailinglapalap-Atolls. Im Kabinett von Präsident Amata Kabua war er von 1988 bis 1992 Justizminister. Anschließend war er bis zum Tod Kabuas 1996 Sozialminister. Unter dessen Nachfolger Kunio Lemari war er zwei Jahre Minister für Erziehung, zunächst auch unter dem ab 1997 amtierenden nächsten Präsidenten Imata Kabua. Dieser ernannte Loeak 1998 zum Minister für die Ralik-Kette, einer Inselkette im Westen des Landes. Neben diesem Amt, das er für ein Jahr innehatte, war er ab 1999 Stellvertreter des Präsidenten.

Im Parlament war Loeak Mitglied zahlreicher Ausschüsse. Er nahm auch an den Verhandlungen mit den USA über die Nutzung eines Testgeländes für Raketen auf den Inseln teil. Bei den Wahlen 2007 wurde er erneut als Vertreter von Ailinglaplap ins Parlament gewählt. Litokwa Tomeing holte ihn 2008 wieder ins Kabinett als seinen Stellvertreter.

Loeak ist verheiratet und hat drei Kinder.

Iroojlaplap ist der kollektive Titel der traditionellen Oberhäuptlinge (paramount chiefs) auf den Marshall-Inseln. Artikel III der Verfassung der Marshall-Inseln erkennt den Titel zu und begründet den *Council of Iroij* (Rat der Häuptlinge), bestehend aus den führenden Iroojlaplap, oder den Personen, welche die entsprechenden Titel auf den verschiedenen Inseln führen. (Marshall Islands Journal 10.11.23, Wikipedia)

Erinnerung an US-Kriegsveteranen

Die Regierung der Marshall-Inseln hat den Angehörigen des US-amerikanischen Marineinfanteristen Barry DeShong ihr Beileid ausgesprochen. DeShong starb am 25. Oktober in Philadelphia (USA) im Alter von 99 Jahren an den Folgen einer Diabetes-Erkrankung.

DeShong gehörte 1943 zu den ersten dunkelhäutigen Amerikanern, die in die US-Marine eintreten durften. Erst 1941 hatte der damalige amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt das Gesetz aufgehoben, nachdem nur weiße Amerikaner in die Armee eintreten durften.

Von 1943 bis 1945 diente DeShong bei den *Montford Point Marines* auf dem Atoll Roi-Namur. 2012 war ihm und seiner Einheit für ihren Dienst auf den Marshall-Inseln in Washington DC die Goldmedaille des US-Kongresses für besondere Verdienste im Zweiten Weltkrieg verliehen worden.

Auf Roi-Namur arbeitete DeShong als Lagerverwalter sowie als Aufseher für das Versorgungslager der amerikanischen Marine auf dem Atoll. Roi-Namur ist die zweitgrößte Insel der Marshall-Inseln und liegt an der Nordspitze des Kwajalein-Atolls.

Info: Barrington Sinclair DeShong wurde am 23. Juli 1924 in Montclair (New York) geboren. Seine Familie gehörte der örtlichen Episkopalkirche an. Als Teenager arbeitete er als Lagerist und Kassierer in einem Supermarkt. Er sammelte Jazz-, Big-Band-, Klassik-, Folk-, Reggae- und Rockplatten und galt weltweit als Experte für karibische Steelbands, Seine Plattensammlung umfasste mehr als 2.000 Stück. Noch vor seinem Schulabschluss trat er den US-Marines bei. Nach seiner Entlassung aus dem Militär besuchte DeShong eine Schule für Mechatroniker und arbeitete im Einzelhandel und in einer Fabrik, bevor er in die Abteilung für chemische Tierversuche der Ciba Corp. eintrat, die später zu Ciba-Geigy und dann zu *Novartis* wurde. (*The Philadelphia Inquirer* 10.11.23)

KIRIBATI

Kanton inmitten globaler Machtpolitik

Der Insel Kanton, einem kleinen Atoll mitten im Pazifik, scheint ein Bauboom bevorzustehen. Die Vereinigten Staaten und Australien sicherten Ende Oktober den Bau einer Werft auf der abgelegenen Insel zu, während die chinesische Regierung erwägt, einen ehemaligen Flugplatz aus dem Zweiten Weltkrieg wiederzubeleben.

Die 33 Atolle Kiribatis sind auf einer Fläche von 3,5 Millionen Quadratkilometern Ozean verstreut und dienen zu unterschiedlichen Zeiten als Stützpunkt für US-amerikanische und chinesische Raumfahrt-Überwachungsstationen. Insbesondere Kanton ist in letzter Zeit in den Fokus Washingtons und Pekings geraten, nachdem China 2019 die diplomatischen Beziehungen zu

Kiribati wieder aufgenommen und weitere Rivalitäten über wichtige Stützpunkte im Pazifik ausgelöst hatte.

In einer gemeinsamen Erklärung gaben US-Präsident Joe Biden und der australische Premierminister Anthony Albanese im Oktober bekannt, dass sie die maritime Infrastruktur in Kiribati gemeinsam finanzieren und die Werft auf Kanton wieder aufbauen würden. Die USA hatten den Pazifikinseln bereits im September bei einem Gipfeltreffen im Weißen Haus USD 29 Millionen zugesagt, womit auch Jugendprogramme auf Kiribati unterstützt werden sollen.

China seinerseits schickte im März 2023 Experten auf den Inselstaat, um eine Machbarkeitsstudie zum Bau eines Flughafens auf Kanton durchzuführen. Laut eines chinesischen Diplomaten auf Kiribati muss das Großprojekt noch geprüft werden. Es soll laut chinesischen Staatsmedien aber bereits Versuche von US-amerikanischer Seite gegeben haben, die chinesischen Pläne zu blockieren.

Graeme Smith, Experte für chinesisches-pazifische Beziehungen an der *Australian National University*, kommentierte, dass Kiribati angesichts des strategischen Wettbewerbs auf den Pazifikinseln lediglich als Spielball globaler Machtpolitik gesehen werde, egal, ob es sich im Lager Chinas oder dem der USA befände.

(Artikel von Clara Groth, Würzburg. <https://www.malaymail.com/news/world/2023/10/26/kiribati-atoll-2000-km-from-hawaii-gets-us-wharf-as-china-eyes-airport/260>)

Falepili-Union als Zukunftsmodell?

Vergangenen Monat sind Australien und der Inselstaat Tuvalu eine sogenannte *Falepili-Union* eingegangen. Das Abkommen gewährt einigen der vom steigenden Meeresspiegel bedrohten Bewohner*innen Tuvalus eine australische Aufenthaltserlaubnis und Australien kommt im Gegenzug eine Vetostimme bei diversen Sicherheitsentscheidungen des Pazifikstaats zu. Es wurde bereits darüber spekuliert, ob Kiribati und

Nauru – zwei weitere vom steigenden Meeresspiegel bedrohte Staaten - in Zukunft ähnliche Abkommen mit Australien abschließen könnten. Die australische Außenministerin deutete an, dass die Falepili-Union mit Tuvalu als Vorbild für weitere Vereinbarungen dienen könnte.

Der kiribatische Präsident Maamau hat auf derartige Kooperationsvorschläge allerdings bisher eher verhalten reagiert. Der Vorstoß hin zu mehr Zusammenarbeit wird als Bemühung seitens Australiens gedeutet, die zuletzt eher angespannten Beziehungen mit Kiribati zu verbessern.

Kiribati ist seit der Verlagerung der diplomatischen Anerkennung von Taiwan auf Festland-China im Jahr 2019 viel näher an China herangerückt und war seit dem Austritt aus dem *Pacific Islands Forum* diplomatisch quasi isoliert, bis es dieses Jahr wieder dem Forum beitrug. Australische Vertreter waren außerdem besorgt über das rigorose Vorgehen der Maamau-Regierung gegen das kiribatische Justizsystem.

Um die Situation zu entspannen, reiste die australische Außenministerin Penny Wong dann Anfang 2023 nach Kiribati und schloss mit Präsident Maamau ein neues Entwicklungs- und Sicherheitskooperationsabkommen ab, ein Schritt, der offenbar dazu beigetragen hat, Australiens diplomatische Position und vor allem die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu stärken.

Grundsätzlich reagierten die meisten Pazifikstaaten positiv auf die Falepili-Union zwischen Australien und Tuvalu und auch Maamau begrüßte das Abkommen. Im Rahmen des Vertrags verpflichtet sich Australien dazu, Tuvalu beim Ausbau der Küsteninfrastruktur zu unterstützen, den Bürger*innen Tuvalus einen Zufluchtsort zu bieten und Tuvalu bei Naturkatastrophen und militärischen Aggressionen zur Seite zu stehen. Im Gegenzug sieht der Vertrag vor, dass Tuvalu sich zunächst mit Australien abspricht, bevor es mit anderen Ländern Sicherheits- oder Verteidigungsabkommen eingeht.

Auch der UN-Sondergesandte für Klimamobilität, Carlos Alvarado Quesada, sieht das Abkommen als großen Fortschritt, betonte jedoch, dass weiterhin jede Anstrengung unternommen werden müsse, die Kohlenstoffemissionen zu senken, damit Inselstaaten wie Tuvalu gar nicht erst in eine derartig lebensbedrohliche Situation geraten.

Bisher ist jedoch nicht klar, ob sich Kiribati und die Maamau-Regierung auf ein ähnliches Abkommen mit Australien einlassen werden, denn das würde definitiv einen Affront gegen den neugewonnenen Partner China bedeuten. (Artikel von Clara Groth, Würzburg. <https://www.abc.net.au/news/2023-11-12/kiribati-president-maamau-australia-falepili-climate-change/103096426>)

Kiribati wappnet sich gegen Folgen des Klimawandels – die Weltbank unterstützt

Ende November hat der Vorstand der Weltbank ein Unterstützungspaket in Höhe von USD 10 Millionen für Kiribati genehmigt, um den Inselstaat vor wirtschaftlichen und klimabedingten Risiken zu schützen.

Die sogenannte *Kiribati First Resilient Growth Development Policy Operation with a Catastrophe Deferred Drawdown Option* (Cat DDO) umfasst Finanzhilfen in Höhe von USD acht Millionen und weitere Hilfen in Höhe von USD zwei Millionen, die im Falle einer größeren Krise oder Naturkatastrophe sofort verfügbar wären.

Kiribati ist eines der abgelegentesten und vom Klimawandel gefährdetsten Länder der Welt. Da Kiribati regelmäßig von Dürren, Überschwemmungen, Sturmfluten und dem steigenden Meeresspiegel betroffen ist, ist die Resilienz des Landes gegen diverse Risiken und Naturkatastrophen für die Zukunft Kiribatis von entscheidender Bedeutung.

Die Cat DDO wird umweltpolitische Reformen unterstützen, zu denen die Änderung der Umweltschutzgesetzgebung zur Reduzierung von Abfall und Umweltverschmutzung, sowie die Erhaltung der Meeres- und Landressourcen ge-

hören. Ein überarbeiteter Vorschriftenkatalog soll außerdem die Planungsprozesse für Klimaanpassung im Falle von Naturkatastrophen stärken, zu denen auch die Identifizierung von Evakuierungszentren und Frühwarnsystemen zählen.

Das Maßnahmenpaket werde laut Weltbank zusätzlich dazu beitragen, die Steuertransparenz Kiribatis zu verbessern, die Staatseinnahmen zu diversifizieren, die Finanzaufsicht zu verbessern und die Geschäftstätigkeit staatseigener Unternehmen, einschließlich des *Public Utilities Board*, zu stärken. (Artikel von Clara Groth, Würzburg. <https://pacific.scoop.co.nz/2023/12/world-bank-boost-for-kiribatis-economic-and-climate-resilience/>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

„Klima-Visum“ für Tuvalu

Tuvalu: Der Bevölkerung des pazifischen Inselstaats Tuvalu wird im Rahmen eines neuen Abkommens die Möglichkeit angeboten, nach Australien auszuwandern, um den Folgen des Klimawandels zu entkommen. Die Premierminister beider Staaten unterzeichneten die Vereinbarung, die auch einen Sicherheitspakt umfasst, auf der Mitgliederversammlung des pazifischen Inselforums Mitte November auf Rarotonga (Cook-Inseln).

Tuvalus Regierung hatte Australien um ein Migrationsprogramm gebeten, da der Lebensraum auf den tiefliegenden Inseln und Atollen im Pazifik durch den steigenden Meeresspiegel gefährdet ist.

Die circa 11.000 tuvaluischen Einwohner*innen sollen eine Alternative haben, wenn sich die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen. Der sogenannte „Mobilitätspfad“ soll ab sofort jedes Jahr 280 Betroffenen ermöglichen, mit einem speziellen Visum nach

Australien auszuwandern. Das Abkommen ist weltweit das Erste, das ein Visum ausdrücklich an die Auswirkungen des Klimawandels bindet.

Außerdem will Australien 350 Mio. AUD (220 Mio. US-\$) in die Klima-Infrastruktur der Region investieren sowie in ein Programm, das die Abwanderung von Fachkräften verhindern soll.

Angesichts der geopolitischen Landschaft im Pazifik ist der Vertrag für Australien bezüglich ihrer Partnerschaften in der Region ein großer Schritt nach vorne und eine bemerkenswerte diplomatische Leistung, da die Regierungen Chinas und der USA um Abkommen mit den kleinsten Pazifik-Ländern konkurrieren.

Australien hat sich bereits seit zwei Jahren um eine Aufstockung der Hilfsmaßnahmen und eine Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zu den kleinen pazifischen Inselstaaten bemüht.

Info: 2017 hatte Neuseeland ein Visum für Klimaflüchtlinge pazifischer Inseln eingeführt, jedoch wieder fallengelassen, nachdem eine Studie herausfand, dass die Bewohner*innen bedrohter Inseln ihr angestammtes Land nicht verlassen wollen, um ihre traditionelle Gesellschaft und Kultur zu bewahren. (Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. *Financial Times* 10.11.23)

Neue Verfassung

Tuvalu: Die Regierung des pazifischen Inselstaats Tuvalu hat eine neue Verfassung verabschiedet, die unter anderem die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Behinderung verbietet, sofern diese nicht im Widerspruch mit traditionellen Werten steht. Menschenrechtsgruppen und die Vereinten Nationen äußerten Bedenken hinsichtlich der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und anderer Diskriminierungsformen.

Kate Schuetze von *Amnesty International* kritisierte, dass der Schutz von Personen vor Diskri-

minierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität in der neuen Verfassung Tuvalus immer noch nicht ausreichend sei. Außerdem hinterfragte Schuetze die Gewichtung der Menschenrechte, der Freiheit, der Kultur und der Religion in der neuen Verfassung.

Noch bis Ende letzten Jahres gab es in Tuvalu keine Einigung darüber, ob Geschlechterdiskriminierung verboten werden sollte, da sich der Ausschuss, der für die Überarbeitung der Verfassung zuständig war, nicht einigen konnte. Simon Kofe, der aufgrund seines Engagements gegen die Klimawandelfolgen auf Tuvalu auch international bekannt ist, trat im Juli 2023 von seiner Stelle als Außenminister zurück, um sich ganz auf die Begutachtung des neuen Verfassungstextes konzentrieren zu können.

Laut einem UN-Bericht aus dem Jahr 2022 sind Frauen in Tuvalu weitgehend von Entscheidungsprozessen auf lokaler und überregionaler Ebene ausgeschlossen. Regierungsuntersuchungen zeigen auch ein hohes Maß an Gewalt gegen Frauen. Laut einer Studie aus dem Jahr 2019 halten fast ein Viertel der Männer im Alter von 35 bis 49 Jahren Gewalt gegen ihre Ehefrauen für gerechtfertigt, wenn sie miteinander streiten. Zudem haben 26 % der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren sexuelle Gewalt von ihren Ehemännern oder Partnern erlebt.

In Bezug auf die Geschlechtergleichstellung in Führungspositionen schneidet Tuvalu jedoch besser als andere pazifische Inselstaaten ab. Laut einer Umfrage der *Asian Development Bank* hatte 2021 fast ein Drittel der Organisationen eine Frau als Vorstandsvorsitzende.

Die überarbeitete Verfassung spiegelt auch die Bedrohung der Inseln und dessen Einwohner*innen durch den Klimawandel wider und betont, dass die Staatlichkeit Tuvalus trotz des Verlusts ihres physischen Territoriums erhalten bleiben soll. Mit einer Be-

völkerung von etwa 11.000 Menschen gehört Tuvalu zu den kleinsten Staaten der Welt und ist auf internationale Hilfe angewiesen, um langfristige Pläne zur Landgewinnung gegen den steigenden Meeresspiegel finanzieren zu können.

Weitere Änderungen in der Verfassung von Tuvalu beinhalten die Anerkennung der *Falekaupule*, der Ältestenräte der Insel, als traditionelle Autorität. Des Weiteren erklärt die neue Verfassung Tuvalu zu einer christlichen Nation.

Info: Die Verfassung wurde im September vom Parlament angenommen und trat am 1. Oktober, dem Jahrestag der Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich, in Kraft. (Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. *Benar News* 03.10.23)

Vulkanausbruch vergrößerte Ozonloch

Tonga: Laut Forschenden der NASA und der US-amerikanischen NOAA (*National Oceanic and Atmospheric Administration*) war das Ozonloch in der Antarktis seit den Aufzeichnungen im Jahr 1979 noch nie größer als im September 2023. Eigentlich schrumpft das Ozonloch seit Jahren,

Wäre der Vulkan *Hunga Tonga-Hunga Ha'apai* auf Tonga im Januar 2022 nicht ausgebrochen, wäre das Ozonloch vermutlich kleiner gewesen, da angenommen wird, dass die erzeugte Wasserdampfwolke in die Stratosphäre gelangte und dort den Ozonabbau über der Antarktis verstärkte.

Hintergrund: Ein Ozonloch ist ein Gebiet innerhalb der Ozonschicht, das nur aus einer dünnen Schicht Ozon-Molekülen besteht, wodurch die Menge an Ultraviolettstrahlung, die die Erdoberfläche erreicht, erhöht ist. Jedes Jahr im September dünnt die Ozonschicht aus und bildet ein Ozonloch über der Antarktis. Am 21. September dieses Jahres erreichte das Ozonloch mit 10 Millionen Quadratmeilen seine bis dato größte Ausdehnung, wie

die Forscher*innen berichten. (Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. *FOX Weather* 01.11.23)

Pacific Partnership Mission beendet

Tonga: Die *Pacific Partnership Mission* ist die größte jährliche multinationale humanitäre Hilfe- und Katastrophenvorsorgemission, die unter der Leitung der USA in der indo-pazifischen Region durchgeführt wird. Sie begann 2004 als Reaktion auf einen Tsunami, der weite Teile Südostasiens verwüstete.

Die Mission zielt darauf ab, die regionale Zusammenarbeit, die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Reaktion auf Naturkatastrophen und humanitäre Krisen zu verbessern und neue Freundschaften zwischen Anrainerstaaten zu fördern.

Das Personal umfasst knapp 1.500 Personen, von denen einige aus Australien, Kanada, Chile, Japan, Neuseeland, Südkorea und dem Vereinigtem Königreich stammen.

Die Pazifische Partnerschaft begann in diesem Jahr im August 2023 und machte Stopps in Vietnam, den Philippinen, Samoa, Malaysia, Palau, Papua-Neuguinea, Fidschi und Tonga. Am 20. November 2023 erreichten die Schiffe ihre letzte Station der diesjährigen Reise: Nuku'alofa, die Hauptstadt Tongas.

Das medizinische Team führte dort während seines Aufenthalts insgesamt 52 Einsätze durch, darunter Community Health Engagements, zahnärztliche Behandlungen, Betriebsinspektionen und Schulungen.

Das Ingenieursteam führte mit dem Personal der Mission eine gemeinschaftliche Aktion durch, bei der eine Einrichtung zum Schutz von Frauen und Kindern angestrichen wurde und ein Informationsaustausch zwischen verschiedenen Fachleuten und eine Besichtigung des Geländes für eine mögliche Renovierung stattfand.

US-Konteradmiral Mark A. Melson, Befehlshaber der *Logistics Group Western Pacific*, betonte in seiner

Abschlussrede zum Ende der Mission vor allem die Bedeutung der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Tonga, sowie das gemeinsame Interesse an der Verbesserung der maritimen Sicherheit im Pazifik.

U.S. Navy Captain Claudine Calori, Kommandantin der Mission, lobte in ihrer Rede den Erfolg der Reise und die globale Allianz, die sich für die Sicherheit und Stabilität des Pazifiks einsetzt. Außerdem sei sie stolz darauf, ihre jährliche Mission mit dem siebentägigen Aufenthalt in Nuku'alofa zu beenden.

Brad Coley, Chargé d'affaires an der Botschaft der Vereinigten Staaten in Nuku'alofa, drückte seine Bewunderung für alle Mitarbeitenden aus und zeigte sich beeindruckt von der guten Zusammenarbeit aller Partner.

(Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. dvids Defense Visual Information Distribution Service 20.11.2023)

El Niño führt zu Dürre

Tonga: El Niño wurde im September durch die Wetterdienste Tongas offiziell angekündigt. Auf den Inseln erzeugt das Wetterphänomen wärmere Temperaturen, weniger Niederschläge und mehr Wirbelstürme.

Auf Tongas Hauptinsel Tongatapu und der nahegelegenen Insel 'Eua herrscht bereits Dürre und auch für andere Inseln wurden Warnungen von den Behörden herausgegeben. Die Bevölkerung wird gebeten, Trinkwasser zu sparen und dieses sinnvoll einzusetzen. Die Regierung plant, auf den Außeninseln Meerwasser in Trinkwasser umzuwandeln, um dort ausreichend Wasserressourcen zur Verfügung stellen zu können, da die Dürreperiode insbesondere auf den isoliert gelegenen Inseln ein Problem darstellt.

Die stellvertretende Direktorin des Meteorologischen Dienstes, Laitia Fifita, berichtete, dass es nicht zu erwarten sei, dass die Dürre in absehbarer Zeit nachlassen werde. Es wird, vergleichbar mit den Jahren 2015 und 2016, auch dieses Jahr unterdurchschnittlich wenig

Regen erwartet. Regenperioden wird es vermutlich trotzdem geben.

Eine große Sorge stellt die Lebensmittelversorgung in den kommenden Monaten dar, da die Landwirte auf den Anbau von Nutzpflanzen und dessen Verkauf auf lokalen sowie globalen Märkten angewiesen sind. (Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. RNZ 03.11.23)

Samoa-Abkommen ersetzt Cotonou-Abkommen

Samoa: Das sogenannte „Samoa-Abkommen“ wurde Mitte November von der Europäischen Union (EU), deren Mitgliedsstaaten und den Mitgliedern der „Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten“ (OACPS/AKP-Staaten) unterzeichnet.

Das neue Partnerschaftsabkommen wird das bisherige Cotonou-Abkommen ersetzen. Es beinhaltet Themen wie nachhaltige Entwicklung sowie Wachstum, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit.

Die Namensgebung des Abkommens wurde auf der 46. Tagung des AKP-EU-Ministerrats festgelegt, die unmittelbar vor der Unterzeichnungszereemonie in Apia (Samoa) stattfand.

Das Abkommen umfasst eine gemeinsame Grundlage, die für alle Vertragsparteien gilt, sowie drei Regionalprotokolle für Afrika, den karibischen Raum und den pazifischen Ozean, die auf die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Regionen ausgerichtet sind.

Die gemeinsamen Grundsätze umfassen die Bereiche Menschenrechte, Demokratie und Staatsführung, Frieden und Sicherheit, menschliche und soziale Entwicklung, integratives, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit und Klimawandel, Migration und Mobilität.

Hintergrund: Die 27 EU-Mitgliedsstaaten und die 79 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks repräsentieren zusammen rund zwei Milliarden Menschen und mehr als die Hälfte der Sitze

der Vereinten Nationen. Das neue Abkommen soll den Parteien helfen, neue Bedürfnisse und globale Herausforderungen wie den Klimawandel, die Meerespolitik, Migration, Gesundheit, Frieden und Sicherheit besser anzugehen.

Die Verhandlungen für ein solches neues Abkommen begannen bereits im September 2018 und wurden im April 2021 paraphiert. Der Rat der Europäischen Union genehmigte am 20. Juli 2023 die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des neuen Abkommens.

Die vorläufige Anwendung des Abkommens wird am 1. Januar 2024 beginnen. Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Ratifizierung durch die Vertragsparteien, d. h. alle EU-Mitgliedsstaaten und mindestens zwei Drittel der OACPS-Mitglieder, tritt es in Kraft.

Das Königreich Tonga hat das Abkommen übrigens nicht unterzeichnet.

(Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. Pressemitteilung European Commission 15.11.23)

Diskussion um Obergrenze bei Saisonarbeitskräften

Samoa: Die Beteiligung samoanischer Saisonarbeitender im Ausland hat sich nach der Pandemie deutlich erhöht. Vor der Corona-Pandemie wurden circa dreitausend Samoaner*innen für Arbeitsprogramme in Neuseeland und Australien mobilisiert. In den Jahren 2021-22 und 2022-23 hatte sich diese Zahl mehr als verdoppelt, obwohl die samoanische Regierung versucht hatte, den Zustrom von Arbeitskräften zu reduzieren, indem sie die Zahl der genehmigten Flüge begrenzte und die Teilnahme an bestimmten Programmen ablehnte.

Der Vorfall im Juni 2021, bei dem sich Hunderte Arbeitnehmer*innen versammelten, um sich für eine Beschäftigung im Ausland zu registrieren und dabei Verletzungen erlitten, hatte eine Debatte über die Gründe und die Attraktivität der Saisonarbeit ausgelöst.

Die samoanische Regierung gab

daraufhin eine Prüfung in Auftrag, deren Ergebnisse im August 2023 veröffentlicht wurden, um den rasanten Anstieg der Arbeitssuchenden im Ausland zu adressieren und den Verlust produktiver Arbeitskräfte aus der einheimischen Bevölkerung des Landes zu mindern.

Die neue Politik der Regierung zur befristeten Arbeitsmigration zielt darauf ab, ein besseres Gleichgewicht zwischen den Vor- und Nachteilen der Arbeitsmobilität für das Land zu erreichen.

Die Hauptsorgen der Regierung sind die Auswirkungen des Arbeitskräftezurückzugs auf die einheimische Industrie, auf die Wirtschaftskraft in den Dörfern und auf die Gesellschaft. Außerdem beunruhigt sie die niedrige Zahl an Haushalten, die von der Arbeitsmobilität profitieren, zunehmende Rechtsverletzungen und die Notwendigkeit fairer, transparenterer Verfahren.

Um diese Bedenken anzugehen, hat die Regierung vier Prioritätsbereiche identifiziert, darunter die bevorzugte Einstellung von Armen, die Unterstützung bei der Wiedereingliederung von Rückkehrenden, die Verbesserung des Wohlergehens und die Verwaltung der Arbeitnehmerschaft.

Samoas Regierung hat vorgeschlagen, eine Obergrenze von 6.000 Angestellten pro Jahr und Land für Australien und Neuseeland einzuführen, sodass insgesamt 12.000 Menschen pro Jahr entsandt werden könnten. Dies ist das erste Mal, dass ein Land eine eigene Obergrenze für die Entsendung von Beschäftigten festlegt. Obwohl dies die Arbeitgebenden im Ausland beunruhigen könnte, ist die Obergrenze erst einmal unbedenklich, da sich die Anzahl der derzeitigen Arbeitnehmenden verdoppeln würde.

Dieser Anstieg scheint im Widerspruch zu einigen Hauptzielen der Politik zu stehen, zeigt aber auch das Dilemma, in dem sich die samoanische Regierung befindet, da eine niedrige Begrenzung der Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland in der Bevölkerung unbeliebt wäre.

Aktuell nehmen etwa 14 % der erwerbsfähigen samoanischen Männer am australischen und neuseeländischen Programm teil. Die Überweisungen in die Heimat machen 33,6 % des Bruttoinlandproduktes aus. (Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. Devpolicy Blog 17.11.23)

Fangbeschränkungen bedrohen Thunfischindustrie

US-Samoa: Die Thunfischindustrie in US-Samoa ist der größte private Arbeitgeber und bildet dort den zweitgrößten Wirtschaftszweig. Verschiedene von der Regierung der Vereinigten Staaten Amerikas verabschiedete Gesetze haben sich aber negativ auf die Thunfischindustrie ausgewirkt. Die Thunfischkonservenfabrik *COS Samoa Packing* wurde im September 2009 geschlossen, wodurch über 2.000 US-samoanische Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Das Unternehmen begründete die Entlassungen mit dem Bundeslohngesetz von 2007, das die Produktion von Thunfischkonserven in US-Samoa unerschwinglich gemacht hätte. Weitere 800 amerikanische Samoaner*innen verloren ihren Job bei der Thunfischkonservenfirma *StarKist*, die auch angab, dass das Bundeslohngesetz ihre Entscheidung beeinflusst habe. Diese Schließungen führten dazu, dass mehr als 5 % der Gesamtbevölkerung von US-Samoa ihren Arbeitsplatz verloren.

Heute ist *StarKist* der größte private Arbeitgeber auf der Insel und beschäftigt rund 5.000 Menschen. Das Unternehmen erwirtschaftet einen Großteil der Einnahmen des Territoriums und trägt zur Verbesserung der Infrastruktur und zur wirtschaftlichen Autonomie bei. Außerdem senkt der Zugang zu *StarKist*-Schiffen die Lebenshaltungskosten in US-Samoa und bietet einigen Einwohner*innen durch die Erzeugung von Nebenprodukten eine Lebensgrundlage.

Die *National Oceanic Atmosphere Administration* (NOAA) führte kürz-

lich eine Untersuchung durch und schlug daraufhin vor, das Gebiet von 200 Seemeilen vor der Küste von US-Samoa als Schutzgebiet festzulegen. Dieses würde die gesamte Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) von US-Samoa umfassen und die Fischerei großer Schiffe in diesem Gebiet einschränken. Bereits im Jahr 2002 hatte die NOAA eine Beschränkung für große Fischkutter auf 50 Seemeilen vor der Küste eingeführt, was bei den in der Thunfischindustrie Tätigen Besorgnis auslöste.

Die Veränderungen, die eine Annahme der NOAA-Empfehlung durch den amerikanischen Präsidenten, Joe Biden, für die Thunfischkonservenfabrik und andere Unternehmen mit sich bringen würden, sind ungewiss. In einem Brief an Präsident Biden forderte der Gouverneur US-Samoas und ehemalige Mitarbeiter von *StarKist*, Lemanu P.S. Mauga, dazu auf, die NOAA-Empfehlung zu überdenken.

US-Samoa steht vor dem Dilemma zwischen dem Schutz seiner marinen Ökosysteme und dem Erhalt seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit. Die Insel ist ein Leuchtturmprojekt für viele Meeresschützer*innen, da Umweltschutz- und Aufforstungsmaßnahmen im nationalen Meeresschutzgebiet von US-Samoa bewiesen haben, dass die Wiederherstellung von Korallenriffen funktionieren kann.

Im Juli 2023 kündigte die amerikanische Regierung das Zweiparteien-Infrastrukturgesetz in US-Samoa an. Das Gesetz sieht 65 Milliarden Dollar für die Verbesserung und Erschwinglichkeit des Internetzugangs vor, was der Bevölkerung von US-Samoa bei der Arbeitssuche helfen soll. Das Infrastrukturgesetz legt außerdem Investitionen in Höhe von 134,1 Mio. USD für die Infrastruktur in verschiedenen Branchen fest, wodurch Arbeitsplätze geschaffen und die Beschäftigung angekurbelt werden soll. (Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. Pasquines 07.11.2023)

Atoll soll rattenfrei werden

Cook-Inseln: Auf dem Palmerston-Atoll (Cook-Inseln) wurde eine Rattenbekämpfungsaktion durchgeführt, um die Bedrohung der Gemeinschaft und des Ökosystems durch die eingeschleppten Ratten zu beenden.

Die Nagetiere sind seit über einem Jahrhundert ein Problem auf dem Atoll, da sie die einheimische Tierwelt stören und Nutzpflanzen fressen.

Die Gemeinde Palmerston hat daher zusammen mit Regierungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen eine Untersuchung der natürlichen Ressourcen auf der Insel durchgeführt. Die Untersuchung ergab, dass es zu viele Ratten auf Palmerston gibt, jedoch auch die Möglichkeit besteht, die Ratten auf dem Atoll auszurotten und damit Seevögel und andere Tiere auf das Atoll zurückzubringen.

Die Rattenbekämpfungsaktion fand auf dem Palmerston-Atoll mit seinen etwa 30 Einwohner*innen sowie auf einer unbewohnten Insel statt. Das neuseeländische Department of Conservation, der National Environment Service, das Landwirtschaftsministerium der Cook-Inseln und die *Te Ipukarea Society* trugen zur erfolgreichen Umsetzung bei.

Die Aktion begann im August 2023 und dauerte sechs Wochen. Dabei wurden vier Tonnen Rattenköder auf 70 Hektar Land verteilt. Die Gemeinde von Palmerston bereitete sich intensiv auf die Aktion vor. Dazu gehörten Maßnahmen wie das Abdichten der Abwassersysteme, das Entfernen von Zuckerrohr und Obstbäumen, das Einstellen des Anbaus von rattenempfindlichem Gemüse und die Verwendung von Gefriertruhen zur Aufbewahrung von Lebensmitteln. Essensreste wurden in versiegelten Behältern aufbewahrt und der Hausmüll wurde in abgedeckten Behältern gesammelt und verbrannt.

Die gesamte Atoll-Bevölkerung war an der Aktion beteiligt, da bereits eine einzige überlebende weibliche Ratte das Scheitern der gesamten Operation hätte bedeu-

ten können.

Die Zahl der Nagetiere ist hoch, da diese sich das ganze Jahr über in den warmen Gebieten vermehren können. Um eine umfassende Abdeckung zu gewährleisten, wurden dreimal Köder auf den beiden Inseln verteilt und über 116 Gebäude mit Ködern versehen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass keine Nagetiere auf die Schiffe oder in Frachtcontainer gelangen, um den langfristigen Erfolg des Projekts zu gewährleisten.

Die Rattenbekämpfung auf Palmerston wurde erfolgreich abgeschlossen. Nun beginnt jedoch die Arbeit, die Ratten vom Atoll fernzuhalten, indem die Schiffe aus Rarotonga, die Menschen und Fracht bringen, engmaschig kontrolliert werden. Es wurden bereits Detektionsgeräte und Fallen installiert, um mögliche Nagetiere zu entdecken. Sollte eine Ratte gefunden werden, werden DNA-Proben genommen, um festzustellen, ob es sich um einen Überlebenden des Bekämpfungsversuchs oder um einen ‚Neuankömmling‘ handelt.

Jessie Nicholson, Biodiversitätskoordinatorin des *National Environment Service* (NES) der Cook-Inseln, betonte die harte Arbeit und Opferbereitschaft der Gemeindemitglieder, um das Ziel einer rattenfreien Insel zu erreichen. Die Ergebnisse der Rattenbekämpfung werden im April 2024 ausgewertet, um festzustellen, ob die Insel offiziell für rattenfrei erklärt werden kann. *(Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. Pressemitteilung Department of Conservation 28.11.23)*

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Frz.-Polynesien fordert Beitritt zum Atomwaffen- verbotsvertrag

Frz.-Polynesien: Die Versammlung von Französisch-Polynesien hat am 28. September einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der sie den Atomwaffenverbotsvertrag (*Treaty on the Prohibition*

of Nuclear Weapons, TPNW) unterstützt und Frankreich, eine der fünf offiziellen Atomkräfte, auffordert, dem Vertrag beizutreten.

In der Resolution, die von der Abgeordneten Hinamoeura Morgant-Cross von der Partei *Tavini Huiraatira* unterstützt wurde, wird der TPNW als humanitärer Abrüstungsvertrag hervorgehoben. Sie unterstreicht die tiefe Besorgnis der indigenen Bevölkerung, da Französisch-Polynesien aufgrund der Nicht-Ratifizierung durch Frankreich derzeit keinen Zugang zu den in den Artikeln 6 und 7 der im Vertrag genannten Hilfs- und Rehabilitationsmaßnahmen hat.

Der Direktor von ICAN (*Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen*) Frankreich, Jean-Marie Collin, sagte. *„Die Verabschiedung dieser Resolution ist symbolisch und eine starke Botschaft aus einem Gebiet, das den nuklearen Horror erlebt hat. Nach dem Appell von 76 französischen Städten, der Region Bourgogne Franche-Comté und dem Großraum Lyon, darf dieser neue politische Akt vom französischen Präsidenten und seiner Regierung nicht ignoriert werden.“*

Hintergrund: Im französischen Überseegebiet Französisch-Polynesien fanden zwischen 1966 und 1996 193 französische Atomtests statt, die zu einer radioaktiven Verseuchung der Meeresökosysteme führten und Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in der Region hatten und immer noch haben.

Der Atomwaffenverbotsvertrag sieht die Unterstützung der Opfer von Atomtests sowie die Sanierung und Wiederherstellung kontaminierter Gebiete vor, so dass Französisch-Polynesien mit seinem Atomtestzentrum auf Moruroa und weiteren Inseln direkt von Frankreichs Beitritt zum Vertrag profitieren würde.

Die Unterstützung für eine Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags wächst auch in Frankreich. Sechundsiebzig Städte und Gemeinden haben den ICAN-

Städte-Appell unterzeichnet, darunter Paris, Bordeaux, Lyon und Montpellier. Darüber hinaus fordert eine Koalition aus 59 Parlamentariern und Senator*innen die französische Regierung auf, sich konstruktiv mit dem Vertragstext zu befassen. (Pressemitteilung ICAN 29.09.23)

Neue Route der „Aranui 5“

Frz.-Polynesien: Nach fast 40 Jahren Betrieb eines gemischten Fracht- und Passagierdienstes zu den Marquesas-Inseln wird die in Pape'ete (Tahiti) ansässige Reederei „Aranui Cruises“ ab dem Jahr 2025 eine neue französisch-polynesisch Reiseroute aufnehmen.

Das Fracht- und Passagierschiff *Aranui 5*, das 230 Passagieren Platz bietet, wird ab 2025 jeweils drei 13-tägige Fahrten zu den südlichen Austral-Inseln unternehmen. Eine Reise an Bord der *Aranui 5* ist die bis dato einzige Möglichkeit, alle fünf bewohnten Austral-Inseln zu besuchen. *Aranui Cruises* ist derzeit die einzige Kreuzfahrtgesellschaft, die diese Inseln besuchen darf.

Neben dem neuen Programm für die Austral-Inseln wird das Familienunternehmen aus Tahiti auch weiterhin seine traditionellen Frachtkreuzfahrten zu den Marquesas-Inseln (Französisch-Polynesien) anbieten, mit jährlich 19 je 12-tägigen Hin- und Rückfahrten ab Pape'ete.

Info: Die Pläne von *Aranui Cruises* zum Bau eines neuen Passagierschiffs mit dem Namen *Aranui* wurden aufgrund der Coronapandemie zunächst um zwei Jahre verschoben und sind nun auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt. (Seatrade Cruise News 07.12.23)

Reederei unterstützt medizinische Versorgung

Frz.-Polynesien: Die seit 25 Jahren in der Region rund um die Marquesas-Inseln tätige Kreuzfahrtgesellschaft „Paul Gauguin

“ ist eine Partnerschaft mit der Regierung von Französisch-Polynesien eingegangen, um auf den abgelegenen Inseln medizinische Hilfe zu leisten. Zukünftig sollen die Ärzte an Bord der *Paul Gauguin* während der geplanten Hafenaufenthalte kostenlose Konsultationen für die Einwohner*innen der Inseln anbieten. Außerdem wird die Reederei für besonders kranke Menschen einen kostenlosen Transport zu den medizinischen Fachkräften an Bord bereitstellen. Die Reederei will zudem ehrenamtlich tätigen Ärzt*innen die kostenlose Mitfahrt auf dem Kreuzfahrtschiff ermöglichen, wenn diese Behandlungen von Einheimischen übernehmen.

Das Abkommen über die medizinische Partnerschaft namens „*Taote Gauguin*“ (*taote* = Arzt auf Tahitisch) wurde von Cédric Mercadal, dem Gesundheitsminister von Französisch-Polynesien, und Florence Courbière im Namen von *Paul Gauguin Cruises* und *Ponant*, der Muttergesellschaft der Reederei, unterzeichnet.

Während der Reise der *Paul Gauguin* vom 29. Juli bis zum 12. August 2023 fand eine erste Testphase statt. Täglich wurden drei Konsultationen angeboten, dazu gehörten auch Röntgen- und Ultraschallaufnahmen, da es auf vielen Inseln, die das Kreuzfahrtschiff anfährt, keine medizinischen Geräte für bildgebende Verfahren gibt.

Kapitän Michel Quioc bewertete den Testlauf als positiv. Bei 20 Konsultationen seien Menschen im Alter von 6 Monaten bis zu 77 Jahren untersucht worden.

Info: Im Rahmen der neuen Vereinbarung sollen ab sofort jährlich 40 Konsultationsschichten für die Bewohner*innen der Marquesas-Inseln durchgeführt werden. Durch den kostenlosen Transport von Fachärzten aus Tahiti zu diesen Inseln wird die medizinische Präsenz verdoppelt, wobei die Patient*innen auch komplexere medizinische Untersuchungen wie Röntgen und Ultraschall an Bord erhalten können. (Seatrade Cruise News 05.10.23)

Britische Meeresforschungsstation eröffnet

Pitcairn: Die Gouverneurin der Pitcairn-Inseln, Iona Thomas, hat Anfang Oktober offiziell eine neue, von der britischen Regierung finanzierte, Meeresforschungsstation auf Pitcairn eröffnet. Spezialisten des so genannten „*Blue Belt-Programms*“, des Vorzeigeprogramms der britischen Regierung für den Schutz der Meere, das mit den britischen Überseegebieten zusammenarbeitet, haben die Einrichtung der neuen Meeresforschungsstation mit Rat und Tat unterstützt und finanzieren auch die Universität von St. Andrews, die gemeinsam mit den 40 Bewohner*innen von Pitcairn die Verwaltung und Leitung des Labors übernimmt.

Wissenschaftler*innen aus aller Welt werden dank der Einrichtung dieser neuen Meeresforschungsbasis auf den abgelegenen Pitcairn-Inseln einige der unberührtesten Meereslebensräume der Welt erforschen und möglicherweise neues Leben unter Wasser entdecken können, erklärte Gouverneurin Thomas in ihrer Ansprache.

Die abgelegene Vulkaninsel und ihre drei Nachbarinseln im Pazifischen Ozean sind ein britisches Überseegebiet und das drittgrößte zusammenhängende Meeresschutzgebiet der Welt - mit einigen der unberührtesten Korallenriffe der Welt und einer Fülle von Meereslebewesen, die es sonst nirgendwo auf der Erde gibt.

Die Forschungsstation soll den Wissenschaftler*innen eine Reihe von Ausrüstungsgegenständen zur Verfügung stellen - von ferngesteuerten Fahrzeugen bis hin zu modernster Unterwasservideotechnik. Vorteil ist, dass die Materialien vor Ort verbleiben und so von unterschiedlichen Forschungsteams genutzt werden können.

David Rutley, der britische Minister für Nord-, Mittel- und Südamerika und zuständig für die Überseegebiete im UK-Ministerium für aus-

wärtige Angelegenheiten, Commonwealth und Entwicklung, sagte: „Das Vereinigte Königreich hat schon immer großen Wert auf die Durchführung wissenschaftlicher Forschung zum Schutz unserer wertvollen Meeresschutzgebiete gelegt. Ich möchte Wissenschaftler aus aller Welt ermutigen, diese großartige Basis zu besuchen und zu nutzen.“

In den Gewässern um die Pitcairn-Inseln wurden bisher mehr als 1.250 Meeresarten gezählt, darunter drei Walarten, die auf der Roten Liste der *International Union for Conservation of Nature* als gefährdet eingestuft sind.

Das Gebiet beherbergt auch Karettschildkröten (vom Aussterben bedroht) und grüne Schildkröten (ebenfalls vom Aussterben bedroht) sowie drei vom Aussterben bedrohte Seevogelarten, einen vom Aussterben bedrohten Fisch und einen gefährdeten Fisch. Außerdem gibt es fünf Arten von endemischen Knochenfischen, die nirgendwo sonst auf der Erde vorkommen.

Hintergrund: Das Marineschutzgebiet (*Marine Protected Area*, MPA) Pitcairn Islands wurde 2016 eingerichtet und ist das drittgrößte zusammenhängende „hochgeschützte“ MPA der Welt.

Als „highly protected“ MPA mit völlig intakten marinen Ökosystemen ist in den 842.000 Quadratkilometern der Gewässer um die vier Inseln von Pitcairn keine kommerzielle Fischerei erlaubt. Dies macht Pitcairn zu einem wichtigen Bezugspunkt für Wissenschaftler*innen, die die biologische Vielfalt der Meere untersuchen und die Auswirkungen des Klimawandels abschätzen wollen - und damit auch den Nutzen von Meeresschutzgebieten messen.

Die unberührten Korallenhabitats der Pitcairn-Inseln sind ein Barometer für den Klimawandel in den Ozeanen, insbesondere wenn die Ozeane wärmer und saurer werden, was in den nördlicheren äquatorialen Gewässern bereits der Fall ist.

Das MPA von Pitcairn wurde im Februar 2023 vom *Marine Conservation Institute* mit dem Platin-Status „Blue Park Award“ ausgezeichnet, um den außergewöhnlichen Schutz der Meeresfauna und -flora zu würdigen.

(Pressemitteilung Gov.uk 03.10.23, <https://mpatlas.org/sites/125>, <https://marine-conservation.org/blueparks/awardees/pitcairn/>)

Samen von Rapa Nui in Kew Gardens übergeben

Rapa Nui: Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in den Tropical Nurseries in den Botanischen Gärten von Kew Gardens im Westen von London (Großbritannien) übergab Sir David Attenborough Mitte November eine wertvolle Sammlung von Samen von Rapa Nui (Osterinsel) an das Team von Gartenbauexperten.

Im Beisein von Richard Deverell, dem Direktor der Royal Botanic Gardens (RBG) in Kew, und Richard Barley, dem Direktor der Gärten der RBG Kew, überreichte Attenboroughs Freundin Dr. Sonia Haoa Cardinalli, indigene Archäologin von der Osterinsel und Autorin des Buches „*Cultural and Environmental Changes of Rapa Nui*“, 31 Samen von *Sophora toromiro* an Sir David. Der berühmte britische Naturforscher schenkte die Samen dann seinen „Freunden in Kew“ in der Überzeugung, dass sie in den lebenden Sammlungen des historischen botanischen Gartens ein sicheres Zuhause finden werden.

Sophora toromiro, allgemein als Toromiro-Baum bekannt, ist eine Pflanze aus der Familie der Hülsenfrüchte, die nur auf der abgelegenen Osterinsel vorkommt. Sie ist vor allem für ihr auffallend rosafarbenes Holz bekannt, das in der Vergangenheit für komplizierte Schnitzereien verwendet wurde.

Die Pflanze wird auf der Roten Liste der bedrohten Arten der *International Union for Conservation of Nature* (IUCN) als in der Wildnis ausgestorben eingestuft. Der Rückgang der Pflanze wird auf menschliche Aktivitäten zurückgeführt, wie die Abholzung der Wäl-

der und die Einführung von Nutztieren auf der Osterinsel im 18. und 19. Jahrhundert.

Als der norwegische Ethnologe und Abenteurer Thor Heyerdahl die Insel in den 1950er Jahren besuchte, fand er nur noch einen einzigen überlebenden Toromiro-Baum. Er sammelte einige Samen, die anschließend an den Botanischen Garten von Göteborg in Schweden geschickt wurden. Später wurden Exemplare in einem botanischen Garten in Menton (Südfrankreich) gezüchtet.

Bevor die Samen an Kew gespendet werden konnten, wurden sie von Joanna Bates, der Leiterin der Abteilung Pflanzengesundheit und Quarantäne bei der RBG Kew, geprüft und erhielten grünes Licht. Die Verbringung von Pflanzenmaterial in die und aus den Gärten wird streng überwacht, und alles, was aus dem Ausland in das Vereinigte Königreich gelangt, muss ein gültiges Pflanzengesundheitszeugnis vorweisen - ein Dokument, das bescheinigt, dass das Pflanzenmaterial frei von Schädlingen und Krankheiten ist und alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt, um die Grenzen des Vereinigten Königreichs zu passieren.

Die Gartenbauexperten der RBG Kew werden nun einige der Samen beiseitelegen, um sie zu keimen und für die Ausstellung im *Temperate House*, dem weltweit größten erhaltenen viktorianischen Gewächshaus, aufzuziehen. Einige der Samen können auch in der *Millennium Seed Bank* in Wakehurst, dem wilden botanischen Garten der RBG Kew in Sussex, deponiert werden, wo sie getrocknet, eingefroren und zur Konservierung in unterirdischen Gewölben aufbewahrt werden.

(*HortWeek online, Sussex World 17.11.23*)

HAWAII

Rückkehr ins Katastrophengebiet – Fonds für Entschädigungszahlungen eingerichtet

Knapp sieben Wochen nach den verheerenden Bränden auf der Insel Maui sind erste BewohnerInnen in der letzten Septemberwoche in die betroffenen Gebiete zurückgekehrt. Sie erhielten von den US-amerikanischen Behörden die Erlaubnis, in dem zerstörten Küstenort Lahaina ihre Häuser und Grundstücke aufzusuchen. Bislang war der Zugang nur Rettungskräften und anderen Helfenden erlaubt. Die Behörden warnten vor möglichen Giftstoffen in den Ruinen durch geschmolzenes Blei, Asbest oder Chemikalien. Den Zurückkehrenden wurde empfohlen, Schutzkleidung zu tragen.

Der Wiederaufbau der zerstörten Regionen wird lange dauern. Mauis Wirtschaft müsse wieder aufgebaut und den Bewohner*innen Arbeitsplätze garantiert werden, sagte der Gouverneur von Hawaii, Josh Green. Bewohner*innen und Unternehmer aus der Region sollen Millionen Dollar Unterstützung bekommen, um wieder auf die Beine zu kommen. Auch die Reisebeschränkungen sollen aufgehoben und der Westen von Maui für Tourist*innen wieder geöffnet werden.

Hintergrund: Die Wald- und Buschbrände waren am 8. August an mehreren Orten auf Maui und auf der Nachbarinsel Hawaii ausgebrochen. Auf Maui wurden etwa 3.000 Gebäude zerstört, der Sachschaden wird auf mehr als fünf Milliarden Dollar geschätzt. Lahaina ist die am schlimmsten betroffene Stadt. Etwa 13.000 Menschen hatten in der historischen Hafenstadt gelebt, die auch bei Tourist*innen sehr beliebt war. Die Zahl der Todesopfer wurde zuletzt mit 97 angegeben. Zeitweise hatten die Behörden von 115 Toten gesprochen. Es werden aber weiterhin Menschen vermisst.

Für Verletzte und Hinterbliebene der Todesopfer soll ein Fonds im Umfang von 150 Millionen US-Dollar (rund 140 Millionen Euro) eingerichtet werden. Dies kündigte Hawaiis Gouverneur Josh Green Anfang November an. An Begünstigte würden frühestens von April bis Juni 2024 Gelder in Höhe von mehr als einer Million Dollar fließen, hieß es aus Greens Büro. Die Empfänger*innen müssten indes zugleich auf ihr Recht verzichten, rechtliche Ansprüche geltend zu machen. Der Fonds soll rasche und großzügige Entschädigungszahlungen ermöglichen, ohne dass Betroffene den langwierigen Weg eines Klageverfahrens beschreiten müssen, wie aus der Erklärung des Gouverneurs hervorging.

Zunächst sollen die Mittel vom Staat Hawaii, dem Bezirk Maui County, dem Energieversorger *Hawaiian Electric* und der Bildungseinrichtung *Kamehameha Schools* bereitgestellt werden. Alle vier Geldgeber sind bereits in Klageverfahren im Zusammenhang mit den Waldbränden verwickelt. Gouverneur Green äußerte zudem die Erwartung, dass weitere Partner sich der Initiative anschließen. Der Fonds sei dem Entschädigungsfonds für die Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001 nachempfunden, der damals von der US-Regierung eingerichtet worden war. (*Deutschlandfunk* 27.09.23, *Tagesschau* 26.09.23, *Redaktionsnetzwerk Deutschland* 09.11.23)

Brand zerstört Regenwald

Ein Waldbrand in einem abgelegenen Regenwaldgebiet hat aufgezeigt, wie der Inselstaat mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen hat. Obwohl bei diesem Brand auf den Bergkämmen der Insel Oahu keine Menschen verletzt wurden und keine Häuser niederbrannten, wurden unersetzliche einheimische Wälder und fast zwei Dutzend empfindlicher Arten vernichtet.

Der Manager der *Koolau Mountains Watershed Partnership*, JC Watson, betonte, dass es ein besonders artenreicher Wald war, in dem der Brand wütete. Er erwähn-

te den Verlust von Uluhe-Farnen und Koa-Bäumen, die traditionell für die Herstellung von Kanus, Surfbrettern und Ukulelen verwendet werden.

Das Feuer brach auf der windzugewandten Seite von Oahu aus und brannte größtenteils im *Oahu Forest National Wildlife Refuge*, einem Schutzgebiet, in dem 22 gefährdete oder bedrohte Tierarten leben. Die Schäden des Feuers auf die Tier- und Pflanzenwelt sind noch unbekannt. Die Tatsache, dass das Feuer auf der feuchteren Seite der Insel ausbrach, weist darauf hin, dass das Klima sich auch hier verändert.

Obwohl die Brandgebiete im Vergleich zu Bränden auf dem amerikanischen Festland klein sind, sind die Auswirkungen aufgrund der geringen Größe der einheimischen Ökosysteme erheblich. Ein Problem besteht darin, dass nach den Bränden nicht-einheimische Gewächse dazu neigen anstelle der ursprünglichen einheimischen Pflanzen zu wachsen, da Feuer nicht Teil des natürlichen Lebenszyklus der indigenen Wälder sind. Neben den ökologischen Auswirkungen führen Waldbrände auch zum Verlust von kulturellen Werten, da zum Beispiel Federn von hawaii'anischen Waldvögeln zur Herstellung von traditioneller Kleidung verwendet wurden. Die Brände bedrohen somit sowohl die Biodiversität als auch die kulturelle Identität Hawaiis.

Ein Wiederaufforstungsplan soll invasive Arten bekämpfen und die Anpflanzung einheimischer Arten unterstützen. Allerdings gibt es Grenzen für diese Maßnahmen, da der ursprüngliche Zustand für immer verändert ist und nicht wieder hergestellt werden kann. Das Feuer, das in den Koolau Bergen ausgebrochen war, ist ungewöhnlich, da es dort normalerweise feucht und regnerisch ist. Aufgrund wiederholter und anhaltender Dürreperioden werden die Wälder trockener und es wird voraussichtlich öfter zu Bränden kommen, selbst in feuchten Gebieten der Insel.

Brände auf Hawaii werden fast immer von Menschen verursacht, daher muss das Bewusstsein für

Prävention geschärft werden. Die einheimischen Wälder könnten zusätzlich geschützt werden, indem weniger brennbare Vegetation in niedriger gelegenen ehemaligen Zuckerrohr- und Ananasplantagen angepflanzt wird.

Die Behörden bemühen sich um zusätzliche finanzielle Mittel für die Modernisierung der Feuerbekämpfungsausrüstung, Brandschneisen und neue Wasserquellen, sowie die Wiederanpflanzung einheimischer Bäume und Pflanzen. Außerdem müssen Maßnahmen ergriffen werden, um jährliche Brände zu verhindern, die die Wasserversorgung gefährden könnten.

(Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. AP Associated Press 12.11.23)

Erfolg für Aquakultur

Nach Angaben des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums stieg der Umsatz mit Aquakulturprodukten auf Hawai'i im Jahr 2022 um 12 %. Die Produktion hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdreifacht - entgegen dem landesweiten Trend einer rückläufigen Landwirtschaft.

Das Potenzial der Branche sei grenzenlos, sagten Branchenkenner auf dem *Hawa'i AgriFood Summit* Anfang Oktober. Die Aquakultur habe das Potenzial, die Wirtschaft Hawai'is zu diversifizieren und die lokale Lebensmittelproduktion zu steigern.

Algen und Fischzucht standen im Mittelpunkt der Diskussionen auf dem zweitägigen Gipfel. „*Ich denke oft, dass wir nicht genug Anerkennung dafür bekommen, wie viel wir in der Aquakultur erreicht haben*“, meinte Ron Weidenbach, Präsident der *Hawa'i Aquaculture and Aquaponics Association*, auf der Konferenz.

Hawai'i ist für einige der größten Innovationen in der globalen Aquakultur verantwortlich, darunter die Entwicklung der Exportindustrie mit Brutgarnelen im Wert von 30 Millionen Dollar pro Jahr. Mit einem Exportvolumen in Höhe von 45,4 Mio. US-Dollar überstie-

gen Algen sogar noch den Wert von Brutgarnelen. Hinzu kommt die Produktion von Fischen auf Big Island, wo sich die einzige Offshore-Fischfarm auf Hawai'i befindet.

Die Inseln haben sich im Laufe der Jahrzehnte als attraktiv für die Aquakulturforschung erwiesen, was zum Teil auf den 870 Hektar großen *Hawa'i Ocean Science and Technology Park* auf Big Island zurückzuführen ist.

Viele in der Branche würden es begrüßen, wenn dieser Wissenschafts- und Technologiepark auf jeder der Hauptinseln Hawai'is nachgebaut würde, da der bisher einzige Technologiepark mehr als 600 Arbeitsplätze geschaffen hat und jährlich 150 Millionen US-Dollar erwirtschaftet.

Das weltweite Interesse an der hawaiianischen Aquakultur bedeute, dass der Wert der Branche noch weiter steigen werde, so Greg Barbour, geschäftsführender Direktor der *Natural Energy Laboratory of Hawa'ii Authority*, die den Park beaufsichtigt.

Noch müsse die Aquakultur-Branche bekannter werden, erklärte Barbour. „*Das Problem ist, dass die Leute nicht wissen, was Aquakultur ist. Wir müssen diese besser bekannt machen*“, forderte er. Mit einem größeren Bekanntheitsgrad würde es auch besser gelingen, staatliche Unterstützung und Kredite zu erhalten. Der weitere Ausbau von Algen- und Fischzucht könne längerfristig zum Erhalt der Ernährungssicherheit nicht nur auf Hawai'i beitragen, erklärte Barbour weiter.

(<https://www.civilbeat.org/2023/10/hawaiis-aquaculture-industry-is-set-to-boom-but-it-needs-state-help/> 04.10.23)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Neuer Premier veröffentlicht Maßnahmenkatalog

Neuseelands neuer Premierminister hat in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit die Nutzung von Mobiltelefonen in Schulen verboten und möchte die Tabakkontrollen abschaffen.

Der am 27. November in das Amt des Premiers eingeschworene Christopher Luxon (*National Party*) umriss diese sowie 47 weitere Maßnahmen, die seine konservative Regierung in den nächsten drei Monaten ergreifen will.

Viele der Maßnahmen seines „100-Tage-Plans“ beinhalten die Aufhebung von Initiativen der vorherigen liberalen Regierung unter Jacinda Ardern, die fünf Jahre lang im Amt war.

Zu den angekündigten Neuerungen gehört u.a. ein Plan zur Verdoppelung der Produktion erneuerbarer Energien. Außerdem plant der 53-jährige Luxon ein neues Gesetz, um das Mandat der neuseeländischen Zentralbank einzuschränken und die Inflation weiter einzudämmen.

Für Empörung sorgte Luxons Ankündigung, die Beschränkungen beim Tabakkonsum wieder aufzuheben. Die ehemalige Regierung hatte im vergangenen Jahr einen „*Smoke Ban*“ auf den Weg gebracht, der ab Juli 2024 in Kraft treten sollte. Dieser sah einen niedrigeren Nikotingehalt in Zigaretten vor, die Verringerung von Abgabestellen für Tabakprodukte sowie ein komplettes Nikotinverkaufs- und Rauchverbot für Kinder und Jugendliche, die nach 2008 geboren wurden.

Luxon erklärte, die Aufhebung des „*Smoke Ban*“ im nächsten Jahr würde zu mehr Steuereinnahmen führen. Das sei Geld, das nötig sei, aber selbstverständlich ginge es ihm nicht um einen Tausch „*Gesundheit gegen Geld*“, so der Premier. „*Wir halten am Status quo fest*“, sagte Luxon. „*Wir werden unter unserer Regierung die Raucherquoten in ganz Neuseeland weiter senken*“.

Kritiker*innen aus der Gesundheitsbranche bemängeln, der Plan sei ein Rückschlag für die öffentliche Gesundheit und ein Gewinn für die Tabakindustrie.

Kritisiert wurden auch Luxons angekündigte Maßnahmen in Bezug auf die Schulen. Als Teil einer „*Bildungsreform*“ müssten täglich jeweils eine Stunde grundlegende Kulturtechniken wie Lesen,

Schreiben und Rechnen unterrichtet werden, forderte der neue Premier. Ohne Handy könnten sich die Schüler*innen künftig auch besser auf den Unterricht konzentrieren.

Luxons weitere Pläne mit Blick auf die indigene Bevölkerung, wie etwa die Auflösung der Māori-Gesundheitsbehörde, wurden als Maßnahmen zur Gleichbehandlung aller Bürger*innen dargestellt, von Kritikern jedoch als rassistisch gegenüber der indigenen Bevölkerung bemängelt. Für Protest sorgte auch seine Ankündigung, er wolle die Māori-Namen für neuseeländische Regierungsstellen wieder abschaffen. (BBC, Financial Times 28.11.23, The Independent 29.11.23)

Kinder lernen wieder mehr pazifische Sprachen

Neue Daten zeigen, dass der Anteil der pazifischen Sprachen an den neuseeländischen Grund- und Sekundarschulen in den letzten fünf Jahren um 40 Prozent gestiegen ist. Aus den kürzlich vom neuseeländischen Bildungsministerium veröffentlichten Zahlen geht hervor, dass im Jahr 2023 mehr als 11.000 Schüler*innen in 128 Schulen pazifische Sprachen lernten. Im Jahr 2019 waren es nur 8.000 Schüler*innen und nur 88 Schulen boten Lernmöglichkeiten für pazifische Sprachen an.

Der Anstieg sei ein großer Erfolg, sagte Samoanischlehrer Feleti Pesefea vom *Te Aratai College* gegenüber dem Rundfunksender *RNZ Pacific*.

Der Bericht des Ministeriums umfasst Schulen, die Pazifik-Sprachkurse oder Immersionsunterricht anbieten. Die meisten Immersionskurse fanden in der Grund- oder Mittelstufe statt.

Samoanisch, Tongaisch und das Māori von den Cook-Inseln waren die am häufigsten unterrichteten Sprachen, während Fidschianisch, Niueanisch und Tokelauisch am seltensten unterrichtet wurden. Nur eine Schule in Wellington bot dieses Jahr Tokelauisch an.

Kiribati, Pukapukan und Tahitianisch waren bereits in der Vergangenheit angeboten worden, aber in diesem Jahr fehlte das Interesse, um diese Kurse zu rechtfertigen.

Info: Die neuseeländische Qualifikationsbehörde (*New Zealand Qualifications Authority*), eine Art staatliche Volkshochschule, bietet derzeit 33 Sprachkurse an, 12 davon gelten den pazifischen Sprachen. (RNZ 22.11.23)

Greenpeace veröffentlicht Karte zur Nitrat-Verschmutzung

Greenpeace Aotearoa hat Ende November eine interaktive Karte veröffentlicht. Auf der Karte „*Know Your Nitrate*“ können Nutzer*innen den Nitrat-Gehalt ihres Trinkwassers einsehen.

Greenpeace führt bereits seit zwei Jahren kostenlose Nitrat-Tests in Haushalten durch. Diese Tests haben es der Umweltschutzorganisation ermöglicht, einen Datensatz zu erstellen, der die landesweiten Nitratwerte in der Wasserversorgung der Haushalte aufzeigt. Neben ihren eigenen Tests greift Greenpeace dabei auch auf staatliche Daten zurück.

Russel Norman, Geschäftsführer von *Greenpeace Aotearoa*, sagte, die Karte solle die Öffentlichkeit über die möglichen Gesundheitsrisiken von Nitrat im Trinkwasser informieren und vor dem übermäßigen Konsum des Wassers warnen. „*Nitrat ist geruchs-, geschmacks- und farblos und stellt die am weitesten verbreitete Wasserverunreinigung in Neuseeland dar*“, sagte er in einer Erklärung.

Menschen, die in ländlichen Gebieten leben, wüssten am ehesten nicht, dass sie gefährlichen Nitratkonzentrationen ausgesetzt seien, sagte er. „*Viele neuseeländische Familien in ländlichen Gebieten mit hohem Risiko trinken Wasser aus ihren Küchenhähnen, ohne zu wissen, ob es mit Nitraten verunreinigt ist oder wie hoch die Verunreinigungswerte sind. Solange sie nicht selbst für einen Test bezahlen, haben sie keine Möglichkeit,*

es herauszufinden“.

Menschen, die Wasser aus Bohrlochern nutzen, sollten es testen lassen, denn ein direkter Test des Leitungswassers sei die einzige Möglichkeit, um wirklich herauszufinden, wie hoch die Nitratbelastung sei, so Norman.

Die Daten, die der Greenpeace-Karte zugrunde liegen, beziehen sich größtenteils auf Selbstversorger-Familien in ländlichen Gebieten, in denen das Risiko einer hohen Nitratbelastung besteht, aber sie zeigen auch eine Reihe öffentlicher Wasserversorgungssysteme, die die Grenzwerte für Gesundheitsrisiken überschreiten. Beispiele hierfür sind die Orte Richmond, Gore, Rolleston und Kaikohe, die jeweils Hunderte oder manchmal Tausende von Menschen mit Wasser versorgen.

Info: Nach Angaben von Wissenschaftler*innen der Universität Otago sind 800.000 Neuseeländer*innen gefährdet, gefährliche Nitratmengen aufzunehmen. Bis zu 100 Fälle von Darmkrebs und 40 Todesfälle pro Jahr könnten auf die Nitratverunreinigung des Trinkwassers zurückzuführen sein. Familien in ländlichen Gebieten, die von intensiver Milchwirtschaft und hohem Einsatz von synthetischem Stickstoffdünger betroffen sind, haben ein höheres Risiko als Bewohner*innen von Städten, da städtisches Leitungswasser ständig überwacht und kontrolliert wird. (<https://www.greenpeace.org/aotearoa/story/nitrate-map-drinking-water-contamination-levels-new-zealand/>, Radio NZ 27.11.23)

Corona-Maßnahmen waren sehr erfolgreich

Neuseelands strenge Corona-Maßnahmen haben rund 20.000 Menschenleben gerettet, wie eine jetzt veröffentlichte Studie schätzt.

Die Studie, die Anfang Oktober im „*New Zealand Medical Journal*“ veröffentlicht wurde, untersuchte die Auswirkungen der neuseeländischen Strategie, die eine fast vollständige Schließung der internationalen Grenzen für zwei Jahre

und strenge Abriegelungen für Tage oder Wochen beinhaltete. Das Ergebnis war eine Covid-Todesrate pro Million Einwohner, die um 80 % niedriger lag als beispielsweise in den USA.

In dem Bericht wird auch gefordert, dass einige der während der Pandemie angewandten Präventionsmaßnahmen, wie das Tragen von Masken in medizinischen Einrichtungen, fortgesetzt werden, um Covid und andere Atemwegsinfektionen zu bekämpfen. „*Ich würde es hassen, wenn wir wieder mit den Schultern zucken und sagen würden, dass wir uns nicht um Infektionskrankheiten kümmern oder dass wir nichts dagegen tun können. Das wäre Fatalismus*“, sagte Professor Michael Baker von der Universität Otago, der maßgeblich an der neuseeländischen Pandemiebekämpfung beteiligt war und zu den 16 Mitverfassenden der Studie gehört.

In dem Bericht wird empfohlen, die Belüftung von Innenräumen zu verbessern, um die Übertragung von Atemwegserkrankungen zu verringern, und die Menschen weiterhin finanziell zu unterstützen, damit sie sich im Krankheitsfall selbst isolieren können.

Info: In Neuseeland gab es seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 etwa 3.300 Todesfälle. Die Zahl der voraussichtlichen Todesfälle im Zusammenhang mit Covid wird im Jahr 2023 voraussichtlich bei etwa 1.000 Menschen liegen, gegenüber 2.448 Todesfällen im Jahr 2022. Zum Vergleich: In Neuseeland sterben jedes Jahr schätzungsweise 500 Menschen an der Grippe - Todesfälle, die während der Pandemie mit den strengen Covid-Maßnahmen weitgehend ausblieben.

(<https://www.otago.ac.nz/wellington/about/news/minimising-harms-from-covid19-and-other-respiratory-infections>, *The Guardian* 06.10.23)

Seetang bedroht Meeresumwelt

Ein schnell wachsender invasiver Seetang namens *Caulerpa* bedroht die Küste Neuseelands. Die

exotische Alge bildet dichte Matten auf dem Meeresboden und breitet sich zügig entlang der Küste aus. Es ist zu befürchten, dass dies die bisher größte Bedrohung für die lokale Meeresumwelt durch eine invasive Art darstellt.

Caulerpa wächst in warmen, klaren Gewässern bis zu 3 cm pro Tag und bedeckt den Meeresboden mit einem grünen Teppich. Sie konkurriert mit einheimischen Algen und Seegräsern, erstickt Muscheln und beeinträchtigt die Vielfalt des Meereslebens. Die Ausbreitung der Alge hat bereits Auswirkungen auf die Lebewesen, die sich von den Organismen im Sediment ernähren.

Neuseeland hat neun einheimische *Caulerpa*-Arten, die das lokale Ökosystem im Gleichgewicht halten. Doch zwei neue nicht-einheimische Arten, *Caulerpa brachypus* und *Caulerpa parvifolia*, sind vermutlich mit Booten in die Gewässer gelangt. Diese exotischen Arten wurden erstmals an der Küste von Aotea/Great Barrier Island im Auckland-Hauraki-Gebiet entdeckt.

Die lokale Maori-Gemeinschaft auf Aotea plant, das Waitangi-Tribunal, die Kommission, die Klagen der Māori in Zusammenarbeit mit Maßnahmen der Krone untersucht, einzuschalten, da die Regierung ihrer Meinung nach die Algenbekämpfung unzureichend angeht. Die Gemeinden sind wütend über die Ausbreitung der Algen und fordern eine angemessene Reaktion.

Das neuseeländische Ministerium für Naturschutz wehrt sich gegen die Vorwürfe, nicht ausreichend gegen die Ausbreitung der invasiven Algenart *Caulerpa* vorgegangen zu sein. Das Ministerium betont, dass die Situation in Neuseeland aufgrund der Ausbreitung im offenen Meer und der Größe der betroffenen Gebiete schwieriger zu bekämpfen sei als im Vergleich zu den Ausbrüchen der Alge in Kalifornien. Dort fanden die Ausbrüche der Algen in den Jahren 2002 und 2021 in Lagunen statt, weshalb die Überwachung der Gebiete einfacher war.

Bisherige Versuche der Regierung Aotearoas, die Algen mit Salz zu ersticken, führten zwar vorübergehend zum Erfolg, jedoch töteten sie auch andere Meereslebewesen. Außerdem gestaltete sich die manuelle Entfernung der Algen als äußerst arbeitsintensiv und langsam.

Saugbagger wurden eingesetzt, um 17 Tonnen *Caulerpa* zu entfernen, aber es gibt noch immer Anzeichen der Algen. Es ist unklar, ob es einen erneuten Befall gibt oder ob bei der ersten Behandlung Flecken übersehen wurden. Einige Ankerplätze in den betroffenen Gebieten sind für Bootsfahrende gesperrt, um eine weitere Verbreitung zu verhindern. (*Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. The Guardian* 23.11.23)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Indonesien in den UN-Menschenrechtsrat gewählt

Indonesien: Am 10. Oktober 2023 wurde Indonesien als eines von 15 neuen Mitgliedern in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) für die Periode 2024-2026 gewählt.

In geheimer Wahl wählte die UN-Generalversammlung Albanien, Brasilien, Bulgarien, Burundi, China, Côte d'Ivoire, Kuba, die Dominikanische Republik, Frankreich, Ghana, Indonesien, Japan, Kuwait, Malawi und die Niederlande neu in den Rat. Die Amtszeit aller 15 Mitglieder beträgt drei Jahre und beginnt am 1. Januar 2024.

Die Amtszeit von China, Côte d'Ivoire, Kuba, Frankreich und Malawi läuft am 31. Dezember 2023 aus. Die anderen 10 neu gewählten Staaten werden die folgenden ausscheidenden Mitglieder ersetzen: Bolivien, Tschechische Republik, Gabun, Mexiko, Nepal, Pakistan, Senegal, Ukraine, Vereinigtes Königreich und Usbekistan.

Die 15 neuen Mitglieder wurden nach folgendem Muster gewählt: Vier Sitze für die afrikanischen Staaten, vier Sitze für die asiatisch-pazifischen Staaten, zwei Sitze für die osteuropäischen Staaten, drei Sitze für die latein-amerikanischen und karibischen Staaten und zwei Sitze für die westeuropäischen und sonstigen Staaten.

Info: Der UN-Menschenrechtsrat setzt sich aus 47 Staaten zusammen und hat die Aufgabe, die Lage der Menschenrechte weltweit zu beobachten und mit seinen Akteur*innen auf länder- und themenspezifische Menschenrechtsprobleme aufmerksam zu machen.

Mehrere zivilgesellschaftliche Akteur*innen kritisierten die Kandidatur von Indonesien. Ein Mitglied des UN-Menschenrechtsrates sollte ein weltweites Vorbild in der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte sein – auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Der mangelnde Schutz der Menschenrechte für indigene Papuas, noch ausstehende Ratifizierungen internationaler Menschenrechtsübereinkommen und der Umgang mit internationaler Kritik an der Menschenrechtssituation in Indonesien – besonders in Bezug auf Westpapua – zeigten, dass die Förderung und der Schutz von Menschenrechten in Indonesien nicht immer Hand in Hand gehen. (*UN News 101.10.23, Westpapua-Netzwerk online 25.10.23*)

Ex-Gouverneur zu langer Haftstrafe verurteilt

Indonesien: Der ehemalige Gouverneur der Provinz Papua, Lukas Enembe, wurde am 19. Oktober 2023 von einem Richtergremium des Korruptionsstrafgerichts unter dem Vorsitz von Richter Rianto Adam Pontoh am Bezirksgericht in Zentraljakarta in einem Fall von Bestechung und Bestechlichkeit zu acht Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe in Höhe von 500 Mio. IDR verurteilt bzw. ersatzweise zu zusätzlich vier Monaten Haft.

Lukas Enembe wurde außerdem verurteilt, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Urteils eine Entschädigung in Höhe von 19.690.793.900 IDR (1.175.737 Euro) zu zahlen. *„Wenn sie nicht zahlen, wird ihr Eigentum beschlagnahmt und von der Staatsanwaltschaft versteigert, um die Entschädigungssumme zu decken. Wenn der Verurteilte nicht über genügend Vermögen verfügt, wird er mit einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren bestraft“*, so Rianto weiter. Darüber hinaus hat der vorsitzende Richter Rianto Adam Pontoh gegen Lukas Enembe ein fünfjähriges Verbot der Kandidatur für ein öffentliches Amt verhängt. Dieses Verbot wird in Kraft treten, nachdem er seine Strafe vollständig verbüßt hat.

Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor eine Haftstrafe von zehn Jahren und sechs Monaten für Lukas Enembe gefordert, der bei der Urteilsverkündung im Rollstuhl saß.

Lukas Enembe wurde am 10. Januar 2023 in Jayapura verhaftet und noch am selben Tag nach Jakarta geflogen. Seine Verhaftung führte zu Demonstrationen und zu großer Sorge bei vielen Papuas, die Enembe als jemanden betrachteten, der die Einheit und Ruhe der Papuas wahren konnte, auch wenn viele Entscheidungen gegen ihren Willen getroffen worden seien.

Info: Der Politiker Lukas Enembe (Jahrgang 1967) war von 2003 bis 2006 im Vorstand der christlichen *Partai Damai Sejahtera* (PDS). Von 2001 bis 2005 war er stellvertretender Regent der Regentschaft Puncak Jaya, von 2007 bis 2012 war er leitender Regent der Regentschaft. 2013 wurde er als erster indigener Papua aus dem westpapuanischen Hochland mit 52 Prozent der gültigen Stimmen zum Gouverneur der Provinz Papua gewählt, 2018 wurde er mit 67,54 Prozent der gültigen Stimmen wiedergewählt. Im Januar 2023 verhaftete die *Corruption Eradication Commission* ihn im Rahmen einer Untersuchung wegen Korruption in der Infrastrukturentwicklung der Region.

Lukas Enembe ist verheiratet und hat drei Kinder. (*Wikipedia, Westpapua-Netzwerk online 24.10.23*)

Mehrere Tote durch Nahrungsmittelknappheit

Westpapua: Seit dem Sommer leiden einige Regionen in Westpapua unter extremen Wetterbedingungen wie Dürren, Hagelstürmen, anhaltendem Regen und starkem Frost. Dies hat zu großen Ernteausschlägen geführt. Im Oktober wurde in der Region Yahukimo (Provinz Hochland-Papua) der Notstand ausgerufen, nachdem dort seit August 23 Personen verhungerten. Zu Tode kamen ein drei Monate altes Baby, mehrere Kleinkinder (3-5 Jahre), Kinder im Schulalter (9-14 Jahre) sowie Erwachsene zwischen 20 und 40 Jahren. Nationale und lokale Regierungsvertreter bestätigten die Nahrungsmittelknappheit in der Region, führten die Tode jedoch auf andere Gründe zurück.

Mehrere Akteur*innen (unter anderem die Polizei und kirchliche Gruppen) verteilten Lebensmittel für die rund 12.000 Bewohner*innen von 13 Dörfern in der entsprechenden Region. Hierfür wurden bereits über ein Dutzend Flüge mit Nahrungsmittelhilfen in die Region geschickt, die nur per Flugzeug oder Hubschrauber erreicht werden kann. Erschwert wurde die Situation vor Ort zudem durch Erdbeben, die mehrere Häuser beschädigten. Allein die GKI-TP (Evangelische Kirche im Lande Papua) erreichte Hilfsersuchen aus 30 Dörfern im Bezirk Yahukimo. Nur sehr wenige Dörfer davon konnten bisher von der Kirche auch tatsächlich erreicht werden. Das Sozialministerium stellte den Kirchen 60 Tonnen an Hilfsgütern wie Reis, abgepackte Lebensmittel, Zucker und Decken zur Verfügung. Die Verteilung gestaltete sich jedoch als schwierig: Flugzeuge mussten für hohe Kosten gemietet werden und die Menge an Hilfsgütern, die per Flug transportiert werden konnten, war ebenfalls begrenzt. Die Regierung erklärte währenddessen, dass man sicherstellen

werde, dass die Grundnahrungsmittelvorräte der Yahukimo-Gemeinschaft zukünftig das ganze Jahr über gesichert seien.

Lokale Aktivist*innen sehen in der derzeitigen Hungersnot einen Beleg dafür, dass nachhaltige Bemühungen, das Recht auf Nahrung in Westpapua für alle zu garantieren, nicht stattfinden. Daher müssten lokale Erzeugnisse gestärkt werden, der Zugang zu Gesundheitsversorgung garantiert und abgelegene Gegenden besser zugänglich gemacht werden. In einer so ressourcenreichen Region wie Westpapua dürfe keiner an Hunger leiden, hieß es seitens der Aktivist*innen. (*The Jakarta Post* 26.10.23, *Westpapua-Netzwerk online* 08.11.23)

AUSTRALIEN

Referendum „The Voice“ gescheitert

Australien hat in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit einen Plan abgelehnt, der den indigenen Völkern mehr politische Rechte einräumen sollte.

Alle sechs australischen Bundesstaaten stimmten gegen den Vorschlag, die Verfassung zu ändern, um die *First Nations* anzuerkennen und ein Gremium Indigener zu schaffen, das die Regierung berät. Das Gremium – die „Stimme“ der Indigenen – hätte das Parlament bei Themen beraten sollen, die die Ureinwohner*innen betreffen. Es wäre zudem in der Verfassung verankert worden und hätte den Indigenen damit erstmals eine offizielle Anerkennung verschafft.

Premierminister Anthony Albanese sagte, die Niederlage sei hart: „Wenn man sich hohe Ziele setzt, fällt man manchmal zurück.“

Für Albanese hat die Niederlage sehr persönlich genommen. Er hatte fest daran geglaubt, mit dem Referendum einen „einigen australischen Moment“ zu schaffen und den Versöhnungsprozess mit den Aboriginal People vorantreiben zu können. Seine Hoffnung

war es, mit dem Projekt die Lebensbedingungen der nach wie vor benachteiligten indigenen Bevölkerung zu verbessern. Oppositionsführer Peter Dutton konterte, das Ergebnis sei „gut für unser Land“.

Das Referendum, das den Beinamen „The Voice“ trug, war das erste in Australien seit fast einem Vierteljahrhundert. Um die Verfassung zu ändern, hätten mehr als die Hälfte der 17 Millionen Wahlberechtigten sowie eine Mehrheit der Wähler*innen in vier der sechs Bundesstaaten mit „Ja“ abstimmen müssen. Australienweit stimmten jedoch über 60 Prozent für „Nein“. Die „Stimme“ erreichte in keinem einzigen Bundesstaat eine Mehrheit.

In seiner Ansprache an die Nation nach dem gescheiterten Referendum sagte der Premierminister, er respektiere die Abstimmung und „den demokratischen Prozess, der sie hervorgebracht hat. Dieser Moment der Uneinigkeit definiert uns nicht und er wird uns nicht spalten. Wir sind keine Ja- oder Nein-Wähler, wir sind alle Australier. Und als Australier müssen wir unser Land gemeinsam über diese Debatte hinausführen, ohne zu vergessen, warum wir sie überhaupt geführt haben“, erklärte der Premier.

„Zu oft wurde die Benachteiligung der Aborigines und Torres Strait Islander im Leben unserer Nation an den Rand gedrängt, dieses Referendum und meine Regierung haben sie in den Mittelpunkt gerückt.“

„The Voice“ wurde in der sogenannten „Uluru-Erklärung aus dem Herzen“ (Uluru Statement from the Heart) vorgeschlagen, einem Dokument aus dem Jahr 2017, das von führenden Vertretenden indigener Völker am Berg Uluru verfasst wurde und einen Fahrplan für die Versöhnung mit dem restlichen Australien enthält.

Hintergrund: Das Referendum war das 45. Mal, dass Australien versucht hat, sein Gründungsdokument zu ändern - aber nur acht Vorschläge wurden angenommen.

Es war auch das zweite Mal, dass die Frage der Anerkennung indigener Völker zur Abstimmung gestellt wurde - der letzte Versuch fand 1999 statt und scheiterte. Damals sollte der Verfassung eine Präambel hinzugefügt werden, die das Volk der First Nations „ehrt“.

Aborigines und Torres-Strait-Insulaner*innen - die 3,8 % der 26 Millionen Einwohner des Landes ausmachen - leben seit mindestens 65.000 Jahren in Australien, werden aber in der Verfassung nicht eigens erwähnt. Nach den meisten sozioökonomischen Maßstäben sind sie die am stärksten benachteiligten Menschen auf dem Roten Kontinent. (*BBC News* 14.10.23, *RND* 14.10.23)

Regierung entschuldigt sich für Contergan-Skandal

Der australische Premierminister Anthony Albanese hat sich im Parlament offiziell für den Contergan-Skandal entschuldigt.

Überlebende des schädlichen Medikaments saßen auf der Besuchertribüne, als sich das australische Parlament anlässlich des 62. Jahrestages der Rücknahme des Medikaments vom Markt bei ihnen entschuldigte.

„Heute entschuldigen sich unsere Regierung und das Parlament im Namen des australischen Volkes uneingeschränkt und überfällig bei allen Contergan-Überlebenden, ihren Familien, Angehörigen und Betreuern“, sagte Albanese. „Diese Entschuldigung bezieht sich auf eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der australischen Medizin“, fügte er hinzu.

Die Ärzte hatten schwangeren Frauen versichert, dass das Medikament sicher sei. „Es gab kein System zur ordnungsgemäßen Bewertung der Sicherheit von Arzneimitteln, und die schreckliche Grausamkeit von Thalidomid besteht darin, dass eine einzige Dosis bei weitem nicht sicher war, sondern ausreichte, um verheerende Schäden zu verursachen“, sagte Albanese.

Die Entschuldigung wurde 2019 von einer Senatsuntersuchung über die Unterstützung für alternde Contergan-Überlebende empfohlen.

Info: Thalidomid wurde in den 1950er Jahren in Deutschland entwickelt. Ursprünglich als Beruhigungsmittel gedacht, wurde es Ende der 1950er Jahre als sicheres und wirksames Mittel gegen Schwangerschaftsübelkeit beworben. Das Medikament, das auch unter den beiden Markennamen „Contergan“ und „Distaval“ verkauft wurde, war in 46 Ländern (auch in Deutschland) erhältlich und verursachte Geburtsfehler wie Missbildungen oder Verkürzungen von Gliedmaßen, Tot- und Fehlgeburten.

Im letzten Jahrzehnt hat Thalidomid ein Comeback erlebt. Es wird bei der Behandlung bestimmter Krebsarten und anderer relativ seltener Krankheiten wie Lepra eingesetzt. In jüngster Zeit wurde es als mögliches Mittel zur Behandlung von COVID untersucht. Eine Schwangerschaft bleibt heute ein Ausschlusskriterium für die Gabe des Medikaments.

Eine Sammelklage australischer und neuseeländischer Thalidomid-Überlebender gegen den britischen Vertreiber des Medikaments, *Diageo Scotland Ltd.*, wurde vor einem Jahrzehnt mit 89 Millionen australischen Dollar beigelegt. (*The Conversation, The Independent* 29.11.23)

Australien will Importe von Einwegdampfern verbieten

Australien wird ab nächstem Jahr die Einfuhr von Einweg-E-Zigaretten („Vapes“) verbieten und damit hart gegen die bei Jugendlichen beliebten Nikotinprodukte vorgehen.

Das Verbot soll am 1. Januar 2024 in Kraft treten, kündigte die australische Regierung Ende November an und fügte hinzu, dass sie 2024 auch ein Gesetz einführen wird, das die Herstellung, die Werbung und die Lieferung von Einwegzigaretten verbietet.

Australische Gesundheitsbehörden lobten das geplante Verbot von Vapes, die als Hilfsmittel zur Raucherentwöhnung angepriesen worden waren, sich aber zu einem gesundheitsgefährdenden „Freizeitprodukt“ entwickelt haben. Der australische Ärzteverband begrüßte das *„entschlossene Handeln der Regierung, um dem Dampfen einen Riegel vorzuschieben“*.

Etwa jedes siebte Kind im Alter von 14 bis 17 Jahren benutzt Vapes, so die australische Regierung in einer Erklärung.

Kim Caudwell, Dozentin für Psychologie an der australischen Charles-Darwin-Universität, warnte, dass das Dampfen für manche Jugendliche ein *„gefährliches Einfallstor“* zum Tabakrauchen sein könne.

Info: Trotz der neuen Beschränkungen kündigte die australische Regierung an, sie werde eine Regelung einführen, die es Ärzten und Krankenschwestern ermöglicht, ab dem 1. Januar Vapes zu verschreiben, *„wenn dies klinisch angemessen ist“*.

Australien hat eine lange Tradition im Kampf gegen das Rauchen. Im Jahr 2012 war es das erste Land, das Gesetze für „Einheitsverpackungen“ für Zigaretten einführt - eine Politik, die seitdem von Frankreich, Großbritannien und anderen Ländern übernommen wurde. Hohe Steuern haben den Preis für eine Schachtel Zigaretten auf etwa 50 australische Dollar steigen lassen. (*The Telegraph* 28.11.23, *The Times* 29.11.23, *BBC News* 29.11.23)

SPORT

Neukaledonien ist Medaillensieger bei den SOL2023

Salomonen: Bei der XVII. Ausgabe der Pazifikspiele (*Pacific Games, SOL2023*) vom 19. November bis zum 2. Dezember in Honiara (Salomonen) unter dem Motto

„Challenge-Celebrate-Unite“ konnten die Sportler*innen aus Neukaledonien die meisten Medaillen erringen.

Mit 197 Medaillen (82 Gold-, 57 Silber- und 58 Bronzemedailles) setzte sich Neukaledonien an die Spitze des Medaillenspiegels.

Vidhya Lakhan, der Präsident des *Pacific Games Council* (PGC), brachte seine Bewunderung für die während der zweiwöchigen Wettkämpfe gezeigten sportlichen Talente zum Ausdruck und betonte die tiefe kulturelle Bedeutung der Pazifikspiele. Mit Dankbarkeit würdigte er die Bemühungen allerer, die zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen hatten, darunter Freiwillige, Schüler*innen, Mitarbeitende von Ministerien, Organisatoren und Sponsoren.

Bei den *Pacific Games* wurden in diesem Jahr zahllose Rekorde gebrochen. So avancierte Papua-Neuguinea zum Star des Boxsports und errang 11 Medaillen: sechs Gold-, zwei Silber- und drei Bronzemedailles. Zu den Goldmedaillengewinnern von PNG gehörten Steven Kendu (75 kg männlich), Change Jamie (54 kg weiblich), Kantie Oaika (48 kg männlich), Bali Goli (48 kg weiblich), Sheila Yama (70 kg weiblich) und Petronella Nokenoke (63 kg weiblich).

Am letzten Tag der Spiele wurde auch gesegelt, wobei Neukaledonien zwei weitere Goldmedaillen gewann. Im Windsurfen der Frauen gewann Solenn Paule Gourand aus Neukaledonien Gold, ihre Teamkollegin Sarah Hebert holte Silber und die Australierin Amelia Wilson sicherte sich Bronze. Im Hilfsboot-Einzelrennen der Männer gewann Etienne Le Pen aus Neukaledonien Gold, Eroni Leilua aus Samoa Silber und der Australier Isaac Schotte gewann Bronze. Im Mannschafts-Hilfsbootrennen der Männer gewann Neukaledonien Gold, Australien Silber und Samoa Bronze.

Im Fußball-Finale konnten die Salomonen zu Hause nicht triumphieren und verloren mit 8:9 nach einem dramatischen Elfmeterschie-

ßen gegen Neukaledonien. Die Fußballmannschaft aus Fidschi sicherte sich die Bronzemedaille durch einen 4:2-Sieg gegen Vanuatu.

In einer weiteren beliebten Sportart gelang es Samoa, alle drei Goldmedaillen im Kontakt-Rugby zu gewinnen. Sie besiegten den Titelverteidiger Papua-Neuguinea mit 7:6 und holten damit die dreifache Medaille (Gold im gemischten Kontaktrugby, Männer und Frauen). Die Fidschi-Inseln mussten sich mit einem 12:5-Sieg gegen die Cook-Inseln mit Bronze begnügen.

Am letzten Tag der Pazifikspiele war Guam der Sieger im 3x3-Basketball. Sie verteidigten erfolgreich ihre 3x3-Basketball-Goldmedaille, indem sie Fidschi in der Kategorie der Männer besiegten. In der Damenkategorie sicherte sich Tahiti seine erste Goldmedaille im 3x3-Basketball, indem es Fidschi, den Goldmedaillengewinner von Samoa 2019, mit 11:7 besiegte. Neukaledonien sicherte sich die Bronzemedaille nach einem 21:5-Sieg gegen PNG bei den Männern, während die Cook-Inseln Neukaledonien mit 21:12 besiegten und damit die Bronzemedaille bei den Frauen gewannen.

Info: An den Pacific Games nahmen 5.000 Athlet*innen in 24 Nationalteams aus dem Pazifik teil. Sie maßen sich in 24 Wettkampfdisziplinen. Die feierliche Abschlusszeremonie fand im Nationalstadion in Honiara statt. Die Feier im festlich geschmückten Stadion begann mit einer Parade tausender Freiwilliger, die eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Spiele spielten und für ihre unverwechselbaren Uniformen bejubelt worden waren.

Nach dem Einzug der Sportler*innen und deren Medaillen-Ehrung beendeten ein Konzert mit Künstler*innen von den Salomonen und ein spektakuläres Feuerwerk das mehrtägige Sportevent.

Die nächsten Spiele finden 2027 in Tahiti (Französisch-Polynesien) statt.

(<https://www.insidethegames.biz/articles/1142791/sol2023-concluded-new-caledonia-winner> 03.12.23)

Australische Surferin stellt Weltrekord auf

Australien: Die australische Surferin Laura Enever hat einen neuen Weltrekord aufgestellt. Die 31-Jährige aus North Narrabeen surfte eine 13,30 Meter hohe Welle – und damit die größte von einer Frau jemals gemeisterte Welle.

Enever war das Kunststück bereits im Januar des Jahres am Oahu Outer Reef auf der Insel Hawai'i gelungen, wie das britische Unternehmen *Guinness World Records Limited* mitteilte. Der bisherige Rekord von 12,8 Metern, der von der Brasilianerin Andrea Moller aufgestellt worden war, hatte damit acht Jahre lang Bestand.

Entgegen der sonst üblichen Methode von Big-Wave-Surfern hatte Enever keinen Jetski genutzt, um in die Welle geschleppt zu werden. Sie war aus eigener Kraft mit ihrem Board in die Riesenwelle gepaddelt.

Enever surft seit ihrem 11. Lebensjahr. Im Jahr 2011 gab sie ihr Profidebüt und begann, einen Sieg nach dem anderen einzufahren, wobei sie regelmäßig unter den Top 10 der Women's Championshipe Tour landete.

Info: Den Weltrekord der Männer hält laut *Guinness World Records* der US-Amerikaner Aaron Gold, der im Jahr 2016 eine 19,20 Meter hohe Welle surfte.

(<https://www.guinnessworldrecords.com/news/2023/11/australian-pro-surfer-laura-enever-smashes-record-for-biggest-wave-surfed-760739>, Deutschlandfunk 09.11.23)

Deutsche gewinnen Medaillen beim Iron Man

Hawai'i: Die 30-jährige britische Triathletin Lucy Charles-Barclay hat am 14. Oktober die Weltmeisterschaft im Triathlon der Frauen („Iron Man“) in Kailua-Kona (Hawai'i) gewonnen und mit einer Zeit von 8 Stunden, 24 Minuten und 31 Sekunden einen neuen Streckenrekord aufgestellt. Auf den Plätzen 2 und 3 folgten deutsche Triathletinnen: Mit einer sensationell

schnellen Laufzeit von 2 Stunden und 48 Minuten konnte die 40-jährige Anne Haug aus Bayreuth die Silbermedaille erringen. Die 36-jährige Laura Philipp aus Heidelberg erkämpfte sich auf den letzten Kilometern Platz drei.

(<https://triathlon.de/pages/ironman-wm-hawaii-2023-ergebnisse-profi-frauen>), <https://tri-mag.de/szene/die-protagonistinnen-der-ironman-weltmeisterschaft-auf-hawaii/14.10.23>)

„TOK BILONG PASIFIK“

65-Jähriger zum Schülersprecher gewählt

Papua-Neuguinea: Der 65-jährige Allan Ekel aus Mulitaka in der Provinz Enga ist zum Präsidenten des Schülerrats der *Mulitaka High School* gewählt worden.

Ekel hatte 1980 die Schule nach der 6. Klasse verlassen und sich zeit seines Lebens in seinem Dorf als Gemeindevorsteher für die Belange von Kindern und Jugendlichen engagiert. So war es ihm ein besonderes Anliegen, Jugendliche zu einem Schulabschluss und einer anschließenden Berufsausbildung zu motivieren, um sie „von der Straße“ zu bekommen.

Die Region in der Provinz Enga ist immer wieder von gewaltsamen, oft tödlichen Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Gruppen betroffen. Erst vor kurzem war es in der Gemeinde zu einem großen Stammeskampf gekommen, bei dem Häuser und Gärten zerstört und Hunderte von Familien vertrieben wurden.

„Die ganze Gemeinschaft leidet unter den Taten einiger weniger“, sagte Ekel. Im Auftrag des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) hatte sich Ekel auch an Konfliktmoderationsprozessen in der Provinz Enga beteiligt und dabei festgestellt, dass ihm einige grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten fehlten. Er hatte sich deshalb entschlossen, erneut die Schule zu besuchen und war als Schüler einer 9. Klasse auf die High School in seinem Dorf gewechselt. Die über 50 Jahre jüngeren Schüler*innen der Schule zeigten sich

begeistert über ihren neuen Mitschüler und wählten ihn einstimmig zum Schülersprecher.

„*Ich habe gesehen, wie viele junge Menschen sich für die Schule angemeldet haben, nachdem ich mich angemeldet hatte. Ich freue mich, in der Schule zu sein, und wenn ich gute Leistungen bringe, werde ich gerne weitermachen*“, erklärte Ekel und fügte hinzu, dass er gerne Lehrer werden und junge Menschen weiterhin dazu inspirieren möchte, gute Bürger*innen zu sein.

Ekel plant auch den Aufbau eines Ressourcenzentrums, um den Menschen in seiner Gemeinde Alltagskompetenzen zu vermitteln und ihnen dabei zu helfen, ihren Lebensunterhalt nachhaltig zu bestreiten. „*Menschen, die in meiner Gemeinde von Gewalt betroffen sind, haben oft nicht die Mittel, um sich ein neues Leben aufzubauen. Die Unterstützung des IKRK ist in dieser Hinsicht entscheidend*“, sagte er.

Hintergrund: Das IKRK unterstützt die von Gewalt betroffenen Dörfer in Mulitaka beim Wiederaufbau ihrer Ernährungs- und Wirtschaftssicherheit und bei der Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitseinrichtungen. Es versorgt mindestens 5.000 Menschen in der Region mit Bausätzen für Unterkünfte, Saatgut und Bauwerkzeug. Außerdem hat das Rote Kreuz einer Gruppe von Frauen Mikrokredite gewährt, damit diese sich selbst versorgen können.

Ähnliche Hilfe wird auch den von Stammesgewalt betroffenen Gemeinden in den neuguineischen Provinzen Hela und Southern Highlands gewährt.

(<https://reliefweb.int/report/papua-new-guinea/papua-new-guinea-65-year-old-goes-back-school-inspire-change-community>
13.11.23)

Neuseelands „schlimmstes Tattoo“ ausgezeichnet

Neuseeland: Im Rahmen des *NZ Tattoo & Art Festival* vom 25. bis zum 26. November im TSB Stadium in New Plymouth wurde erstmals ein offizieller Preis für das „schlimmste Tattoo“ vergeben.

Hunderte Teilnehmer*innen hatten sich um den Preis beworben, dessen Gewinn aus einer professionellen Tattoo-Laser-Entfernung im Wert von 2.000 NZ-Dollar bestand.

Den ersten Preis machte schließlich das Tattoo „Penis mit Flügeln“. Frau Briar Neville von *Sacred Laser*, einem Unternehmen für Tattoo-Entfernung in Auckland, die dieses Tattoo weglaserte, zeigte sich eigentlich ganz angetan von dem „schlimmsten Tattoo“. „*Es war auf jeden Fall sehr gut gestochen*“, so die Profi-Tätowiererin. Viel schlimmer habe sie die zweite Preisträgerin gefunden, so Neville. Diese hatte ein Lineal auf die Innenseite ihres Zeigefingers tätowiert und daneben die Worte „your dick“ (dt. „Dein Schwanz“) geschrieben.

Neville sagte, dass sie in ihrem Job „*so eine gemischte Tüte*“ von Tätowierungen entfernen müsse, von Playboy-Häschchen bis hin zu Banden-Tätowierungen. Sie erklärte weiter, dass Frauen zwischen Mitte bis Ende 20, die sich „*vor zwei oder drei Jahren*“ tätowieren ließen, ihre häufigsten Klientinnen seien. (*Stuff NZ* 29.11.23, <https://nztattooart.com/>)

„Vogel des Jahrhunderts“ gekürt

Neuseeland: Der vom Aussterben bedrohte Vogel *Pūteketeke* hat in einem neuseeländischen Vogelwettbewerb den ersten Platz belegt, nachdem der bekannte neuseeländische Komiker und Talkshow-Moderator John Oliver eine weltweite mediale Kampagne für den Vogel gestartet hatte.

Die neuseeländische Naturschutzorganisation *Forest & Bird* hatte den Wettbewerb für den „Vogel des Jahrhunderts“ ausgeschrieben und die Menschen im In- und Ausland gebeten, unter Dutzenden von Kandidaten für ihre bevorzugte bedrohte Art zu stimmen.

Der „*Last Week Tonight*“-Moderator sagte, *Forest & Bird* hätte bei seinen Mitarbeitenden angefragt, ob sie sich für den

pūteketeke, einen einheimischen Wasservogel mit einer charakteristischen schwarz-braunen Halskrause, einsetzen könnten, und sein Team habe zugestimmt.

Um die Unterstützung für die Spezies, die er als „*großartig*“ und „*charmant*“ bezeichnete, zu verstärken, machte Oliver einen Beitrag in der *Last Week Tonight Show*, in dem er den pūteketeke schlagfertig anpries. Außerdem schaltete er Plakatwerbung für den Vogel in Neuseeland, den USA, Indien, Japan und weiteren Ländern. Schließlich verkleidete er sich als pūteketeke und nahm in diesem Kostüm an der *Tonight Show* seines Kollegen Jimmy Fallon teil.

Olivers Einsatz hat sich gelohnt: *Forest & Bird* gab Mitte November bekannt, dass der pūteketeke den Wettbewerb mit 290.374 Stimmen gewonnen hat.

Zum Vergleich: Der braune Kiwi der Nordinsel belegte mit nur 12.904 Stimmen den zweiten Platz. (*NPR* 15.11.23)

Erste Kiwis in freier Wildbahn geboren

Neuseeland: In der Umgebung der Hauptstadt Wellington haben erstmals seit mehr als anderthalb Jahrhunderten Kiwis in freier Wildbahn Junge bekommen. Insgesamt vier Küken des flugunfähigen Vogels mit dem charakteristischen langen, dünnen Schnabel wurden gesichtet.

Paul Ward, der Gründer des Schutzprogramms „*Capital Kiwi Project*“, sieht in dem Nachwuchs einen wichtigen „*Meilenstein für unser Ziel, eine wilde Kiwi-Population in Wellingtons Umgebung aufzubauen*“.

Die nun gesichteten Küken sind nach Einschätzung von Ward und seinen Kollegen die ersten Kiwis seit mehr als 150 Jahren, die in den Hügeln rund um Wellington geschlüpft sind.

Info: Kiwis gehören zu den am stärksten bedrohten Vögeln in Neuseeland. Nach Angaben der

neuseeländischen Umweltschutzbehörde gibt es landesweit nur noch etwa 68.000 Exemplare. Vergangenes Jahr hatte das *Capital Kiwi Project* zwischen Februar und Mai 63 erwachsene Tiere in der Umgebung von Wellington ausgewildert in der Hoffnung, dass sich dort wieder eine Kiwi-Population entwickelt.

Der Braune Kiwi (*Apteryx mantelli*) ist eine der häufigsten endemischen Kiwi-Arten Neuseelands, obwohl seine Bestände stetig um zwei bis drei Prozent pro Jahr zurückgehen. Ohne kontinuierliche Unterstützung könnten die Vögel innerhalb von nur zwei Generationen aussterben. (*Smithsonian Magazine* 06.12.23)

Rosa See auf Maui

Hawai'i: Ein See auf der Insel Maui hat aufgrund von trockenen Bedingungen und einem hohen Salzgehalt im Wasser eine ungewöhnliche rosa Färbung angenommen. Laut Fachkundigen ist dies ein Anzeichen für Umweltbelastungen. Mitarbeiter*innen des *Kealia Pond National Wildlife Refuge* auf Maui haben das rosafarbene Wasser in den letzten zwei Wochen überwacht, da zunächst vermutet wurde, dass die Farbe von giftigen Algen stammt. Tests haben jedoch ergeben, dass sie wahrscheinlich von Halo-Bakterien verursacht wird, einer Art von *Archaea* oder einzelligen Organismen, die in Gewässern mit hohem Salzgehalt leben.

Der Salzgehalt im Kealia-See liegt derzeit bei über 70 ppt, doppelt so hoch wie der Salzgehalt des Meerwassers. Die trockenen Bedingungen und der hohe Natriumchloridgehalt bieten ideale Bedingungen für das Wachstum der Halo-Bakterien.

Laut Dr. Shiladitya DasSarma von der *University of Maryland - School of Medicine* stellt das Wasser wahrscheinlich keine Gesundheitsbedrohung für die Öffentlichkeit dar, wenn es sich bei dem Mikroorganismus um eine Halo-Bakterie handelt, da diese im menschlichen Körper nicht überleben kann. Dennoch wird den Be-

suchenden geraten, sich vom Wasser fernzuhalten, keine Fische aus dem Teich zu verzehren und sicherzustellen, dass auch Haustiere nicht daraus trinken.

Die leuchtend rosa Färbung des Wassers ist für das umliegende Ökosystem jedoch besorgniserregend, da der hohe Salzgehalt das Überleben der meisten Fische und anderer Tiere unmöglich macht.

Info: Es ist nicht ungewöhnlich, dass Gewässer ihre Farbe ändern, bevor sie austrocknen. Die Beschäftigten am Kealia-Teich in Hawai'i haben berichtet, dass Regenfälle den Salzgehalt des Teichs reduzieren und so das Wasser verändern könnten. Ähnliche Farbveränderungen sind auch in den USA bekannt, zum Beispiel beim Großen Salzsee in Utah. Weltweit gibt es weitere Beispiele für rosa oder rote Seen, die auf einen hohen Natriumchloridgehalt zurückzuführen sind. Normalerweise treten diese Farbveränderungen in trockeneren Gebieten auf, was den Fall auf Hawai'i interessant macht, da es dort feuchter ist. Dr. DasSarma verglich den Teich mit einem roten Blinklicht, das beispielhaft für extreme Wetterereignisse aufgrund des Klimawandels steht und das aufzeigt, dass die Natur in diesem Gebiet ernsthaft in Gefahr ist. (*Artikel von Michaela König, FSJlerin in der Pazifik-Infostelle. The New York Times* 11.11.23)

IM MEMORIAM

Mikronesien-Experte Donald Rubinstein (1948-2023)

Am 1. Oktober verstarb überraschend der Mikronesien-Experte Dr. Donald (kurz: Don) Rubinstein. Das gab das Guam Museum, bei dem er sich stark engagierte, auf seinem Twitter-Account bekannt und kondolierte zugleich seinem Ehemann Aaron S. Aagsalud.

Don H. Rubinstein war Professor für Anthropologie und mikronesische Studien an der Universität

von Guam, an der er seit 1988 tätig war. Er hatte Abschlüsse in Anthropologie (University of Pennsylvania B.A. 1970; Stanford M.A. 1972, PhD 1979) und Public Health (U.H. Mānoa 1983).

In den 1970er Jahren führte er längere Feldforschungen auf der Insel Fais, eine der Außeninseln von Yap, und in den 1980er Jahren in der Lagune von Chuuk durch. Seine Forschungsinteressen galten vor allem der mikronesischen Familienstruktur, dem sozialen Wandel, dem Suizid von Jugendlichen und der traditionellen Kunst Mikronesiens.

An der Universität von Guam unterrichtete er Graduiertenkurse zu den Völkern und Kulturen Mikronesiens, zur Kunst Mikronesiens, zur Gesundheit und zur menschlichen Anpassung sowie zu zeitgenössischen Fragen und Problemen in Mikronesien.

Der in Mikronesien geborene und aufgewachsene Rubinstein widmete sein Leben dem Studium und der Erhaltung der mikronesischen Kultur und des mikronesischen Erbes. Er war weithin als führender Experte auf diesem Gebiet anerkannt und prägte mit seinen Forschungen und Beiträgen das Verständnis der mikronesischen Geschichte und Gesellschaft. Rubinsteins Leidenschaft für die Region ging weit über den akademischen Bereich hinaus, denn er engagierte sich aktiv in der Gemeindeförderung und bemühte sich um die Förderung des kulturellen Bewusstseins und der typischen mikronesischen Werte.

Rubinstein veröffentlichte zahlreiche Publikationen über soziale Organisation und sozialen Wandel in Mikronesien, Suizid bei Jugendlichen, medizinische Anthropologie und ethnographische Kunst. Er war außerdem Herausgeber von „*ISLA: Journal of Micronesian Studies*“, Vorsitzender des *Micronesian Studies Program*, Vorsitzender von *Humanities Guåhan* und Präsident des Fakultätssenats der Universität von Guam. Im Laufe der Jahre war er Mentor und Berater vieler Studierender sowie auch

Berater für das Internetportal *Guampedia*, einer Art „Wikipedia“ für Guam.

Rubinstein hatte auch Gastprofessuren am *Kagoshima University Research Center for the Pacific Islands* in Japan und am Institut für Ethnologie der Universität Heidelberg in Deutschland inne.

Er hinterlässt seinen Ehemann Aaron Songcuan Agsalud, mit dem er seit Januar 2016 verheiratet war. (*Trends News Line* 1.10.23, <https://macimise.prel.org/don-rubinstein/>, <https://www.guampedia.com/donald-rubinstein/>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

Kirchenrat von Westpapua mahnt

Westpapua: Nach einem Angriff auf das Büro der Kingmi-Kirche in Keneyam, Landkreis Nduga, am 16. September 2023, äußerte sich der Kirchenrat von Westpapua besorgt über Äußerungen der Regierung, die die Kirche als Unterstützer der Nationalen Befreiungsarmee von Westpapua (TPNPB) bezeichnete. Benny Giay, der Vorsitzende des Kirchenrates von Westpapua, kritisierte, dass die Kirche nun zur Zielscheibe geworden sei. Zudem sei zu befürchten, dass nach der Kingmi-Kirche eine andere Kirchengemeinschaft in Westpapua in den Fokus der Sicherheitskräfte gerate.

Bei dem Angriff im September durchsuchten mehrere Mitglieder der Bezirkspolizei Nduga und der Polizeieinsatzgruppe Damai Carrenz ein Wohnhaus und das örtliche Hauptbüro der Papuanischen Tabernakelkirche (Kingmi-Kirche) in der Stadt Keneyam (Landkreis Nduga, Provinz Hochland-Papua).

Die Polizeibeamten verhafteten willkürlich mehrere Papuas und zwangen sie gewaltsam, die Namen von Personen preiszugeben, die kürzlich an einer Beerdigung

mehrerer Mitglieder der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB) teilgenommen hatten. Nachdem hierbei auch der Name eines Pastors fiel, verschafften sich die Sicherheitskräfte gewaltsam Zutritt in das Büro der Kingmi-Kirche in Keneyam, durchsuchten es und verhafteten drei weitere Papuas, ohne einen Haftbefehl vorzulegen. Berichten zufolge wurde dabei Gewalt angewendet. Alle festgenommenen Personen wurden später aus Mangel an Beweisen freigelassen.

Benny Giay erklärte, dass das Motiv für diesen Angriff die immer wiederkehrenden Ereignisse in Papua widerspiegelt, bei denen es um die reichhaltigen natürlichen Ressourcen der Region gehe. Das Engagement der Kirche in der Region ist vielen Menschen ein Dorn im Auge. Die Kirche werde mit abwertenden Begriffen wie „Kirche des Teufels“ bezeichnet, so Giay, was darauf hindeute, dass sie den Ambitionen bestimmter Parteien in der Region im Wege stehe. (*Jubi.id* 12.10.23, *Westpapua-Netzwerk online* 24.10.23)

Muslime treffen sich in Uliga

Marshall-Inseln: Mitte November fand in der *Bait-ul-Ahad Moschee* in Uliga (Majuro-Atoll) die achte Hauptversammlung („*Jalsa Salana*“) der religiösen muslimischen Gemeinschaft *Ahmadiyya Muslim Jamaat* statt. An der Versammlung nahmen Muslime aus den Marshall-Inseln, den Föderierten Staaten von Mikronesien und aus Kiribati teil. Geleitet wurde die Jahreshauptversammlung von Imam Serjeel Ahmed (Mikronesien) und von Imam Sajid Iqbal (Marshall-Inseln). Neben Koran-Rezitationen gab es Lesungen von Gedichten und weiteren religiösen Texten, Videofilme über die Aktivitäten der *Ahmadiyya* auf der ganzen Welt, eine Ausstellung sowie Führungen durch die Moschee.

Info: Die *Jalsa Salana* ist die jährlich stattfindende dreitägige Hauptversammlung der muslimi-

schen Gemeinschaft *Ahmadiyya Muslim Jamaat*. Die Geschichte der *Jalsa Salana* geht bis nach 1891 zurück, als der Gründer der Reformbewegung, Hadhrat Mirza Ghulam Ahmad Qadiani, die *Jalsa Salana* zum ersten Mal in Qadian (Indien) ausrief. Damals nahmen 75 Mitglieder der Gemeinde teil. Seitdem hat sich die *Jalsa Salana* in 200 Ländern der Welt etabliert, so auch in Deutschland. Die *Jalsa Salana* in Deutschland ist mit ihren über 40.000 Besuchenden die größte regelmäßig stattfindende Versammlung von Muslimen in Europa.

Die Zuordnung der *Ahmadiyya* zu einer religiösen muslimischen Glaubensgemeinschaft ist umstritten, viele halten sie für eine Sekte. (<https://jalsasalana.de/>, *Marshall Islands Journal* 17.11.23)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und
**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de